

Bachelor-Thesis

Von der Idee einer lebenswerten Stadt

Die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen für eine nachhaltige Stadtentwicklung und die Rolle der Sozialen Arbeit - diskutiert am Beispiel Urbaner Gärten

Mirjam Schadewaldt

Fachrichtung Soziale Arbeit

Wintersemester 2014/2015

Erstprüfer: Prof. Dr. Dirk Oesselmann

Zweitprüfer: Prof. Dr. Sebastian Klus

Abgabetermin: 31.12.2014

Von der Idee einer lebenswerten Stadt
Die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen
für eine nachhaltige Stadtentwicklung
und die Rolle der Sozialen Arbeit
– diskutiert am Beispiel Urbaner Gärten

Impressum

Bachelorarbeit
Evangelische Hochschule Freiburg
Fachrichtung Soziale Arbeit
Wintersemester 2014/2015
vorgelegt von Mirjam Schadewaldt
Matrikelnummer 00100029

PRÜFER

Prof. Dr. Dirk Oesselmann
Prof. Dr. Sebastian Klus

To plant a garden is to believe in tomorrow.
(Audrey Hepburn)

DANKSAGUNG

Herzlich möchte ich mich bei meinen Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern der Gemeinschaftsgärten bedanken, ohne deren Bereitschaft und Offenheit diese Arbeit bestimmt nicht so vielfältig und interessant geworden wäre.

Für die inhaltliche und fachliche Unterstützung und die Begleitung meiner Bachelorarbeit danke ich Prof. Dr. Dirk Oesselmann und Prof. Dr. Sebastian Klus.

Herzlichen Dank auch an Philipp, Ute, Eva, Jose, René, Robin und an meine Familie für die Unterstützung im Alltag, für viele Möglichkeiten des Austausches, für konstruktive Kritik und Anregung und für die Korrektur der Arbeit. Ohne die Hilfe von Gudrun wäre das Layout der Arbeit nicht so schön gelungen.

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGS-, ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS.....	III
1 EINFÜHRUNG.....	1
2 STADTENTWICKLUNG IM 21. JAHRHUNDERT.....	4
2.1 Städtische Herausforderungen.....	5
2.2 Nachhaltige Stadtentwicklung.....	8
2.2.1 Zum Begriff der Nachhaltigkeit.....	8
2.2.2 Leitbild Nachhaltige Stadtentwicklung.....	10
3 DIE ZIVILGESELLSCHAFT ALS AKTEUR IN DER STADT.....	14
3.1 Zivilgesellschaftliche Initiativen.....	15
3.2 Urbanität und Öffentlicher Raum.....	16
3.3 Städtische Freiräume.....	21
4 SOZIALE ARBEIT, ZIVILGESELLSCHAFT UND STADT.....	24
4.1 Soziale Arbeit und Zivilgesellschaft.....	24
4.2 Gemeinwesenarbeit.....	29
4.3 Gemeinwesenarbeit im Kontext von Stadtentwicklung.....	34
5 GÄRTEN IN DER STADT.....	39
5.1 Natur in der Stadt.....	39
5.2 Urban Gardening.....	40
5.3 Urbane Gärten	42
5.3.1 ... als Orte des Ökologischen.....	42
5.3.2 ... als Orte des Ökonomischen.....	43
5.3.3 ... als Orte des Sozialen.....	43
5.3.4 ... als Orte des Pädagogischen.....	45
5.3.5 ... als Orte des Spirituell-Ethischen.....	46
5.3.6 ... als Orte des Politischen.....	47
6 UNTERSUCHUNG VON GEMEINSCHAFTSGÄRTEN IN DEUTSCHLAND.....	49
6.1 Methodisches Vorgehen.....	49
6.1.1 Datenerhebung anhand leitfadengestützter Experteninterviews.....	49
6.1.2 Datenauswertung in Anlehnung an Meuser/Nagel.....	52
6.1.3 Validität und Reliabilität.....	54
6.2 Darstellung der Gemeinschaftsgärten.....	55
6.2.1 Gemeinschaftsgarten 'Annalinde'.....	56
6.2.2 Offener Garten Rehbrunnen.....	58
6.2.3 Essbares Rieselfeld.....	60
6.3 Auswertung der Interviews.....	62
6.3.1 Kontext Stadtentwicklung.....	62
6.3.2 Kontext Nachhaltigkeit.....	66
6.3.3 Kontext Soziale Arbeit.....	68

II

6.3.4 Zusammenfassung.....	71
7 FAZIT UND AUSBLICK.....	72
Quellenverzeichnis.....	77

Anhang

I: Interviewleitfaden.....	1
II: Transkription A1.....	2
III: Transkription A2.....	21
IV: Transkription A3.....	31
Eidesstattliche Erklärung.....	47

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abb.	Abbildung
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Difu	Deutsches Institut für Urbanistik
GWA	Gemeinwesenarbeit
RNE	Rat für nachhaltige Entwicklung
Tab.	Tabelle
UG	Urbanes Gärtnern
UN	United Nations (Vereinte Nationen)

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Abb. 1	Quelle: Baier et al. 2013: 32f.
Abb. 2	Quelle: Stadtteiltreff Brühl-Beurbarung
Abb. 3	Quelle: Initiative 'Essbares Rieselfeld' (Geneviève Zuber)
Tab. 1	Quelle: eigene Darstellung (angelehnt an Klus 2013: 112)

1 EINFÜHRUNG

Kaum etwas steht so zentral und symbolisch für das Leben in der Moderne wie die Stadt. Hier verbinden sich auf engstem Raum alle Potenziale und Problematiken von Modernisierung. Städtisches Leben wird so „eine petrifizierte Form von Welterfahrung.“ (Rauterberg 2013: 19). Das heißt im Umkehrschluss auch, dass diese Probleme konkret im städtischen Raum gelöst werden müssen. Weltweit ist ein zunehmender Prozess an Verstädterung zu beobachten, wie unter anderem die Vereinten Nationen darlegen (vgl. UN 2014: 1). Das Phänomen Stadt steht dabei stets in einem Spannungsverhältnis zwischen möglichen Freiräumen und Partizipation auf der einen Seite sowie Herausforderungen wie Klimawandel, soziale Ungleichheit und Ressourcenverknappung auf der anderen Seite. Vor diesem Hintergrund wird die Relevanz einer aktiven, nachhaltigen Stadtentwicklung für die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts deutlich.

Bei der Betrachtung, was nachhaltige Stadtentwicklung sein und leisten kann, stellen sich zwei Problemfelder als zentral heraus: das Problem des Umweltschutzes sowie das Problem einer funktionierenden Zivilgesellschaft. Auf einer abstrakteren Ebene ließe sich das auch als die Frage nach dem Verhältnis von Mensch und Umwelt sowie die Frage nach dem Verhältnis von Mensch zur Gesellschaft beziehungsweise von Mensch zu Mensch verstehen. Oben genannte Herausforderungen, vor denen Städte im 21. Jahrhundert stehen, lassen sich zum großen Teil diesen zwei Bereichen zuordnen. Dabei muss im Auge behalten werden, dass beide Problemfelder in Wechselwirkung zueinander stehen. So können zum Beispiel Fragen von Umweltschutz nicht losgelöst von Fragen nach sozialem Miteinander behandelt oder gar beantwortet werden¹. Diese Arbeit soll genau an den Schnittstellen dieser Problemfelder ansetzen. Anhand des städtischen Phänomens des 'urbanen Gärtnerns' sollen mögliche Potenziale nachhaltiger Stadtentwicklung herausgearbeitet werden.

Urbanes Gärtnern bietet sich hier aus einer Vielzahl von Gründen als geeignetes Beispiel für nachhaltige Stadtentwicklung an. Es verbindet wie kaum ein anderes die Frage nach Mensch und Natur mit der Herausbildung und Stärkung einer Zivilgesellschaft, also der Frage nach einem sozialen Miteinander. So unterschiedlich wie die verschiedenen Projekte, die sich unter diesem Sammelbegriff wiederfinden, so verschieden sind die Motivationen für das urbane Gärtnern und damit auch die konkreten Probleme, denen damit begegnet werden soll. Es finden sich Ansätze, die sich konkret mit Fragen des Klima-

¹ Vgl. dazu u.a. BMVBS 2010, Deutscher Bundestag 2013, Tiddens 2014, Oesselmann/Pfeifer-Schaupp 2012

schutzes sowie der Bewahrung von Biodiversität beschäftigen. Darüber hinaus kann urbanes Gärtnern Möglichkeiten für Menschen bieten, die sich mit der Frage von Ernährung und Lebensmittelproduktion beschäftigen. Nicht zuletzt überbrücken urbane Gärten die Dichotomie von Stadt und Land. Daher finden sich im urbanen Gärtnern Projekte, die versuchen, Produktion und Konsum wieder zusammen zu bringen und beabsichtigen, Orte der Kreativität und des Selbermachens zu schaffen. Sie sind Orte der Begegnung, des Austauschs und des Lernen mit- und voneinander. Dadurch ermöglichen sie Partizipation und soziale Integration.² Durch all dies sind urbane Gärten ein Beispiel für städtische Freiräume, derer sich durch zivilgesellschaftliche Initiativen angeeignet wurde. So stellt David Harvey Folgendes passend fest: „Die Freiheit, uns selbst und unsere Städte zu erschaffen und zu verändern, ist eines der wertvollsten und doch am stärksten vernachlässigten Menschenrechte.“ (Harvey 2013: 28).

Die vorliegende Arbeit stellt, wie weiter oben erwähnt, die Frage nach diesen Zusammenhängen und Möglichkeiten. Dabei steht vor allem das Verhältnis von zivilgesellschaftlichem Engagement und nachhaltiger Stadtentwicklung im Fokus. Haben urbane Gärten, als Beispiel für eine zivilgesellschaftliche Initiative, das Potenzial, positiv zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beizutragen? Weiterhin soll diese Forschungsfrage erweitert werden durch Überlegungen, wie Soziale Arbeit in diesem Kontext unterstützend wirken kann. Zur Beantwortung dieser Fragestellung soll hier einerseits auf theoretische Literatur zu diesen und angrenzenden Themengebieten zurückgegriffen werden. Andererseits werden die daraus gezogenen Erkenntnisse durch Experteninterviews erweitert.

Zu Beginn der Arbeit wird auf das Phänomen der Stadt und ihre Entwicklung eingegangen, dabei sollen neben Begriffsdefinitionen auch zentrale Herausforderungen für Städte im 21. Jahrhundert aufgezeigt werden. Darüber hinaus stellt sich hier die Frage nach einer nachhaltigen Entwicklung. Dabei soll vor allem deutlich werden, dass Nachhaltigkeit ein mehrdimensionales Phänomen ist, bei dessen Diskussion eine Vielzahl von Ebenen wie ökologische, ökonomische, soziale und pädagogische, aber auch ethische und politische Aspekte einbezogen werden müssen.

Der zweite theoretische Abschnitt wendet sich der Frage der Zivilgesellschaft als Akteur in der Stadt und der städtischen Entwicklung zu. Hier liegt ein besonderer Fokus auf der Schaffung und Ausgestaltung von öffentlichen Räumen.

² Vgl. dazu Müller 2011a

Sowohl ergänzend als auch gegenüberstellend schließt sich das Kapitel über die Rolle der Sozialen Arbeit in diesen Kontexten an. Dabei wird betrachtet, in welchem Verhältnis Soziale Arbeit zur Zivilgesellschaft steht und in welcher Form Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit zivilgesellschaftliche Initiativen im Kontext von Stadtentwicklung unterstützen kann.

Den theoretischen Teil der Arbeit abschließend folgt ein Überblick über das Phänomen von 'urbanem Gärtnern'. Dabei soll dargestellt werden, was unter urbanen Gärten verstanden werden kann sowie worin die Ursprünge und Potenziale dieser liegen.

Der darauf folgende empirische Teil der Arbeit umfasst drei leitfadengestützte Interviews mit Experten verschiedener Gartenprojekte in Freiburg im Breisgau und Leipzig. Dabei wurde bei der Auswahl darauf geachtet, dass die drei vorgestellten Projekte in unterschiedlicher Beziehung zur Sozialen Arbeit sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen stehen. Während es sich bei der Freiburger Initiative 'Essbares Rieselfeld' um ein zivilgesellschaftliches Projekt handelt, wurde der 'Offene Garten Rehbrunnen' – ebenfalls in Freiburg – direkt durch die Soziale Arbeit initiiert. Der dritte Gemeinschaftsgarten – 'Annalinde' in Leipzig – verbindet Elemente Sozialer Arbeit mit zivilgesellschaftlichem Engagement.

Die Interviews wurden einer interpretativen Auswertungsstrategie unterzogen (vgl. Meuser/Nagel 2005: 80ff.) und werden im letzten Teil der Arbeit thematisch ausgewertet. Diese Auswertung erfolgt in den Themenkontexten 'Stadtentwicklung', 'Nachhaltigkeit' und 'Soziale Arbeit'. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse über Möglichkeiten und Grenzen von urbanem Gärtnern als Beispiel für eine zivilgesellschaftliche Initiative sowie die Anknüpfungspunkte Sozialer Arbeit in diesem Bereich werden dann abschließend mit den Erkenntnissen aus der Theorie zusammengeführt. Davon ausgehend werden Antworten auf die gestellten Forschungsfragen gefunden und ein Ausblick zum Thema gegeben.

In der vorliegenden Bachelorarbeit wird bei Substantivformen unregelmäßig die weibliche und die männliche Form verwendet. Hierdurch soll gezeigt werden, dass beide Geschlechter gleichwertig gemeint sind. Auf Schrägstriche oder das 'Binnen-I' wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet.

2 STADTENTWICKLUNG IM 21. JAHRHUNDERT

Dieses Kapitel wird die Stadt und ihre Entwicklungen als Inhalt haben. Der Fokus wird hierbei auf Deutschland liegen. Nach einer kurzen Einleitung, in der geklärt wird, wie der Begriff 'Stadt' verstanden wird, werden zentrale Herausforderungen für Städte im 21. Jahrhundert aufgezeigt. Dies soll kurz auf einer globalen und weiter auf einer nationalen Ebene geschehen. Darauf folgend wird Nachhaltigkeit im Kontext Stadt näher betrachtet. Die Definition des Begriffs der Nachhaltigkeit und eine Betrachtung des Leitbilds Nachhaltige Stadtentwicklung bilden den Abschluss dieses Kapitels.

Stadt kann nach dem Soziologen Louis Wirth „als eine relativ große, dicht besiedelte und dauerhafte Niederlassung gesellschaftlich heterogener Individuen“ (Wirth in Löw et al. 2008: 11) beschrieben werden. In diesem klassischen Verständnis von Stadt stehen die Begriffe 'Größe, Dichte und Heterogenität' im Zentrum der Betrachtung (vgl. ebd.). Die Städte im Forschungsteil der vorliegenden Arbeit sind Freiburg im Breisgau und Leipzig. Die Fläche Freiburgs umfasst 153,06 km² und ihre Einwohnerzahl betrug 218.043 im Jahr 2012 (vgl. Website Statistisches Landesamt Baden-Württemberg). Leipzig hatte im Jahr 2013 eine Einwohnerzahl von 531.562 auf einer Fläche von 297 km² (vgl. Website Statistisches Landesamt Sachsen). Auch wenn die Einwohnerzahl und die Fläche einer Stadt bestimmte Aussagekraft über deren Größe haben, sind es oft ganz andere Merkmale, die eine Stadt zu einem urbanen Ort machen. Nach Martina Löw sind Städte „Kristallisationsorte sozialer und damit ästhetischer, räumlicher, politischer etc. Entwicklungen, die Auswirkungen auf umgebende und vernetzte Orte haben.“ (Löw et al. 2008: 11). Der Fokus der Betrachtung verlässt somit die geografischen Stadtgrenzen und wendet sich dem gesellschaftlichen Leben in der Stadt zu. Städte sind Orte des Interagierens, des Produzierens und des Konsumierens. Das diverse Leben in Städten macht diese als Orte einzigartig und lässt eine Betrachtung der Stadt nach einheitlichen Charakteristika nicht mehr zu. Durch das konkrete Handeln werden sie erlebbar, bleiben aber dennoch für die Menschen in der Stadt konkret räumlich erfahrbare Gebilde (vgl. ebd.: 11f.).

Immer mehr Menschen zieht es in die Stadt. Weltweit lebt heute mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Städten. Die Verstädterung³ nimmt rasant zu und wird auch in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Grund dafür ist die zunehmende Wanderungsbewegung

³ Verstädterung wird hier nach Häußermann/Siebel (2004) als „Konzentration der Bevölkerung in den Städten“ (ebd.: 19) verstanden.

aus ländlichen Gegenden in Städte, aber auch der voraussichtliche Anstieg der Weltbevölkerung. Im Jahr 2050 sollen laut den Vereinten Nationen knapp 70% der Menschen auf der Erde in Städten leben (vgl. UN 2014: 1). Auch in Deutschland ist ein Bevölkerungszuwachs in den Städten zu beobachten, dies aber vor allem in den Großstädten (vgl. Deutscher Bundestag 2013: 22). Im 21. Jahrhundert ergeben sich vielfältige Herausforderungen für unsere Städte. Diese sollen im folgenden Abschnitt aufgezeigt werden.

2.1 Städtische Herausforderungen

Das 21. Jahrhundert ist geprägt von globalen Herausforderungen. Die Bewältigung des Klimawandels, der Umgang mit immer knapper werdenden Ressourcen, die Erhaltung der Biodiversität sowie die zunehmende soziale Ungleichheit, Armut und Hunger sind Probleme, die die gesamte Menschheit betreffen (vgl. RNE 2013: 49, Difu 2011: 2). Vor dem Hintergrund von Verstädterung und dem Anstieg der Weltbevölkerung werden diese globalen Herausforderungen vermehrt Aufgaben sein, die Städte weltweit meistern müssen. Städte in Deutschland stehen vor diesen globalen Problemen wie auch vor spezifisch nationalen Herausforderungen.

Gerade die großen Städte in Deutschland ziehen immer mehr Menschen an. Hartmut Häußermann spricht in diesem Kontext von der „Renaissance der Stadt“ (Häußermann et al. 2008: 363). Das Erstarren der Städte hat mit dem Rückgang der Wanderungsbewegungen in den suburbanen Raum, der Möglichkeit auf vielfältige Arbeits- und Ausbildungsplätze und attraktiven Angeboten zur Freizeitgestaltung zu tun (vgl. Häußermann et al. 2008: 363, Deutscher Bundestag 2013: 22ff.). Mit dem Bevölkerungszuwachs in den Städten geht vielerorts eine Wohnungsknappheit einher. Der Versuch, Brachflächen oder vorher anders genutzte Flächen wie Militärkasernen in Wohnraum umzuwandeln, ist der Zunahme der Wohnbevölkerung häufig nicht gewachsen. Durch die Attraktivität innerstädtischen Wohnens steigen die Miet- und Immobilienpreise. Preisgünstige Mietwohnungen sind immer seltener zu finden, viele Städte sind von Gentrifizierungsprozessen⁴ betroffen. Die Attraktivität, die durch eine gute Infrastruktur, umfassende Sanierungen und Grünflächen erreicht wird, schaffen nicht alle Städte erfolgreich. Im Gegensatz zu den wachsenden Städten gibt es Städte in Deutschland, deren Bevölkerungszahl ste-

⁴ Unter Gentrifizierung werden Aufwertungsprozesse von Stadtteilen verstanden, die mit der Verdrängung der ehemaligen Bewohnerschaft durch eine finanzstärkere einhergeht (vgl. Holm 2009: 40).

tig abnimmt. Leerstand von Wohnungen, Verschlechterung der Infrastruktur oder Fachkräftemangel können die Folge sein. Zusätzlich belastend ist hierbei eine Verschuldung kommunaler Finanzhaushalte (vgl. Deutscher Bundestag 2013: 24ff.). Zusammenfassend kann gesagt werden, dass deutsche Städte von *Wachstum* wie von *Schrumpfung* betroffen sind. Stadtentwicklung kann somit nicht einheitlich in Deutschland vollzogen werden und muss die stadtspezifischen Aspekte vor Ort berücksichtigen.

Insgesamt ist in Deutschland ein *demografischer Wandel* zu beobachten. Sichtbar wird dies durch die zunehmende Alterung der Gesellschaft. Während in Großstädten die Altersstruktur eher konstant ist, nimmt der Anteil älterer Menschen insbesondere in Kleinstädten durch Wegzug der jüngeren Bevölkerung und den Geburtenrückgang überdurchschnittlich zu. Städte und Gemeinden müssen auf eine alternde Gesellschaft reagieren und dementsprechend Umbaumaßnahmen in Infrastruktur und Wohnungen vornehmen. Die Bundesregierung nennt die *Stärkung des sozialen Zusammenhalts* als eine der wesentlichen Herausforderungen der Städte. Dies umfasst die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Die deutsche Gesellschaft ist von Vielfalt gekennzeichnet. Nicht nur Menschen aus verschiedenen Kulturen, sondern auch plurale Lebensformen prägen das heutige Stadtbild. „Unsere Städte zeichnen sich durch die Internationalität und Vielfalt ihrer Bewohner aus. Diese Vielfalt und eine tolerante Bewohnerschaft gehören zu den ganz wichtigen Potenzialen der Städte.“ (Deutscher Bundestag 2013: 9). Von den in Deutschland lebenden Menschen haben knapp 20% einen Migrationshintergrund⁵. In den Großstädten liegt der Anteil meist höher. Die Auswirkungen von gelungener, aber auch von nicht gelungener Integration werden in den Städten sichtbar. Menschen mit Migrationshintergrund sind öfter von Arbeitslosigkeit betroffen und haben vielfach geringere Bildungsabschlüsse. Dies lässt sich auf einen schlechteren Zugang zu Bildung zurückführen, der in Deutschland stark mit der sozialen Herkunft zusammenhängt. Durch den oftmals geringeren sozioökonomischen Status befindet sich das Wohnumfeld von Personen mit Migrationshintergrund häufiger in benachteiligten Vierteln der Stadt. Gerade diesen Stadtteilen muss vermehrte Aufmerksamkeit entgegengebracht werden, um sozialen Konflikten vorzubeugen und ein soziales Miteinander zu stärken. Integration ist die gemeinsame Aufgabe aller und baut auf Reziprozität auf. Offenheit von der Aufnahmegesellschaft wie von den Migrantinnen selbst ist die Basis für eine gelungene Integration. Ein Phäno-

⁵ Der Begriff 'Menschen mit Migrationshintergrund' bezeichnet Personen, die selbst zugewandert sind und die, die mindestens einen zugewanderten Elternteil haben (vgl. Deutscher Bundestag 2013: 28).

men, das vor allem in den Großstädten immer weiter zunimmt, ist die Polarisierung der Gesellschaft. Allgemein ist ein Rückgang der Personengruppe mit mittlerem Einkommen zu verzeichnen. Man spricht von der Auflösung der Mittelschicht. Lag der Anteil der Menschen mit mittlerem Einkommen in den Großstädten im Jahr 2000 bei 64%, ist er im Jahr 2009 auf 55% gesunken. Die Personengruppe der Geringverdiener und der mit hohem Einkommen steigt dagegen. Es entsteht tendenziell eine Spaltung zwischen Arm und Reich. Wie bei den Ausführungen zum Wachstum der Städte schon angemerkt wurde, kommt es bei einer Zunahme von Menschen mit hohem Einkommen zu einer Verdrängung der einkommensschwachen Haushalte an den Stadtrand bzw. in Stadtteile mit schwacher Einkommensstruktur. Die Konzentration von Menschen mit geringem Einkommen in benachteiligten Stadtteilen gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt (vgl. ebd.: 26ff.). Nach Häußermann kann es in diesen Stadtteilen zu einer Kumulation benachteiligender Faktoren kommen, die zu einer „sich selbst verstärkenden Spirale der Abwärtsentwicklung“ führt. Dies betrifft die Bewohner wie den Zustand des Stadtteils (vgl. Häußermann 2000: 21). Auf kommunaler Ebene muss mit baulichen und strukturellen Veränderungen (z.B. lokale Bildungseinrichtungen und Arbeitsplätze) für eine Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtteilen gesorgt werden, um dadurch eine Stärkung der Teilhabe- und Bildungschancen für benachteiligte Menschen zu gewährleisten (vgl. Deutscher Bundestag 2013: 26ff.).

So wie auf globaler Ebene stellt der *Klimawandel* auch national eine Herausforderung dar. Zur Bewältigung des Klimawandels hat sich die deutsche Bundesregierung hohe Ziele gesteckt. Diese umfassen die Reduzierung der CO₂-Emissionen, die generelle Verringerung des Energieverbrauchs, den Ausbau von erneuerbaren Energien und die Erhöhung der Energieproduktivität und -effizienz. Hauptschwerpunkt der Interventionen soll im Bereich Verkehr und Gebäude liegen. Hierbei ist das Ziel, durch energetische Sanierungen, Umbaumaßnahmen an alten Gebäuden und Erhöhung des Anteils von Elektroautos im Straßenverkehr Kraftstoff und Wärmebedarf einzusparen. Auch wenn das Stadtleben häufig mit einem enormen Ressourcen- und Energiebedarf einher ging und auch immer noch einhergeht⁶, so sind Städte „nicht nur als größte Energieverbraucher, sondern zunehmend auch als Energieproduzenten zu sehen.“ (Deutscher Bundestag 2013: 93). Dächer, Fassaden oder andere Freiflächen in Städten können Raum bieten für technische Innovationen zur Energiegewinnung bzw. zur eigenen Energieversorgung der

⁶ vgl. dazu Häußermann/Siebel 2004: 69f.

Gebäude. Vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung gewinnen Grünflächen in der Stadt immer mehr an Bedeutung. Das Klima in Städten ist oftmals wärmer als im Umland, da eng stehende Gebäude und Straßen die Wärme speichern. Dies wird zusätzlich durch eine höhere Luftverschmutzung negativ verstärkt. Grünflächen in der Stadt wirken ausgleichend auf das Stadtklima. Sie produzieren Frischluft durch Fotosynthese, senken die Temperaturen in der Stadt und verbessern die Lebensqualität des Menschen auch dadurch, dass sie als urbaner Erholungsort fungieren. Ein wichtiger Aspekt in diesem Kontext ist der Schutz von Biodiversität. Die Erhöhung des Anteils an Grünflächen, das Entsiegeln von Flächen und das Anlegen von Biotopen trägt dazu bei, dass auch städtischer Raum eine große Artenvielfalt erhält und fördert (vgl. ebd: 30ff.).

Aus all dem wird deutlich, dass Städte vor komplexen Herausforderungen stehen. Will man all diese Aspekte in der Stadtentwicklung berücksichtigen, besteht die Notwendigkeit für ein umfassendes und ganzheitliches Konzept. Ein Ansatz, der dieser Komplexität begegnen kann, stellt die nachhaltige Stadtentwicklung dar.

2.2 Nachhaltige Stadtentwicklung

„Städte sind ökologische und soziale Krisenherde – aber zugleich gelten sie als Pioniere des Wandels“ (Fücks 2011: 16), dadurch werden sie zu „Laboratorien für eine zukunftsfähige Weltgesellschaft“ (Müller 2009b: 1). Es wird also deutlich, dass die Stadt selbst Problem wie auch Lösung beinhaltet. So wird der zunächst paradox wirkende Gegensatz in dieser Verbindung von Stadt und Nachhaltigkeit aufgelöst (vgl. Fücks 2011: 16f.).

Im Folgenden wird nun näher auf den Begriff der Nachhaltigkeit eingegangen, um anschließend das Leitbild der Nachhaltigen Stadtentwicklung aufzuzeigen.

2.2.1 Zum Begriff der Nachhaltigkeit

„Wohl jeder, der sich mit Nachhaltigkeit beschäftigt, kennt jenen Moment der Verzweiflung, in dem man das Wort am liebsten in den Orkus wünschen würde.“ (Uekötter 2014: 9). Auch wenn oder gerade weil der Begriff der Nachhaltigkeit oftmals eher schwammig und wenig greifbar erscheint, ist es notwendig, eine für die vorliegende Arbeit gültige Begriffsbestimmung vorzunehmen.

Von der Wortbedeutung ableitend bedeutet 'nachhaltig' „lange nachwirkend, stark“ (Oesemann/Pfeifer-Schaupp 2012: 24). Es geht um etwas Beständiges, um etwas, das andauert. Gleichmaßen geht es um etwas Schützenswertes. In diesem Sinn weist der englische Begriff 'sustainable development' auf das lateinische 'sustenare' hin. Dies be-

deutet „aufrechterhalten, bewahren“ (ebd.). Nach Dirk Oesselmann und Ulrich Pfeifer-Schaupp liegt der Fokus der Nachhaltigkeit auf einer „verantwortlichen Lebensführung“, die Gegenwart wie Zukunft überschaut (vgl. ebd.). Schon im 18. Jahrhundert formulierte Carl von Carlowitz einen Grundsatz für die Forstwirtschaft. 'Nur so viel Holz schlagen, als nachwachsen kann' sollte zu einem verantwortlichen Umgang mit der Ressource Holz aufrufen. Allgemein kann der Grundsatz aber auf alle natürlichen Ressourcen übertragen werden und dient deren Bewahrung auf lange Sicht (vgl. Bärenbrinker 2012: 109). Weit verbreitet im Nachhaltigkeitsdiskurs ist die Definition des Brundtland-Berichts⁷ zum Begriff der 'nachhaltigen Entwicklung': „Sustainable development meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“ (Website Lexikon der Nachhaltigkeit 1). Eine nachhaltige Entwicklung soll also die Bedürfnisbefriedigung gegenwärtiger wie zukünftiger Generationen gewährleisten. Um dies zu verdeutlichen, wurden unterschiedliche Nachhaltigkeits-Modelle entwickelt. Eines der bekanntesten ist das 'Nachhaltigkeitsdreieck'. Die Grundidee dabei ist, dass die drei Prinzipien der Nachhaltigkeit Ökologie, Soziales und Ökonomie in Einklang gebracht werden. Keine der drei Prinzipien soll stärker gewichtet sein als die anderen, deswegen stehen sie sich im Dreieck gleichwertig gegenüber (vgl. Website Lexikon der Nachhaltigkeit 2). Auch die deutsche Bundesregierung schließt sich diesem Verständnis von Nachhaltigkeit an. „Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen.“ (Website RNE). Auch wenn das Nachhaltigkeitsdreieck in der deutschen Politik maßgeblich ist, steht es wissenschaftlich in der Kritik. Weiterentwickelte Modelle plädieren für eine stärkere Gewichtung der Ökologie, da ihre Bewahrung die Grundlage für Soziales und Ökonomisches darstellt (vgl. Oesselmann/Pfeifer-Schaupp 2012: 26). Dennoch kann auch Umweltschutz nur zukunftsfähig sein, wenn soziale und ökonomische Prozesse miteinbezogen werden. Oesselmann und Pfeifer-Schaupp erweitern diese drei Dimensionen von Nachhaltigkeit um drei weitere Dimensionen: Die spirituell-ethische, die politische und die pädagogische Dimension. Die ökologische Dimension bildet das Fundament, auf der alle anderen Dimensionen aufbauen. Die verantwortliche Lebensführung als Kern von Nachhaltigkeit mündet in die spirituell-ethische Dimension. Nachhaltigkeit ist nicht nur sachlich legitimierbar, sondern „ist Lebensprinzip, das über eine Political Correctness hinausgeht. Es geht um Achtung, die

⁷ Der Bericht wurde im Jahr 1987 von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen veröffentlicht (vgl. Oesselmann/Pfeifer-Schaupp 2012: 25).

Leben in seinen ganzheitlichen Zusammenhängen und in seiner Vielfalt, in seiner Zerbrechlichkeit und Abhängigkeit wahrnimmt.“ (ebd.: 29). Nachhaltige Zielsetzungen müssen politisch verankert sein. Dies macht die politische Dimension deutlich. Ein Versuch, dies zu tun, ist die 'Erd-Charta' auf globaler Ebene oder die 'Lokale Agenda 21' auf kommunaler Ebene. Auch wenn dies eher Leitlinien sind, können diese der Politik eine Richtung weisen. Eine Bildung für nachhaltige Entwicklung versteht sich als ganzheitliche Bildung, die komplexe Lebenszusammenhänge verständlich macht und Wissen mit ethischen Prinzipien verbindet. Die pädagogische Dimension von Nachhaltigkeit sieht Bildung als Motor für eine neue „Gestaltung von wirtschaftlicher, politischer und sozialer Gesellschaftsentwicklung.“ (ebd.: 35). Nachhaltigkeit in diesen sechs Dimensionen betrachtet, bildet nach Oesselmann und Pfeifer-Schaupp erst die Ganzheitlichkeit des Prinzips (vgl. ebd.: 26ff.). Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine nachhaltige Entwicklung auf unserem Planeten nur funktionieren kann, wenn ökologische Zielsetzungen gemeinsam mit sozialen und ökonomischen Zielsetzungen gesehen werden. Ökologie, Soziales und Ökonomie können nicht losgelöst voneinander betrachtet und müssen in einem integrativen Prozess ausbalanciert werden. Zudem muss Nachhaltigkeit politisch verankert sein und in einem ethischen Rahmen diskutiert werden. Um eine nachhaltige Entwicklung auch für die zukünftigen Generationen sicherzustellen, kommt der Bildung zur Nachhaltigkeit eine wesentliche Bedeutung zu. Nachhaltigkeit wird also in dieser Arbeit als der verantwortungsvolle Umgang mit der Welt unter Berücksichtigung von ökologischen, sozialen, ökonomischen, politischen, ethischen und pädagogischen Aspekten verstanden.

2.2.2 Leitbild Nachhaltige Stadtentwicklung

„Eine nachhaltige (...) Stadtentwicklung ist die Konkretisierung des Nachhaltigkeitsleitbildes für die lokale bzw. stadregionale Ebene.“ (Weiland 2010: 343). Eine nachhaltige Stadtentwicklung basiert also auf dem Grundgedanken der nachhaltigen Entwicklung. Der Beginn des breiten Diskurses über Nachhaltigkeit ist auf die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro im Jahr 1992 zurückzuführen. Hier wurden erstmalig auf internationaler Ebene Umweltproblematiken in einem weltweiten Kontext diskutiert. Mit der dort beschlossenen Agenda 21, einem politischen Aktionsprogramm, sollen nachhaltige Zielsetzungen auf kommunaler Ebene angestoßen werden. In Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Bürgerinnen, Institutionen und Wirtschaftsunternehmen sollen spezifische Ziele und Maßnahmen für die eige-

ne Stadt in einer 'lokalen Agenda 21' ausgearbeitet werden (vgl. ebd.). Seit 1992 ist in Deutschland in vielen Städten eine 'lokale Agenda 21' entstanden. Wusste man damals noch nicht so genau, wie sich eine nachhaltige Stadt real gestaltet⁸, hat man heute, ca. 20 Jahre später, schon relativ genaue Vorstellungen davon und dementsprechend formulierte Zielsetzungen. Im Jahr 2007 wurde die 'Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt' veröffentlicht. Hierbei verpflichteten sich die für die Stadtentwicklung zuständigen europäischen Minister, die Nachhaltigkeitsziele der Charta auf nationaler und lokaler Ebene umzusetzen. Die drei Aspekte der Nachhaltigkeit, Ökonomie, Soziales und Ökologie, sollen dabei gleichwertig gestärkt werden. Ökonomisch soll ein wirtschaftlicher Aufschwung gefördert werden, ökologisch geht es um die Gesunderhaltung der Umwelt und auf gesellschaftlicher Ebene sollen Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit eingeleitet werden. Als ein ganzheitlicher Ansatz wird in diesem Kontext die integrierte Stadtentwicklungspolitik vorgeschlagen. Hierunter wird „eine gleichzeitige und gerechte Berücksichtigung der für die Entwicklung von Städten relevanten Belange und Interessen“ (BMUB 2007: 2) verstanden. Diese Form von Stadtentwicklung wird als Prozess gesehen und umfasst die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und die Integration aller städtischen Akteure in Stadtentwicklungsabläufe. Folgende Handlungsstrategien sind im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklung für die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen essentiell: Herstellung und Sicherung qualitativvoller öffentlicher Räume, Modernisierung der Infrastrukturnetze sowie Steigerung der Energieeffizienz und aktive Innovations- und Bildungspolitik. „Die Qualitäten von öffentlichen Räumen, urbanen Kulturlandschaften und von Architektur und Städtebau spielen für die konkreten Lebensbedingungen der Stadtbewohner eine zentrale Rolle.“ (ebd.: 3). Vielfältige Freizeit- und Bildungseinrichtungen, Arbeits- und Konsummöglichkeiten und kulturelle Angebote bereichern die Stadt wie den öffentlichen Raum. Öffentliche Räume sollen nach der Leipzig Charta von hoher Qualität, reizvoll und an den Interessen ihrer Nutzer ausgerichtet sein. Die Modernisierung von Infrastrukturnetzen soll in Form von gut ausgebauten Straßen, erschwinglichem Nahverkehr und vernetzten Rad- und Fußwegen erfolgen. Auf ökonomischer und ökologischer Ebene wird eine Einsparung und eine Effizienzsteigerung vom Verbrauch von Ressourcen gefordert. Dies kann durch Sanierung alter Gebäude und durch konstante Instandhaltung von Infrastruktur (z.B. der Wasserversorgung) gewährleistet werden. Eine kompakte Siedlungsstruktur fördert einen nachhaltigen Um-

⁸ vgl. dazu Schneider 1997: 52

gang mit Ressourcen. Hierbei muss die Flächennutzung durch die Stadtplanung aktiv gesteuert werden, um einer Zersiedelung der Stadt und Spekulationen mit freiwerdenden Flächen entgegen zu wirken. Die Form von Stadtteilen, in denen eine Mischung aus Wohnraum, Gewerbe, Bildungs-, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten zur Verfügung steht, ist zu fördern. Aktive Innovations- und Bildungspolitik soll die Qualität von Bildungsangeboten in Städten fördern. Dies kann durch das Vernetzen beteiligter Akteure, Stärken von bestehenden Netzwerken und Optimieren von Standortfaktoren geschehen. Eine bedeutende Rolle spielen ebenso die Qualität von Universitäten und Schulen, soziale und kulturelle Netzwerke sowie vielfältige Angebote für lebenslanges Lernen in der Stadt.

Gesamtstädtisch soll benachteiligten Stadtteilen vermehrte Beachtung zukommen. Hier konzentrieren sich Probleme wie Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung. Um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern, muss dort angesetzt werden (vgl. dazu Kapitel 2.1). Maßnahmen der Wohnraumpolitik für bezahlbaren, dem Bedarf entsprechenden Wohnraum, bauliches Instandhalten der Wohnungen und die Förderung der lokalen Bildungsangebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche sollen handlungsleitende Strategien sein. Frühzeitiges Erkennen von Handlungsbedarfen bei Anzeichen der Verschlechterung von Stadtteilen und Einleiten von Interventionen ist notwendig. Im Sinne einer integrierten Stadtentwicklung soll in einem Austausch mit allen Beteiligten vor Ort, Bewohnerinnen sowie Akteurinnen aus Politik und Wirtschaft, gemeinsame Lösungswege gefunden werden. Den Unterzeichnern der 'Leipzig Charta' sei bewusst, nur wenn „es gelingt, die benachteiligten Stadtquartiere wirtschaftlich zu stabilisieren, sozial zu integrieren sowie gestalterisch und verkehrlich aufzuwerten, steigen die Chancen“ (BMUB 2007: 7), gesamtstädtisch das Leitbild einer nachhaltigen Stadtentwicklung umzusetzen (vgl. ebd.: 1ff.).

Allgemein ist das Leitbild einer nachhaltigen Stadtentwicklung in Deutschland in vielen Programmen der Stadtpolitik verankert⁹. Eine Gesetzesgrundlage zur nachhaltigen Stadtentwicklung findet sich in § 1 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (ROG). Dort heißt es, dass eine nachhaltige Stadtentwicklung die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum (Stadt) mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen führt. Trotz vieler Programme und Maßnahmen der Stadtpolitik

⁹ vgl. dazu Weiland 2010: 344ff.

steht nachhaltige Stadtentwicklung als konkret umsetzbares Instrument in der Kritik. Es wäre „immer noch v. a. Leitbild“ (Weiland 2010: 346) und die Nachhaltigkeitsziele in der Realität der Städte nicht wirklich wahrnehmbar.

Unbestritten ist aber, dass nachhaltige Stadtentwicklung die gemeinsame Aufgabe aller Akteure in der Stadt ist (vgl. Bundesregierung o.J.: 54f.). Daher gilt: „Stadtentwicklung braucht Stadtgesellschaft.“ (BMVBS 2010: 5).

3 DIE ZIVILGESELLSCHAFT ALS AKTEUR IN DER STADT

Eng mit der Stadt und den Stadtdiskursen ist das Konzept der Zivilgesellschaft verbunden. Nach der Darstellung der Geschichte und des Begriffs der Zivilgesellschaft stehen die Initiativen im Fokus, in denen die Zivilgesellschaft Akteurin der Stadtentwicklung wird. Danach werden Aspekte von Urbanität angesprochen und der öffentliche Raum in seinen vielen Funktionen aufgezeigt. Das Kapitel schließt mit der Betrachtung von städtischen Freiräume und deren Aneignung durch zivilgesellschaftliche Initiativen.

Die Wurzeln der Zivilgesellschaft liegen in der Antike. Mit Aristoteles' Begriff der 'politiké koinōnía', der mit 'bürgerliche oder politische Gesellschaft' übersetzt werden kann, wird die höchste Gemeinschaft beschrieben, die „alle anderen Gemeinschaften wie Familie, Haus und Dorf“ (Schmidt 2007: 39) umfasst. In dieser 'staatlichen Gemeinschaft' soll sich der Bürger „selbst organisieren und über sich selbst bestimmen.“ (ebd.). Auch wenn sich Vieles in den folgenden Jahrhunderten gewandelt hat, bilden Selbstbestimmung und Selbstorganisation als wesentliche Bestandteile von Zivilgesellschaft seither das Fundament zivilgesellschaftlichen Handelns (vgl. ebd.: 34ff.).

Im heutigen Sprachgebrauch versteht man den Begriff der Zivilgesellschaft meist als „einen Bereich der Gesellschaft „zwischen“ Staat, Markt und Privatsphäre; seine Akteure sind eine Vielzahl selbstorganisierter Initiativen, Netzwerke, Bewegungen, Vereine und Organisationen.“ (Geißel et al. 2004: 7).

Nach André Christian Wolf und Annette Zimmer sind drei Ebenen von Zivilgesellschaft für die Sozialwissenschaften bedeutend: Die normative, die habituelle und die akteursorientierte Ebene. Die oben genannte Definition bezieht sich auf die akteursorientierte Ebene von Zivilgesellschaft. Die Personen, die sich bewusst zu Initiativen zusammenschließen oder sich als Mitglied in Vereinen zivilgesellschaftlich engagieren, stehen hierbei im Fokus. Die habituelle Ebene nimmt Bezug auf den Habitus von Zivilgesellschaft, also die Haltung oder ein bestimmtes Verhalten. Dieses zeichnet sich durch Kompromissbereitschaft, Friedfertigkeit, Toleranz und Wertschätzung der Mitmenschen aus. Allgemein kann in diesem Zusammenhang von einem 'zivilen Umgang' in der Gesellschaft gesprochen werden. Zivilgesellschaft auf normativer Ebene setzt sich mit Fragen einer guten Politik und Gesellschaft auseinander. Es geht um Gerechtigkeit und Chancengleichheit sowie Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft. Das kritische Hinterfragen des Status-quo und das Aufzeigen von möglichen Alternativen ist zentral für eine Zivilgesellschaft auf normativer Ebene (vgl. Wolf/Zimmer 2012: 16f.).

Die Zivilgesellschaft als Akteur in der Stadt wird aus Sicht der Stadtentwicklung fast nur in einem problematischen Zusammenhang thematisiert. Aufgrund staatlicher Verschuldung und der Reduktion sozialstaatlicher Leistungen werden Erwartungen der Kompensation durch die Zivilgesellschaft laut. Das heißt, zunehmend leerer werdende öffentliche Kassen sollen durch mehr zivilgesellschaftliches Engagement im sozialen, ökologischen und ökonomischen Bereich ausgeglichen werden (vgl. Zimmer 2012: 362, Becker 2009: 5f.). Stadtentwicklungsprozesse sollen vermehrt unter Beteiligung von Bürgerinnen stattfinden. Dies schreiben vielfältige Stadtentwicklungsprogramme oder Leitlinien wie z.B. die 'Leipzig Charta' vor (vgl. dazu Kapitel 2.2.2). Problematisch sei, laut Elke Becker, dass Beteiligung dabei immer mit einer Aktivierung der Gesellschaft einhergehe. Der Kontakt zwischen Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung erfolge fast immer 'top-down'¹⁰ und sei auf Beteiligungsverfahren reduziert; selbstorganisierte Zivilgesellschaft sei kaum Bestandteil von Stadtentwicklungsdiskursen. Aus diesem Grund spricht sie sich für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der Vielfältigkeit zivilgesellschaftlicher Formen im Kontext von Stadtentwicklung aus und sieht darin ein mögliches 'Lernfeld für Engagement' (vgl. Becker 2009: 5ff.).

3.1 Zivilgesellschaftliche Initiativen

Eine 'Initiative' ist laut Duden ein „erster tätiger Anstoß zu einer Handlung“ bzw. ein „Zusammenschluss von Bürgern, Verbänden, Vereinen, Firmen und/oder öffentlichen Einrichtungen zur Erreichung eines gemeinsamen [größer angelegten] Ziels“ (Website Duden 1). Der Begriff 'zivilgesellschaftliche Initiative' kann also als ein Zusammenschluss von Menschen der Zivilgesellschaft verstanden werden, die ein gemeinsam gestecktes Ziel zu erreichen suchen. So vielfältig wie die Zivilgesellschaft sind auch zivilgesellschaftliche Initiativen. Diese reichen von kleinen Stadtteilinitiativen wie Mietervereinigungen bis zu bundesweiten oder weltweiten Zusammenschlüssen wie Greenpeace oder Attac. „Der Übergang zu sozialen Bewegungen ist fließend, da Bewegungen zivilgesellschaftliche Organisationen umfassen, aber als solche keine Organisationen sind.“ (Zimmer 2012: 354). Roth und Rucht sprechen von sozialen Bewegungen, „wenn ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen, gestützt auf eine kollektive Identität, eine gewisse Kontinuität des Protestgeschehens sichert, das mit Anspruch auf Ge-

¹⁰ 'Top-down' bezeichnet die Wirkrichtung von 'oben nach unten'. In diesem Fall wäre das eine von Regierungsseite initiierte Beteiligung. 'Bottom-up' beschreibt die entgegengesetzte Richtung (vgl. dazu BMVBS 2010: 36).

staltung des gesellschaftlichen Wandels verknüpft ist, also mehr darstellt als bloßes Neinsagen.“ (Roth/Rucht 2008: 13).

Elementare Merkmale sozialer Bewegungen sind also gemeinschaftlich formulierte Ziele, die Anregung zu einer breiten Thematisierung in der Öffentlichkeit und das Aufzeigen von gesellschaftlichen Alternativen.

Bewegungen aus der Zivilgesellschaft, die vor allem im städtischen Kontext agieren, werden als 'städtische soziale Bewegungen' beschrieben. Dieser Begriff wurde von Manuel Castells in den 1970er Jahren begründet und erweitert die Definition sozialer Bewegungen um den Aktionsort Stadt. Damals wie heute stellen Bürgerinnen den Status quo der Politik infrage. Themen städtischer sozialer Bewegungen waren seinerzeit vor allem Umweltschutz, Geschlechtergerechtigkeit, sexuelle Selbstbestimmung oder Krieg und Frieden. Waren die Themen der städtischen Bewegungen damals eher allgemein gehalten und widmeten sich eher grundsätzlichen, weltpolitischen Themen, kam im weiteren Verlauf die Infragestellung der Politik im städtischen Kontext vor Ort hinzu. Spezifisch urbane Themen sind hierbei unter anderem der Mangel an preiswertem Wohnraum und Privatisierungs- oder Verwertungsprozesse in der Stadt (vgl. Künkel 2014: 135ff.). Gerade heute, in Zeiten, in denen immer unklarer wird, ob öffentliche Aufgaben im Gesamten dem Staat obliegen oder inwieweit diese von anderen Akteuren übernommen werden können, gibt es vermehrt Proteste aus der Zivilgesellschaft, die sich z.B. einer Privatisierung der öffentlichen Energieversorgung entgegenstellen (vgl. Zimmer 2012: 362).

3.2 Urbanität und Öffentlicher Raum

Der Begriff der 'Urbanität' geht auf das lateinische Wort 'urbs' zurück, zu Deutsch „Stadt“ (Zentralinstitut für Sprachwissenschaft 1993: 1491). Als 'Stadt' ist sie mit allem, was 'städtisch' ist verbunden und bildet somit einen Kontrast zu allem, was mit dem Begriff 'Land' verbunden wird. Jedoch meint Urbanität nicht allein den Unterschied in Bezug auf Größe und Dichte einer Ansiedlung von Menschen. Vielmehr verweist der Begriff auf eine Lebensart, die sich ausschließlich in einem städtischen Kontext entfaltet. Betrachtet man den Begriff vor dem Hintergrund seiner wortgeschichtlichen Herkunft, so versteht man unter Urbanität eine „feine Lebensart, Bildung“ sowie „städtische Atmosphäre, städtischer Charakter“ (ebd.). Dennoch kann diese besondere städtische Lebensweise, die sich von der Lebensweise auf dem Land unterscheidet, nicht pauschalisiert werden. Nach Walter Siebel sei es wichtig, die Besonderheit urbanen Lebens in ih-

rem jeweiligen gesellschaftlichen und geschichtlichen Kontext zu betrachten. Die Merkmale von Urbanität in der Antike, im Mittelalter oder in unserer heutigen Zeit unterscheiden sich grundlegend. Gerade die Bedeutung von Urbanität, die sich auf Bildung und Intellektualität bezieht, verweist auf eine besondere Qualität urbanen Lebens, von der Siebel schreibt: „Urbanität meint eine besondere alltägliche Lebensweise des Städters, die in utopischer Perspektive über die bestehenden Verhältnisse hinaus auf eine bessere Gesellschaft verweist.“ (Siebel 2000: 264). Diese emanzipatorische Vorstellung von Urbanität geht auf die Antike und das urbane Leben in der Polis zurück. Hier konnte sich der freie Bürger seiner Muße hingeben und sich von der notwendigen Arbeit befreien. Die Hinwendung zu Kultur und Politik wurde als Inbegriff von Muße betrachtet und war dem freien, gebildeten Bürger vorbehalten. Sie stand im Kontrast zur harten Arbeit auf dem Land, die von unfreien Bürgern, den 'einfachen' Leuten und Sklaven, verrichtet wurde (vgl. Siebel 2000: 264). In der Polis vollzog sich das urbane Leben auf der sogenannten 'agora'. Dieser Begriff bezeichnete in der Antike öffentliche Plätze für Märkte oder Versammlungen. Demnach war der Ort für urbanes Leben zu dieser Zeit ein öffentlicher Raum (vgl. Schäfers 2006: 150).

Auch heute noch konstituiert sich Urbanität in der Öffentlichkeit. In diesem Kontext ist der Begriff des 'öffentlichen Raums' von zentraler Bedeutung. Die Diskussion dieses Begriffs ist facettenreich und überaus komplex. Dies führt zu einer Vielfalt an divergierenden Betrachtungsweisen, was es erschwert, eine allgemeingültige Definition ausfindig zu machen. In dieser Arbeit soll der Fokus auf der Nutzerperspektive und den damit einhergehenden Zugangsmöglichkeiten liegen. Öffentliche Räume in diesem Kontext sind „Räume, die prinzipiell öffentlich aufgesucht und genutzt werden können: Bürgersteige, Straßen, Plätze, Freiflächen, Brachflächen.“ (Frey 2004: 223). Öffentliche Räume sind so vielfältig wie die Menschen, die diese nutzen. Reicher und Kemme beschreiben die vielfältigen Funktionen öffentlicher Räume in fünf Dimensionen:

Öffentliche Räume als Orte der Kultur:

Die Ästhetik und die Nutzbarkeit öffentlicher Räume nehmen entscheidenden Einfluss auf eine Stadt. Durch ihre Anordnung und ihre Gestaltung, aber auch durch die Möglichkeiten ihrer Nutzung, beeinflussen sie die Wahrnehmung der Menschen, die sich in ihnen bewegen. Sie prägen das Bild und die Kultur einer Stadt und verleihen dieser ihren eigenen Charakter. Öffentliche Räume sind Orte der Präsentation und der Darstellung. Sie bieten Menschen die Möglichkeit des 'Sehens und Gesehenwerdens'. Darüber hinaus fungieren sie als Ort kultureller Veranstaltungen.

Öffentliche Räume als Orte des Sozialen:

Öffentliche Räume sind Orte vielfältiger sozialer Prozesse. Menschen nutzen sie für Begegnungen und Austausch, für Freizeit und Erholung, für Sport, Spiel und Spaß. In diesem Zusammenhang nehmen sie Einfluss auf die Sozialisation eines Menschen. Des Weiteren sind öffentliche Räume aber auch Orte der Kristallisation sozialer Gegensätze: Sie sind Orte der Aneignung und der Enteignung, der Sicherheit und der Unsicherheit, der Integration und der Ausgrenzung.

Öffentliche Räume als Orte der Ökologie:

Seit Anfang der 1990er Jahre kam es im Kontext nachhaltiger Stadtentwicklung neben der sozialen und ökonomischen Dimension zu einer Bedeutungszunahme der ökologischen Dimension öffentlicher Räume wie Waldgebiete, Parks und Grünflächen. Diese nehmen, wie bereits in Kapitel 2.1 zur Sprache kam, wesentlichen Einfluss auf das Klima einer Stadt und bieten Menschen, Tieren und Pflanzen notwendige städtische Rückzugsorte.

Öffentliche Räume als Orte der Politik:

Die Verantwortung für öffentliche Räume fällt in den Zuständigkeitsbereich der Politik. Der Zustand öffentlicher Räume wird schon seit dem Mittelalter als Spiegel guter bzw. schlechter Regierungsführung betrachtet. Aufgrund zunehmender Privatisierung staatlicher Aufgaben ist die Verantwortung für öffentliche Räume einer der letzten zentralen Zuständigkeitsbereiche der Politik. Zudem werden öffentliche Räume als Orte des Politischen für Demonstrationen und Proteste im nationalen wie auch im internationalen Kontext genutzt. Weltweit dienen öffentliche Räume sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen für Organisation wie auch für Artikulation gemeinschaftlicher Interessen.

Öffentliche Räume als Orte der Ökonomie:

Seit der Mensch Handel betrieben hat, fungierten öffentliche Räume als Orte der Ökonomie. Öffentliche Räume in Form von Plätzen und Straßen dienten den Menschen als Märkte, auf denen Waren vielfältigster Art und Weise getauscht und gehandelt wurden. Seit der Industrialisierung finden Handel und Handwerk dagegen zunehmend in privaten Räumen wie Fabriken und Kaufhäuser statt. Das Interesse ökonomischer Nutzung öffentlicher Räume lag seitdem lediglich auf der Infrastruktur wie Straßen oder Schienen für den Transport von Waren. Jedoch gewinnen öffentliche Räume als Orte der Ökonomie durch den Wandel der Arbeitsgesellschaft von einer Industriegesellschaft hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft wieder stark an Bedeutung.

In Zeiten der Globalisierung befinden sich viele Städte dieser Welt in einem Wettbewerb um den attraktivsten Standort. Viele Menschen, insbesondere hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeberinnen, sind aufgrund moderner Kommunikations- und Transportmöglichkeiten nicht mehr an einen Ort gebunden. Sie wählen ihren Wohnort nach seiner Qualität für Leben und Arbeit aus. In diesem Kontext kommen öffentlichen Räumen eine wesentliche Bedeutung zu, da die kulturellen, sozialen, ökologischen, politischen wie auch ökonomischen Dimensionen öffentlicher Räume im globalen Wettbewerb um den attraktivsten Standort eine immer zentralere Rolle spielen (vgl. Reicher/Kemme 2009:15f.).

Es wird deutlich, dass der öffentliche Raum durch vielfältige Funktionen für den Menschen gekennzeichnet ist. Durch die Multifunktionalität öffentlicher Räume kommt es zu einem Zusammentreffen von Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Ansprüchen an diese. Zum einen birgt dieses Zusammentreffen Potential für Konflikte, zum anderen kann daraus eine lebendige Vielfalt urbanen Lebens entstehen (vgl. ebd.). Um die sozialen Prozesse im öffentlichen Raum besser nachvollziehen zu können, ist es neben der Betrachtung der vielfältigen Funktionen von Bedeutung, die unterschiedlichen Verständnisse, die dem Raumbegriff zugrunde liegen, genauer in den Fokus zu nehmen.

Nach Oliver Frey liegen dem öffentlichen Raum zwei theoretische Raumverständnisse zugrunde. Das absolute Raumverständnis betrachtet den Raum als statisch. Er ist von Straßen und Gebäuden geprägt, kann vermessen werden und ist konstant in seiner Gestalt als Gefäß, in welchem sich die Objekte bewegen. Öffentliche Räume sind demnach losgelöst von sozialen Prozessen und werden nicht von Menschen beeinflusst, die in diesen interagieren. Nach dem relationalen Raumverständnis hingegen ist der Raum dynamisch (vgl. Frey 2004: 219ff.).

„Raum ist relationale (An)Ordnung von Gütern und Lebewesen. Raum wird konstituiert durch analytisch zu unterscheidende Prozesse, das Spacing und die Syntheseleistung. Letzteres ermöglicht es, Ensembles von Gütern und Menschen zu einem Element zusammenzufassen“ (Löw in Frey 2004: 221).

Unter 'Spacing' versteht man das Sich-Anordnen oder das Angeordnet-Werden von Gütern und Lebewesen an einem Ort. Die Syntheseleistung beschreibt die aktive Verknüpfung dieser Anordnung durch Menschen vor dem Hintergrund der Wahrnehmungs-, Vorstellung- und Erinnerungsprozesse zu einem großen Ganzen. Durch dieses Verknüpfen und Zusammenfassen konstituiert sich nach Löw der Raum. Somit können nach dem re-

lationalen Raumverständnis öffentliche Räume nicht losgelöst von menschlichem Handeln betrachtet werden, vielmehr vollzieht sich die Produktion von Raum durch das Handeln von Menschen (vgl. Fritsche/Wigger 2013: 80).

Der öffentliche Raum kann also in zwei Weisen betrachtet werden: objektiv, absolut und subjektiv, relational. Er kann objektiv erfasst, aber auch subjektiv erlebt werden. Einmal ist er statisch, nicht formbar und einmal dynamisch und gestaltbar.

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit zivilgesellschaftlichen Initiativen im öffentlichen Raum und ist daher daran interessiert, das menschliche Handeln im Raum zu erfassen. Vor diesem Hintergrund liegt dieser Arbeit ein relationales Raumverständnis zugrunde.

Nach Hans Paul Bahrdt (1998) konstituiert sich Stadt aufgrund der Polarisierung zwischen öffentlicher und privater Sphäre. Je ausgeprägter diese Polarität und die Interaktion dieser beiden Sphären ist, desto urbaner ist das Leben einer Stadt. Der öffentliche Raum bildet die öffentliche Sphäre. Dieser befindet sich im Wandel. Die Polarität öffentlicher und privater Sphäre verändert sich bzw. wird zunehmend unscharf. Das wird vor allem anhand der großen Shopping Malls deutlich. Öffentliche Räume werden durch den Bau dieser Einkaufszentren zu einem privaten Raum. Dies bringt eine Verschiebung des Eigentumsrechts mit sich. Öffentliche Räume unterliegen dem öffentlichen Recht, Shopping Malls dem Privatrecht. Dies geht mit eingeschränkter Nutzung und Zugangsregelungen einher (vgl. Häußermann et al. 2008: 301ff.). Vorher für die Öffentlichkeit nutzbare Flächen sind jetzt nur noch für Konsumentinnen bestimmt und machen den vorher öffentlichen Raum exklusiv. Unerwünschte Verhaltensweisen und Zielgruppen werden exkludiert. „Die Stadt wird mehr und mehr eingerichtet für den kaufkräftigen, erwachsenen Kunden. Alte Menschen, Kinder, Arme und teilweise auch Frauen werden an den Rand gedrängt.“ (Reicher/Kemme 2009: 20). Privatisierung und Kommerzialisierung von öffentlichen Räumen können so die oftmals schon sehr ausgeprägte soziale Spaltung in den Städten zunehmend verstärken. Dennoch werden Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume von Seiten der Kommunen positiv bewertet, da diese einen finanziellen Beitrag zur Aufwertung einer Stadt leisten. Feinkostläden, Galerien und exquisite Boutiquen reihen sich an unzählige Cafés und Restaurants und sollen den Besuchern einer Stadt urbanes Leben in der Metropole vermitteln (vgl. Reicher/Kemme 2009: 20f.). Der öffentliche Raum avanciert zum Erlebnisort einer unternehmerischen Stadt. Öffentliche Räume als Orte sozialer Austauschprozesse verlieren

damit an Bedeutung.

„Urbanität lässt sich nicht erzwingen, egal, wie liebevoll die Architektur gestaltet sein mag, wie viele Bänke, Sitzmulden, Freilichttheater von den Planern installiert werden und wie schön oder hässlich die Designerlampen, -mülleimer oder -spielgeräte auch sind.“ (Rauterberg 2013: 16).

Städte als Unternehmen, die rein am Konsum orientiert sind, verlieren aufgrund der Verdrängung von Menschen durch Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume „ein wesentliches Element von Urbanität, nämlich ihre bunt gemischte Öffentlichkeit, und büßen somit an Qualität ein.“ (Reicher/Kemme 2009: 20).

3.3 Städtische Freiräume

Der Begriff 'städtischer Freiraum' beschreibt den „Stadtraum unter freiem Himmel, das „Draußen“ in der Stadt, ihr nicht überbauter Raum.“ (Petrow 2012: 806). Hierbei wird deutlich, dass sich städtische Freiräume mit der Definition von öffentlichen Räumen überschneiden. Petrow sieht den Unterschied zu städtischen Freiräumen in der genuin physisch-räumlichen Kategorie“ (ebd.) öffentlicher Räume. Städtischer Freiraum dagegen „ist Stadtraum im Freien – frei von Bebauung. Er dient vorrangig der Erholung und Freizeit und repräsentiert „Natur“ in der Stadt.“ (ebd.: 812). Um der Diffusität durch die oftmals lose und ungenaue Verwendung der Begriffe 'städtischer Freiraum' und 'öffentlicher Raum' zu begegnen, werden beide Begriffe im Folgenden gleichbedeutend verwendet. Darüber hinaus soll der Fokus auf der Bedeutung der städtischen Freiräume für die Stadtbewohner liegen. Dies bedeutet eine Entfernung vom Freiraumbegriff aus stadtplannerischer Sicht und eine Hinwendung zum bildlichen Verständnis eines 'freien Raums'. Nach dem Wörterbuch der deutschen Sprache wird Freiraum als „Möglichkeit zur Entfaltung eigener Kräfte und Ideen“ (Website Duden 2) bezeichnet. In diesem Verständnis steckt schon sehr viel Aufschlussreiches. Städtische Freiräume sind Orte des Alltäglichen. Ihnen kommt eine zentrale Bedeutung für das Zusammenleben in einer Stadt zu. Sie sind Orte der Begegnung und der Kommunikation, aber auch Orte des Rückzugs und der Entspannung. Die Wünsche, die sich an städtische Freiräume richten, sind so unterschiedlich wie die Menschen, die diese nutzen. Städtische Freiräume bieten unterschiedlichsten sozialen Gruppen die Möglichkeit, sich zu begegnen, sich auszudrücken und sich auszutauschen. Gegensätze stoßen aufeinander, Konflikte werden ausgetragen. Soziale Aushandlungsprozesse finden statt. Durch das Zusammentreffen der unterschiedlichen Interessen sind städtische Freiräume auch immer Lernorte für ein soziales

Miteinander und können somit einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung des Zusammenhalts eines Stadtteils leisten (vgl. BMVBS 2009: 3ff.). Dies alles entsteht aber nicht allein durch geplante Räume. Freiräume „entstehen durch (...) Aneignung – und die beginnt im Kopf. Öffentlicher Raum ist nicht einfach da, er bedeutet für jeden etwas anderes und wird unterschiedlich angeeignet.“ (BMVBS 2009: 7). Nach Laura Bruns ist Aneignung ein Prozess, der aus dem Bedürfnis nach Freiraum entsteht. Orte werden angeeignet und nach eigenen Vorstellungen selbstbestimmt gestaltet. Der Prozess der Aneignung von Stadtraum geschieht selbstorganisiert und findet oftmals gemeinsam mit anderen statt. Vor diesem Hintergrund ist Aneignung der Gegensatz zur geplanten Stadt und stellt eine Art informelle Stadtentwicklung dar (vgl. Bruns 2014: 10f.). Im Zuge der zunehmenden Kommerzialisierung und Privatisierung von öffentlichen Räumen in den Städten (vgl. dazu Kapitel 3.2) kommt es zu einem Mangel an städtischem Freiraum. Dieser bildet oftmals die Handlungsgrundlage für Proteste sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Das Verteidigen von Freiräumen wie Parkanlagen, aber auch das Phänomen des 'Guerilla Gardening', das sich für mehr Grün in der Stadt stark macht, sind Beispiele für die Aneignung mit Protestcharakter (vgl. Petrow 2012: 808f.). Fragen wie 'wem gehört die Stadt?' und 'in welcher Stadt wollen wir leben?' stehen im Mittelpunkt. Rauterberg spricht in diesem Kontext von der Gestaltung einer neuen Urbanität, einem „Mitmach-Urbanismus“ (Rauterberg 2013: 14). „[D]er öffentliche Raum wird als gesellschaftlicher Raum verstanden, der allen gehört und den sich jeder aneignen und gestalten darf.“ (ebd.). Flash-Mobs, Guerilla Knitting und Streetart¹¹ als zeitgenössische Formen der Aneignung städtischer Freiräume lassen den öffentlichen Raum in einem neuen Licht erscheinen. Immer mehr Menschen wollen die Räume in ihrer Stadt mitgestalten, darauf aufmerksam machen, dass Stadt auch anders aussehen kann und gemeinsam mit anderen die Stadt als Experimentierraum begreifen (vgl. ebd.: 13ff.). Stadt soll nicht nur Wohnraum, Konsum, Kulturangebote und Arbeit bieten, sondern auch zu einem Ort des gemeinsamen aktiven Tuns mit Gleichgesinnten werden (vgl. Richard 2011: 225f.). Ulrike Bührlen von den 'urbanauten', einer Münchener Initiative für mehr Aktionen im öffentlichen Raum, meint, die Stadtverwaltung könnte diese informelle Stadtentwicklung aus der Zivilgesellschaft tatkräftig fördern (vgl. Bührlen 2013: 23).

¹¹ Flash-Mobs bezeichnen im Voraus geplante, spontan scheinende skurrile Kurzaktionen von Menschenmengen auf öffentlichen Plätzen. Unter Streetart ist Kunst im öffentlichen Raum gemeint. Dies sind z.B. Schablonen-Graffiti oder Plakatkunst. Guerilla Knitting ist auch Teil der Streetart und meint das Bestriicken von Gegenständen im öffentlichen Raum wie Bänke, Bäume oder Schilder (vgl. Rauterberg 2013: 13f.).

Nach dem BMVBS braucht es dafür neue Formen der Kooperation zwischen Bürgerinnen und der Stadtverwaltung. Städtische Freiräume sollen in ihrer Nutzung offen, anpassungsfähig und wenig festgelegt gestaltet werden, um den vielfältigen Nutzern und ihren Interessen gerecht zu werden. Eben so, wie die Bürgerinnen nicht mehr nur konsumieren, sondern ihre Umgebung real mitgestalten wollen, fordert auch die Stadtverwaltung aktive Verantwortungsübernahme für diese durch die Bürgerschaft. Dennoch kann die Verantwortung nicht gänzlich von der Bürgerschaft übernommen werden. Es muss ein Gleichgewicht zwischen Bürgerschaft und Verwaltung gefunden werden, das den Freiraum offen hält, aber auch Regeln für die Nutzung setzt. Die zukünftigen Nutzer sollen von Beginn an in den Planungsprozess einbezogen werden. Die Planung urbaner Freiräume soll gemeinschaftlich verwirklicht werden. Demnach sind alle Akteure eines Stadtteils zu berücksichtigen. Beteiligung soll in Form eines Dialogs und ergebnisoffen stattfinden, um das Wissen der Bürger ernst zu nehmen. Stadtplaner sollen sich bewusst machen, dass eine gemeinschaftliche Planung durch Beteiligungsprozesse Zeit und Vertrauensaufbau braucht. Ideen und Kreativität aus den Stadtteilen sollen aufgegriffen werden in dem Bewusstsein, dass Bewohnerinnen ihre Umgebung am besten kennen und wissen, wo Stärken und Schwächen liegen. Zur Verstetigung von zivilgesellschaftlichem Engagement in der Stadt braucht es Wertschätzung. Dies kann z.B. in Form von 'Bürgerfonds' erfolgen, indem den Nutzern das Geld für die Grünpflege übergeben wird, das die Stadt eigentlich hierfür ausgeben würde, und sie es dann für ihren „Nachbarschaftsgarten“ nutzen können. Hilfreich ist in diesem Kontext eine Koordinationsstelle als Ansprechpartner für die Bürger wie z.B. die Einrichtung eines Quartiersmanagements (vgl. BMVBS 2009: 3ff.).

Lange Zeit blieben die Forderungen für mehr politische Beteiligung von Bürgerinnen in der Politik und der Stadtverwaltung ungehört. Heute scheint sich dies zumindest anfänglich zu ändern. Insgesamt kann von einer bürgernahen Planung gesprochen werden, Bottom-up Prozesse nehmen zu (vgl. Petrow 2012: 826). Der Wunsch nach Aneignung von Räumen und der selbstbestimmten Gestaltung der eigenen Umgebung scheint von Seiten vieler Stadtplaner wahrgenommen und in den Planungsprozessen berücksichtigt zu werden. Dennoch ist es weiterhin wichtig und nötig, darauf zu schauen, welche Motivation hinter der Beteiligung der Bürger steht, ob es sich um einen realen Dialog und die Verbesserung von Lebensqualität für die Bürger handelt oder ob weiterhin rein ökonomische Verwertungsinteressen hinter der Aufwertung eines Stadtteils stehen.

4 SOZIALE ARBEIT, ZIVILGESELLSCHAFT UND STADT

„Die Stadt besteht nicht nur aus Häusern und Straßen, sondern auch aus Menschen mit ihren Hoffnungen“ (Augustinus in Baum 2012: 576). Die Stadt als Lebensraum aller Menschen rückt in den Fokus der Sozialen Arbeit. Soziale Arbeit muss sich daher den spezifischen Prozessen und Bedingungen in der Stadt zuwenden, diese aufgreifen und in ihre Arbeit integrieren (vgl. ebd.: 571f.).

In diesem Kapitel wird zunächst das Verhältnis Sozialer Arbeit zur Zivilgesellschaft beleuchtet. Darauf folgend wird die Gemeinwesenarbeit als Konzept der Sozialen Arbeit mit ihren spezifischen Charakteristika dargestellt. Abschließend folgt die Einordnung der Gemeinwesenarbeit in den Kontext von Stadtentwicklung und die Darstellung ihrer Aufgabenbereiche und Anforderungen diesbezüglich.

4.1 Soziale Arbeit und Zivilgesellschaft

Der Begriff der 'Zivilgesellschaft' erfuhr in den letzten zwei Jahrzehnten eine Renaissance, avancierte in Öffentlichkeit und Wissenschaft zum Modebegriff und machte politisch Karriere (vgl. Staub-Bernasconi 2006: 72). In der Bundesrepublik Deutschland kam der Begriff der Zivilgesellschaft gegen Ende des 20. Jahrhunderts und Anfang des 21. Jahrhunderts in den Fokus der politischen Auseinandersetzung. Durch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 'Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements' erfuhr er politische Relevanz und wurde durch das Leitbild 'Aktivierender Staat' auf nationaler Ebene sowie durch das Leitbild 'Vom Dienstleistungsunternehmen zur Bürgerkommune' auf kommunaler Ebene zum politischen Programm (vgl. Fehren 2008: 16). Im Mittelpunkt der gegenwärtigen Diskussion um die Zivilgesellschaft steht die Frage:

„Durch welche gesellschaftlichen Kräfte kann gesichert werden, dass Markt und Staat als die beiden dominierenden Mechanismen moderner Vergesellschaftung durch ein drittes Prinzip relativiert und modifiziert werden – so dass wir nicht vor der Alternative stehen, entweder die Folgen unregulierten Marktgeschehens einfach passiv hinzunehmen oder umgekehrt zu ihrer Bewältigung ausschließlich auf staatliche Interventionen zu setzen mit der Gefahr einer erstickenden Bürokratisierung des gesellschaftlichen Lebens?“ (Joas 2001: 15).

Nach Oliver Fehren lassen sich die Ursachen für die derzeitige Popularität der Debatte um die Zivilgesellschaft aus den gegenwärtigen Krisen moderner Industriegesellschaften ableiten. Fehren benennt folgende Ursachen (vgl. Fehren 2008: 12):

- Abnahme der Steuerungsfähigkeit der Politik
- Abnahme des Vertrauens in politische Institutionen
- Finanzierungskrise des Sozialstaates
- Zunahme der Kritik an der Bürokratie des Sozialstaates
- Zunehmende Nachfrage nach Absicherungen vor sozialen Risiken in der 'fragmentierten Gesellschaft'

In diesem Zusammenhang verweist Martin Schenk auf die Interdependenz zwischen der Krise des Sozialstaates und dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Wandel westlicher Industriestaaten.

„Die Krise des Sozialstaates ist verbunden mit einer gesellschaftlichen Umbruchsituation, bei der die alte 'Sozialstaatsgesellschaft' ins Wanken gerät: die bisherigen Knoten solidarischer Netze – Erwerbsarbeit, Familie, Nation – sind brüchig geworden, Raum ist entstanden für Netze dazwischen“ (Schenk in Fehren 2008: 19).

Diese Entwicklungen machen die Suche nach alternativen Wegen der Wohlfahrtsproduktion zwischen Staat, Markt und Familie erforderlich. Ein Resultat dieser Suche sieht Fehren in der Renaissance der Zivilgesellschaft. Die gegenwärtige Diskussion um die Zivilgesellschaft hat zwei Schwerpunkte. Sie bewegt sich zwischen 'Mehr-Mitentscheidung' und 'Mehr-Mitwirkung' der Zivilgesellschaft. Unter dem Aspekt Mehr-Mitentscheidung wird Zivilgesellschaft als ein Prozess der Demokratisierung der gesamten Gesellschaft verstanden. Durch die vermehrten Möglichkeiten der Mitentscheidung werden die Bürger in zunehmendem Maße in politische Entscheidungen eingebunden und können somit mehr Kontrolle und Einfluss auf die Politik nehmen und demnach auch mehr Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen. Im Gegensatz dazu verweist der Aspekt Mehr-Mitwirkung auf die zunehmende Einbeziehung der Bürger bei der Umsetzung politischer Programme, die zuvor durch die Politik bereits entschieden wurden. In der aktuellen Debatte ist festzustellen, dass den zwei Aspekten keineswegs die gleiche Beachtung zukommt. Obwohl das der Zivilgesellschaft zugrundeliegende Verständnis eindeutig auf ihren demokratisierenden Charakter verweist, liegt das politische Interesse offenbar überwiegend auf ihrer Funktion als Erbringerin ursprünglich sozialstaatlicher Leistungen (vgl. ebd.).

In dieser Entwicklung sieht Fehren zwei Gefahren für die Zivilgesellschaft. Zum einen, dass die Zivilgesellschaft als Lösung für die umfassenden krisenhaften Entwicklungen moderner Gesellschaften überlastet wird, zum anderen, dass sie durch neoliberale Moti-

ve umgedeutet und vereinnahmt wird. Die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit fungiert in diesem Zusammenhang als Deckmantel und dient insbesondere der Legitimation von Sozialstaatsabbau, der Kürzung sozialstaatlicher Leistungen und der Verlagerung zunehmender sozialer Risiken auf das Individuum.

„Die entscheidende Frage ist, ob unter dem Label Zivilgesellschaft ein neoliberaler Minimalstaat mit Risikoabwälzung auf die privaten Bürger eingeführt wird, oder ob (...) der Staat ein genuines politisches Interesse an der Mitgestaltung und Einflussnahme durch die Bürger [hat]?“ (ebd.: 20)

Wenn Verantwortlichkeiten vom öffentlichen Bereich in die private Sphäre der Bürger übergehen, so muss dies nicht zwangsläufig mit einem Abbau des Sozialstaats einhergehen. Eine Antwort sieht Fehren in der Überwindung und Auflösung der Gegensätzlichkeit zwischen staatlicher und individueller Wohlfahrtsproduktion durch die konsequente Stärkung der Zivilgesellschaft als Form „vergesellschafteter Verantwortlichkeit“ (vgl. ebd.).

Schon zu Beginn der 1990er Jahre machte Micha Brumlik (1991) auf die „außerordentliche Passgenauigkeit zivilgesellschaftlicher Modelle für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen“ (ebd.) aufmerksam. Jedoch wies Brumlik auch auf die Gefahr der neoliberalen Vereinnahmung der Zivilgesellschaft hin. Diesbezüglich stellt Fehren fest, dass die 'neoliberale Kolonialisierung' der Zivilgesellschaft im Stillen und ohne ernstzunehmenden Einwand stattfand. „Das Konzept Zivilgesellschaft ist derartig umgedeutet worden, dass es sich mehr oder weniger nahtlos einfügen lässt in neoliberale Gesellschaftsentwürfe, in denen die Gesellschaft die sozialen Risiken zunehmend privatisiert.“ (ebd.: 22). In Bezug auf die Soziale Arbeit ist ein Verharren oder vielmehr ein Erstarren in Kritik festzustellen aufgrund der Befürchtung einer Umdeutung und Vereinnahmung einer mündigen Zivilgesellschaft. Bisher hat die Soziale Arbeit aber kaum ernstzunehmende Anstrengungen unternommen, dem Begriff der Zivilgesellschaft eine Definition zugrunde zu legen, wodurch die Möglichkeit bestehen würde, die mit der Zivilgesellschaft in Verbindung stehenden Chancen auf mehr Mitentscheidung, mehr Selbstbestimmung und mehr Selbstorganisation der Gesellschaft zu nutzen. Kurt Möller (2002) macht ebenso darauf aufmerksam, dass in gegenwärtigen Publikationen Sozialer Arbeit die Auffassung dominiert, dass die Wiederentdeckung der Zivilgesellschaft vor allem der Kompensation von Sozialstaatsabbau dient. Dies verdeutlicht, dass die Chancen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung Sozialer Arbeit in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung nur unzureichend thematisiert werden. In diesem Kontext weist

Fehren darauf hin, dass die Soziale Arbeit der Politik vorschnell die Verhüllung von Sozialstaatsabbau durch die Förderung der Zivilgesellschaft unterstellt, sobald der Sozialstaat nicht dem Niveau der 1960er und 1970er Jahre gleich kommt.

Jedoch sind vor dem Hintergrund der Krise des Sozialstaats und der gesellschaftlichen Umbruchsituation die Grundvoraussetzungen für die Funktionsfähigkeit des Sozialstaates nicht mehr gegeben, wodurch 'neue Figurationen' der Wohlfahrtsproduktion unumgänglich werden (vgl. ebd.: 20f.). Die vorherrschende Kritik und Sorge der Sozialen Arbeit um die Gefahren der neoliberalen Umdeutung und Vereinnahmung von Zivilgesellschaft sind zwar notwendig, dennoch muss sie zur gegenwärtigen Diskussion um die Zivilgesellschaft Stellung beziehen und die Gratwanderung vom reaktiven Verhalten zum proaktiven Handeln leisten.

„Gibt sie den Begriff der Zivilgesellschaft aus der Hand, drohen ihr erhebliche Verluste. Soziale Arbeit läuft Gefahr, durch die neoliberale Umdeutung der zivilgesellschaftlichen Programmatik einiger ihrer zentralen Leitorientierung wie Partizipation, Empowerment, Hilfe zur Selbsthilfe und Aktivierung, enteignet zu werden“ (ebd.: 22).

Soziale Arbeit kann der zunehmenden Tendenz zur neoliberalen Vereinnahmung der Zivilgesellschaft nur begegnen und entgegenwirken, indem sie der Zivilgesellschaft eine Definition zugrundelegt, welche die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten sowohl für die Menschen, die die Angebote Sozialer Arbeit in Anspruch nehmen, als auch für die Soziale Arbeit selbst sicherstellt (vgl. ebd.: 23).

Wolf Reiner Wendt (1996) konstatiert, „dass die Soziale Arbeit aufgrund der Krise des Sozialen und der Wohlfahrtsstaatlichkeit nur eine Zukunft hat, wenn es ihr gelingt, sich zivil zu begründen“ (ebd.: 22). Eine zivilgesellschaftliche Ausrichtung und Fundierung Sozialer Arbeit ist nicht neu. Wegweisende Beiträge und Beispiele einer zivilgesellschaftlich orientierten, unabhängigen und demokratiefördernden Sozialen Arbeit bieten die Ansätze von Jane Addams, die Wurzeln der Settlementbewegung und des Community Organizing aus den USA (vgl. Elsen 2000: 11). Durch eine zivilgesellschaftliche Begründung Sozialer Arbeit besteht für sie die Möglichkeit, ihre Tendenz zur 'Klientisierung' abzulegen. Der Mensch wird nicht mehr als Klient betrachtet, vielmehr wird dieser als mündiger Bürger wahrgenommen, der über die notwendigen Ressourcen und Fähigkeiten verfügt, seinen Alltag zu bewältigen und diesen gelingend zu gestalten. Durch den Perspektivwechsel 'vom Klienten zum Bürger' besteht für die Soziale Arbeit die Option, sich von bevormundenden Hilfeangeboten loszulösen und sich zur Ermöglicherin und Begleiterin zivilgesellschaftlicher Selbsthilfe und Selbstorganisation zu entwickeln.

Wichtig ist hierbei, dass Machtasymmetrie reduziert und so Begegnung zwischen Nutzerinnen und Anbieterinnen Sozialer Arbeit auf Augenhöhe ermöglicht wird. Einseitige Hilfe wird dann zu einem zweiseitigen koproduktiven Prozess. Nach diesem Verständnis ist der Mensch als mündiger Bürger dazu aufgerufen, einen aktiven Beitrag im koproduktiven Prozess der Wohlfahrtserbringung zu leisten (vgl. Fehren 2008: 51). Sollen die Bürger mehr Mitwirkung zeigen und mehr Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen, so müssen zwangsläufig auch mehr Möglichkeiten der Mitentscheidung geschaffen werden. Für die Politik bedeutet dies, Macht abzugeben, um somit Raum für Mitentscheidung und Verantwortungsübernahme zu schaffen. Doch auch die Soziale Arbeit muss mehr Raum für Mitwirkung und Mitentscheidung ermöglichen. Nach Susanne Elsen (2001) kann die Soziale Arbeit ihrer Rolle als Ermöglicherin und Begleiterin zivilgesellschaftlicher Selbstbestimmung und Selbstorganisation nur dann gerecht werden, wenn die Menschen, die ihre Dienste in Anspruch nehmen, über mehr Kontroll- und Einflussmöglichkeiten bezüglich ihrer Angebote und Leistungen verfügen. Hier stellt sich die Frage nach den notwendigen Ressourcen und Fähigkeiten, damit die zunehmenden Partizipationsmöglichkeiten auch in Anspruch genommen werden können. Fehren macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass insbesondere Menschen, die von Benachteiligung betroffen sind, gerade nicht über die notwendigen Ressourcen und Fähigkeiten verfügen, um diese für sich zu nutzen und dadurch Gefahr laufen, weiterer Benachteiligung zu unterliegen (vgl. ebd.: 52). Hans Joas stellt in Bezug auf gegenwärtige Formen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten eine enorme 'Bildungslastigkeit' fest (vgl. Joas 2001: 22). In Ergänzung zu Joas macht Silvia Staub-Bernasconi deutlich, dass sich im Gegensatz zum Bildungsbürgertum benachteiligte Gruppen nur in geringem Maße zivilgesellschaftlich engagieren und verweist auf die damit in Verbindung stehenden mangelnder Ressourcen und Fähigkeiten. „Arbeiter, Arme, Working Poor und Erwerbslose (...) sind in Bürgerinitiativen, Bürgerausschüssen, Elternräten kaum vertreten. (...) Die Fähigkeit zur Partizipation ist eben an Kompetenzen gebunden“ (Staub-Bernasconi 2006: 73). In diesem Zusammenhang stellen sich zwei entscheidende Fragen: Welche Ressourcen und Fähigkeiten sind notwendig, um diese erweiterten Partizipationsmöglichkeiten wahrzunehmen und die damit in Verbindung stehenden Chancen auf mehr Selbstbestimmung und Selbstorganisation zu nutzen? Welche Kompetenzen besitzt die Soziale Arbeit, um allen Menschen in diesem Sinne eine 'Bildung zum Bürger' zu ermöglichen? (vgl. Fehren 2008: 53).

4.2 Gemeinwesenarbeit

Die Soziale Arbeit im Kontext von Gemeinwesen hat im Laufe ihrer Entwicklung mehrere Veränderungen erfahren. Die Entwicklungslinie und die damit in Verbindung stehenden Paradigmenwechsel können anhand der unterschiedlichen Ansätze wie Gemeinwesenarbeit, Stadtteil- und Quartiersmanagement, Quartiersaufbau, Sozialraumorientierung und Sozialraumarbeit nachvollzogen werden. Jeder Ansatz beinhaltet eigenständige Wesensmerkmale und Alleinstellungsmerkmale, Prinzipien und Ziele, Konzepte und Methoden. In der gegenwärtigen Zeit bestehen viele dieser Ansätze nebeneinander, sind ineinander übergegangen oder ergänzen sich gegenseitig¹².

Im Folgenden soll der Fokus auf der Gemeinwesenarbeit liegen. Allgemein kann man feststellen, dass keine allgemeingültige Theorie und Praxis der Gemeinwesenarbeit besteht. Die Erscheinungsform der Gemeinwesenarbeit ist immer in Abhängigkeit von ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Bedingungen einer Gesellschaft und den Auswirkungen auf das Gemeinwesen zu betrachten. Ein Wesensmerkmal der Gemeinwesenarbeit ist somit die Kontextabhängigkeit. Zudem entspricht eine einheitliche Theorie und Praxis nicht dem ganzheitlichen Anspruch der Gemeinwesenarbeit und wird darüber hinaus ihren vielfältigen Aufgabenbereichen nicht gerecht (vgl. Stövesand/Stoik 2013: 17).

In der wissenschaftlichen Diskussion über die Gemeinwesenarbeit besteht Uneinigkeit darüber, ob diese eine Methode, Konzept, Arbeitsprinzip oder Strategie ist. In den 1960er Jahren wurde die Gemeinwesenarbeit als 'Dritte Methode' der Sozialen Arbeit neben der Einzelfallhilfe und der Gruppenarbeit verstanden. 20 Jahre später, in den 1980er Jahren, wurde festgestellt, dass die Gemeinwesenarbeit keine Methode sein kann, da sie mehrere Methoden beinhaltet (vgl. ebd.: 18). Nach Dieter Oelschlägel fließen in die Gemeinwesenarbeit Wissensbestände aus unterschiedlichen Fachdisziplinen ein. Die Gemeinwesenarbeit richtet sich nach diesem Verständnis gegen eine methodische Verengung als 'Dritte Methode' der Sozialen Arbeit, vielmehr nimmt sie Methoden aus unterschiedlichen Wissenschaften in ihr professionelles Wirken auf. Interdisziplinarität ist also ein Wesensmerkmal der Gemeinwesenarbeit (vgl. Oelschlägel 2005: 653). Nach Sabine Stövesand und Christoph Stoik ist die Gemeinwesenarbeit ein übergreifendes Konzept mit unterschiedlichen Ausprägungen, das mehrere unterschiedliche Konzepte, Methoden, Verfahren und Techniken beinhaltet und in den Kontext Sozialer Ar-

¹² Einen aufschlussreichen Überblick geben Matthias Drilling und Patrick Oehler (vgl. dazu Drilling/Oehler 2013).

beit eingebettet ist.

Soziale Arbeit hat den Mensch und die Wechselwirkung zwischen Mensch und Umwelt als Ausgangspunkt. Sie setzt auf Makro-, Meso- und Mikroebene an. Wissen über Einzelne, Gruppen und gesellschaftliche Strukturen sind für die Soziale Arbeit unabdingbar. In ihrem Wirken hat sie die Interaktion zwischen Mensch und Umwelt im Blick und legt ihren Analysen eine multiperspektivische Sicht zugrunde. Um Facettenreichtum, Vielschichtigkeit und Komplexität dieser Ausgangs- und Ansatzpunkte gerecht zu werden, sind Methoden und Konzepte erforderlich, die auf den unterschiedlichen Ebenen wirken und eine professionelle Soziale Arbeit mit Einzelnen, Gruppen und gesellschaftlichen Strukturen gewährleisten. In der Regel kommen im Kontext Sozialer Arbeit vielfach Themen und Probleme zum Vorschein, die ineinander greifen und miteinander verbunden sind. Daher ist für Soziale Arbeit, die sich mit umfassenden Themen, Problemen und sozialen Zusammenhängen befasst, spezifische Fachlichkeit vonnöten. Im Gemeinwesen sind diese übergreifenden Konstellationen vorzufinden. Unter dem Begriff 'Gemeinwesen' versteht man einen „sozialen Zusammenhang von Menschen, der über einen territorialen Bezug (Stadtteil, Nachbarschaft), Interessen und funktionalen Bezug (Organisationen, Wohnen, Arbeit, Freizeit) oder kategoriale Zugehörigkeit (Geschlecht, Ethnie, Alter) vermittelt ist bzw. darüber definiert wird.“ (Stövesand/Stoik 2013: 16). Wie in der Sozialen Arbeit stehen auch in der Gemeinwesenarbeit Einzelne, Gruppen und gesellschaftliche Strukturen und die Wechselbeziehung dieser im Fokus. Jedoch ist das Spezifikum der Gemeinwesenarbeit weniger die Unterstützung Einzelner, vielmehr ist das Hauptanliegen die Initiierung, Ermöglichung, Förderung und Begleitung gemeinschaftlicher Handlungsfähigkeit mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensumstände aller Beteiligten im Gemeinwesen (vgl. ebd.). Diesbezüglich spielen Ermöglichung und Förderung von sozialer Kohäsion, Solidarität und Synergieeffekte durch gemeinschaftliche Aktivitäten eine wesentliche Rolle.

Die unterschiedlichen Ansätze der Gemeinwesenarbeit lassen sich in 'sozialrevolutionär-konfliktorientiert' und 'staatstragend-harmonisierend' bzw. 'pragmatisch-manageriell' unterteilen. Grundlage des sozialrevolutionär-konfliktorientierten Ansatzes ist eine 'marxistische Gesellschaftsanalyse'. Ziel ist die Befreiung der Gemeinwesen. Sozialrevolutionär-konfliktorientierte Ansätze betrachten soziale Probleme in Verbindung mit gesellschaftlichen Strukturen und sehen die Ursache in der ungleichen Verteilung von Macht und Ressourcen. Nach dieser Vorstellung kann die Verwirklichung von Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Gemeinwesen nur durch den Kampf gegen Herrschaft

und ungleiche Verteilung von Macht und Ressourcen errungen werden. Konfrontation mit Instanzen der Macht, Skandalisierung von Unterdrückung und Kritik an ökonomischer, politischer und sozialer Ungleichheit sind integrale Bestandteile sozialrevolutionär-konfliktorientierter Ansätze. Sie richten sich gegen die 'Individualisierung von sozialen Problemen' und Herrschaftsstrukturen. Parteilichkeit ist ein Wesensmerkmal dieses Ansatzes. Kritik und Gefahr sozialrevolutionär-konfliktorientierter Ansätze ist, dass das Hauptaugenmerk vor allem auf gemeinschaftlichen Aktionen für die Veränderung und Verbesserung gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse liegt und persönliche Deutung und Bewältigung sozialer Probleme in Theorie und Praxis nur zweitrangig zur Kenntnis genommen werden.

Im Gegensatz dazu individualisieren der staatstragend-harmonisierende bzw. pragmatisch-managerielle Ansatz gesellschaftliche Gegensätze. Bei der Analyse gegensätzlicher gesellschaftlicher Interessen wird auf die Feststellung zurückgegriffen, dass die Gesellschaft aus freien und gleichen Menschen besteht, die gemeinsame Werte teilen und gemeinsame Ziele verfolgen können. Der Mensch wird als ein Wesen betrachtet, das die Fähigkeit besitzt, Probleme selbstständig und selbstverantwortlich zu lösen. Die Strategien staatstragend-harmonisierender bzw. pragmatisch-managerieller Ansätze zielen auf Kooperation und Integration unterschiedlicher Interessen. Intermediarität ist ein Wesensmerkmal dieses Ansatzes. Kritik und Gefahr staatstragend-harmonisierender bzw. pragmatisch-managerieller Ansätze ist das Ausblenden der Ursachen gesellschaftlicher Gegensätze und sozialer Probleme. Abhängig von der paradigmatischen Verortung der Ansätze steht entweder die Verbesserung der Lebensverhältnisse innerhalb bestehender gesellschaftlicher Strukturen oder die Verbesserung der Lebensverhältnisse durch die Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen im Fokus (vgl. ebd.: 19f.). Jedoch sprechen sich Stövesand und Stoik gegen die Aufteilung der Gemeinwesenarbeit in zwei Strömungen aus. Vielmehr ist das Integrieren der zwei Richtungen erforderlich, da in der alltäglichen Praxis der Gemeinwesenarbeit sowohl Parteilichkeit als auch Intermediarität von entscheidender Wichtigkeit sind (vgl. ebd.: 28). Gemeinsam sind diesen zwei Strömungen die Bündelung gemeinsamer Interessen und die Entwicklung gemeinschaftlicher Handlungsfähigkeit für die Verbesserung der Lebensverhältnisse im Gemeinwesen. Stövesand und Stoik legen der Gemeinwesenarbeit folgende Definition zugrunde:

„Gemeinwesenarbeit richtet sich ganzheitlich auf die Lebenszusammenhänge von Menschen. Ziel ist die Verbesserung von materiellen (z.B. Wohnraum, Existenzsicherung), infrastrukturellen (z.B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen) und immateriellen (z.B. Qualität sozialer Beziehungen, Partizipation, Kultur) Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Betroffenen. GWA integriert die Bearbeitung individueller und struktureller Aspekte in sozialräumlicher Perspektive. Sie fördert Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation im Sinne von kollektivem Empowerment sowie den Aufbau von Netzwerken und Kooperationsstrukturen. GWA ist somit immer sowohl Bildungsarbeit als auch sozial- bzw. lokalpolitisch ausgerichtet.“ (ebd.: 21).

Das Wirken der Gemeinwesenarbeit kann in territoriale, funktionale und kategoriale Handlungsebenen unterteilen werden. Auf der territorialen bzw. aufgabenbezogenen Handlungsebene ist die Gemeinwesenarbeit in Wohngebieten mit besonderen Unterstützungsbedarfen tätig. Die Stadtteile oder Quartiere befinden sich am Rand der Stadt oder in der Nähe von Industriegebieten. Das Wohnumfeld ist durch Verkehr oder Industrie belastet. Gebäude und Wohnraum sind in schlechtem Zustand. Die infrastrukturelle Ausstattung ist unzulänglich. Die Bewohnerinnen sind in großer Zahl von Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung betroffen. In der Regel kommt es in diesen Wohngebieten zu einer Kumulation von Benachteiligungsfaktoren. In der Vergangenheit wurden diese Wohngebiete mit dem Begriff 'sozialer Brennpunkt' typisiert, wodurch eine Stigmatisierung der Wohngebiete und Menschen einhergeht. Gelegentlich ist die Gemeinwesenarbeit auch in ländlichen Kontexten anzutreffen. Darüber hinaus wird sie in neuen Stadtteilen eingesetzt. Hierbei spielt die Ermöglichung und Förderung sozialer Beziehungen und sozialer Kohäsion im Stadtteil eine wesentliche Rolle.

Auf der funktionalen bzw. aufgabenbezogenen Handlungsebene geht es der Gemeinwesenarbeit um die „Verbesserung in Bereichen wie Verkehr, Wohnen, Freizeit oder Bildung“ (ebd.: 22). Auf der kategorialen bzw. zielgruppenbezogenen Handlungsebene setzt sich die Gemeinwesenarbeit mit unterschiedlichen Zielgruppen im Gemeinwesen beispielsweise Kinder, Jugendliche, Familien, alte Menschen, Erwerbslose, Migranten oder Frauen auseinander. Grundsätzlich sind alle Menschen im Gemeinwesen Zielgruppe der Gemeinwesenarbeit. In der Regel arbeitet die Gemeinwesenarbeit mit übergreifenden Themen, die mehrere Zielgruppen umfassen. Das Ziel der Gemeinwesenarbeit ist, die unterschiedlichen Zielgruppen über gemeinsame Themen zu erreichen und zusammenzubringen. In diesem Zusammenhang bietet die Gemeinwesenarbeit eine Bühne, auf der die unterschiedlichen Zielgruppen mit ihren gemeinsamen oder divergie-

renden Interessen zusammenkommen und sich austauschen. Bedürfnisse und Wünsche, Probleme und Schwierigkeit finden Raum, um zum Thema zu werden. Es besteht die Möglichkeit, Konflikte auszutragen und soziale Beziehungen entstehen zu lassen. Die Ermöglichung und Förderung sozialer Austauschbeziehungen und die Entwicklung gemeinsamer Handlungsfähigkeit ist Kern der Gemeinwesenarbeit (vgl. ebd.: 21f.).

Ansatzpunkt der Gemeinwesenarbeit ist die Lebenswelt. Die Gemeinwesenarbeit orientiert sich stets am alltäglichen menschlichen Leben und den damit in Verbindung stehenden Themen und Problemen, Bedürfnissen und Wünschen. In vielen Fällen spielen Konflikte eine wesentliche Rolle. Im Umgang mit Konflikten kommt der Gemeinwesenarbeit eine präventive Aufgabe zu. Durch die Erkundung der Themen im Gemeinwesen und die Schaffung von Räumen besteht die Möglichkeit der Thematisierung und Aushandlung von Konflikten, bevor diese sich verfestigen. Um herauszufinden, wo Themen und Probleme verborgen liegen und Interessen keinen Raum finden, kommen der Schaffung niederschwelliger Angebote und Methoden wie der aufsuchenden Arbeit wesentliche Bedeutung zu. Zentrale Aufgabe der Gemeinwesenarbeit ist die Aktivierung der Menschen im Gemeinwesen mit dem Ziel der Realisierung von gemeinschaftlichen Interessen. Die Sicherstellung von Selbstbestimmung und die Durchführung gemeinschaftlicher Aktionen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse im Gemeinwesen durch die Menschen selbst sind für die Gemeinwesenarbeit von entscheidender Wichtigkeit. Soziale Netzwerke und soziale Strukturen haben eine positive Wirkung auf das Gemeinwesen. Daher ist der Aufbau und die Unterstützung dieser zentrale Aufgabe von Gemeinwesenarbeit. Die Initiierung und Etablierung von Kooperation und Vernetzung der sozialen Landschaft und die Herstellung von Beziehungen zwischen den Menschen im Gemeinwesen und den Instanzen aus Politik und Verwaltung ist fester Bestandteil der Gemeinwesenarbeit. Des Weiteren ist Ziel der Gemeinwesenarbeit, auf die zugrundeliegenden strukturellen Ursachen sozialer Probleme wie die ungleiche Verteilung von Macht und Ressourcen aufmerksam zu machen und der Individualisierung sozialer Probleme durch gemeinschaftliche Einmischung zu begegnen (vgl. ebd.: 21f.). Die Entwicklung gemeinschaftlicher Handlungsfähigkeit für die Verbesserung der Lebensverhältnisse im Gemeinwesen ist auch immer in Verbindung mit gemeinschaftlichen Lernprozessen zu betrachten. Das Gemeinwesen als gemeinsamen Lebensraum unterschiedlicher Menschen mit unterschiedlichen Interessen wahrzunehmen, setzt Offenheit für Unterschiedlichkeit voraus. Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitentscheidung sowie Verantwortungsübernahme für das Gemeinwesen haben die Bereitschaft für gemeinschaftli-

che Lernprozesse zur Voraussetzung. Gemeinwesenarbeit ist immer auch Bildungsarbeit (vgl. ebd.: 28).

4.3 Gemeinwesenarbeit im Kontext von Stadtentwicklung

Die gegenwärtige Verbindung zwischen Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit geht zurück auf die Entstehung der Gemeinwesenarbeit gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Im Zuge der Industrialisierung waren Arbeitsplätze in den städtischen Zentren industrieller Produktion in Europa und Nordamerika entstanden. Aufgrund der enormen Nachfrage nach Arbeitskraft zogen Millionen von Menschen vom Land in die Stadt. Der Wandel der Arbeitsgesellschaft von einer Agrargesellschaft hin zu einer Industriegesellschaft hatte eine zunehmende Verstädterung zur Folge. Wirtschaftskrisen, Verlust von Arbeitsplätzen, schlechte Arbeitsbedingungen, Unterversorgung und keine Absicherung vor sozialen Risiken brachten Armut und die Entstehung von Armutsstadtteilen mit sich. Die Menschen, die vom Land in die Stadt gekommen waren, konnten sich nicht mehr auf rurale Sicherungssysteme wie Familie und Nachbarschaft stützen. Zudem wurden ihnen urbane Sicherungssysteme wie Absicherungen durch die Arbeiterbewegung aufgrund nicht vorhandener Zugehörigkeit verwehrt.

Zu dieser Zeit entstanden in den Zentren der Industrialisierung als Antwort auf die Soziale Frage die ersten sozialen Initiativen der Settlementbewegung. Als Beispiele lassen sich unter anderem in London durch Samuel und Henriette Barnett die Toynbee Hall, in Chicago durch Jane Addams das Hull House, in Hamburg durch Walter Claasen das Volksheim und in Berlin durch Friedrich Siegmund-Schultze die Soziale Arbeitsgemeinschaft nennen. In diesem Zusammenhang entstanden die ersten Ansätze Sozialer Arbeit im Gemeinwesen wie Community Work, Community Organizing und Community Development in England und Nordamerika, Opbouwwerk in den Niederlanden und Gemeinwesenarbeit in Deutschland. Das Ziel der sozialen Initiativen der Settlementbewegung war die Veränderung und Verbesserung der Lebensverhältnisse in Armutsstadtteilen durch die Förderung und Unterstützung von Selbsthilfe. Neben der Unterstützung der Menschen in diesen Stadtteilen war ihr Engagement auf soziale Reformen ausgerichtet. In diesem Zusammenhang waren Unterstützung der Forderungen der Arbeiterbewegung nach grundlegenden Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse, die Überwindung der Klassengegensätze und die Behebung der Unterversorgung sowie die Schaffung staatlicher Daseinsvorsorge und Sozialgesetzgebung die entscheidenden Themen der Gemeinwesenarbeit. Ziele und Forderungen wurden durch Sozialforschung

über die Verhältnisse in von Armut betroffenen Stadtteilen untermauert, um die Interessen der Bewohnerschaft verhandlungsstark in die Stadtpolitik einbringen und durchsetzen zu können. Zu dieser Zeit leisteten die Gründung von Hull House und das Wirken von Jane Addams einen wesentlichen Beitrag zur Stadtentwicklung zum Wohle der in Armutsstadtteilen lebenden Menschen. Schon damals wurde die Notwendigkeit einer Verbindung von Gemeinwesenarbeit und Stadtentwicklung als Aufgabe gestaltender Sozialpolitik erkannt. Ein Blick auf die Entstehung der Gemeinwesenarbeit verdeutlicht die Verbindung zwischen Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit und zeigt, dass die Einmischung und Mitwirkung der Gemeinwesenarbeit im Kontext von Planung und Entwicklung von Städten und Stadtteilen seit dieser Zeit ein fester Bestandteil der Gemeinwesenarbeit ist (vgl. Becker 2014: 14ff.).

Nach Matthias Drilling und Patrick Oehler erfahren Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der gegenwärtigen Zeit eine 'neue Aktualität' (vgl. Drilling/Oehler 2013: 14). Durch die Renaissance der kultur- und sozialwissenschaftliche Diskussion über den Raum kommt es in der Sozialen Arbeit zu einer „Re-Thematisierung von (Sozial-)Raum, Gemeinwesenarbeit (...) und Stadtentwicklung“ (ebd.: 13). Zum einen nimmt die Soziale Arbeit zunehmend Bezug auf soziale Probleme, die sich im Raum manifestieren, zum anderen werden raumorientierte Konzepte und Methoden zur Bearbeitung solcher sozialer Probleme entwickelt. Drilling und Oehler vertreten die These, dass die Mitwirkung Sozialer Arbeit an der Stadtentwicklung in der gegenwärtigen Zeit zwar erst ansatzweise erkennbar ist. Sie sind jedoch der Auffassung, dass diese zukünftig verstärkt zu einem bedeutenden Handlungsfeld Sozialer Arbeit werden wird. Die Soziale Arbeit unternimmt in unterschiedlichen Bereichen Versuche, sich verstärkt in die Stadtpolitik und Stadtentwicklung einzumischen. Aber auch die Stadtpolitik zeigt Interesse an der Mitwirkung der Gemeinwesenarbeit bei der Planung und Entwicklung von Städten und Stadtteilen (vgl. ebd.: 13f.). Hierfür lassen sich mehrere Gründe anführen: Die Zunahme sozialer Spaltung in Städten und die damit in Verbindung stehende Konzentration und Verfestigung von Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung in Stadtteilen sowie der Paradigmenwechsel in Politik und Verwaltung in Richtung Mehr-Mitwirkung und Mehr-Mitentscheidung durch die Bürgerschaft bei der Stadtentwicklung (vgl. Wolf/Zimmer 2012: 84, Becker 2014: 22, Baum 2012: 573). Der deutlich erkennbare Raumbezug dieser Phänomene stellt die Stadtpolitik vor besondere Anforderungen. Die Antwort der Bundesregierung auf die zunehmende soziale Spaltung in Städten ist das Programm 'Soziale Stadt'. Ziel hierbei ist, der 'Abwärtsspirale' benachteiligter Stadtteile

(vgl. dazu Kapitel 2.1) entgegenzuwirken und eine ganzheitliche Verbesserung der Lebensverhältnisse sowie eine nachhaltige Stadtentwicklung zu initiieren. Fester Bestandteil im Programm 'Soziale Stadt' ist das Quartiersmanagement und die Einrichtung von Stadtteilbüros (vgl. Wolf/Zimmer 2012: 84).

Durch den Paradigmenwechsel in Politik und Verwaltung in Richtung Mehr-Mitwirkung und Mehr-Mitentscheidung durch die Bürgerschaft bei der Stadtentwicklung ergeben sich - im Kontext der damit in Verbindung stehenden 'Aushandlungs- und Kommunikationsprozesse' - für die Soziale Arbeit auf unterschiedlichen Ebenen unterschiedliche Aufgaben und Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Stadtentwicklung (vgl. Baum 2012: 573). Zunächst geht es um die Frage, wie kann die Gemeinwesenarbeit in einem koproduktiven Prozess mit den Menschen im Stadtteil eine nachhaltige Entwicklung bewirken. Dabei ist es Voraussetzung, dass die Menschen sich durch die Mitwirkung, Mitentscheidung, Mitgestaltung und Verantwortungsübernahme als integraler Bestandteil für die Veränderung und Verbesserung der Lebensverhältnisse sowie für eine nachhaltige Entwicklung wahrnehmen (vgl. ebd.: 585). In diesem Zusammenhang ist die Initiierung gemeinschaftlicher Bildungs- und Lernprozess im Sinne der Bildung zum Bürger eine wesentliche Aufgabe von Gemeinwesenarbeit. Dann geht es um die Befähigung der Menschen im Stadtteil, ihre Interessen wahrzunehmen und diese gemeinschaftlich zu artikulieren und einzubringen. Darüber hinaus geht es für die Soziale Arbeit um eine verstärkte Einmischung in und Einflussnahme auf Stadtentwicklungsprozesse mit dem Ziel, die Beteiligung der Bürgerschaft bei der Planung, Entwicklung und Gestaltung der Stadt und der Stadtteile sicherzustellen (vgl. ebd.: 586f.). Vor diesem Hintergrund ist sowohl Parteilichkeit als auch Intermediarität, d.h. die Vermittlung zwischen Interessen der Wohnerschaft und den Interessen der Stadtpolitik für die Gemeinwesenarbeit im Kontext Stadtentwicklung von zentraler Wichtigkeit.

„Soziale Arbeit im Gemeinwesen ist präsent in den jeweils relevanten Bereichen kommunaler Institutionen (Politik, Verwaltung, Wirtschaft etc.) und klinkt sich in lokale Politikprozesse ein, um die Bedarfe aus Stadtteilen/Quartieren an entsprechende Stellen zu transportieren, Ressourcen zu bündeln und in Stadtteile und Quartiere zu lenken, KooperationspartnerInnen zu gewinnen sowie projektbezogene Ideen umzusetzen, und wird somit zu einem wichtigen Akteur sozialer Stadtentwicklung.“ (Becker 2014: 23).

Die Gemeinwesenarbeit muss sich im Kontext Stadtentwicklung vielfältigen Aufgaben stellen und vielfältigen Anforderungen gerecht werden. Sie muss sich in unterschiedlichen Bereichen, auf unterschiedlichen Ebenen und zu unterschiedlichen Themen in die

Stadtentwicklung im Sinne der Menschen einbringen. Die Leitstandards der Gemeinwesenarbeit nach Maria Lüttringhaus (2007) bieten der Gemeinwesenarbeit professionelle Handlungsoptionen, um den vielfältigen Anforderungen im Kontext Stadtentwicklung gerecht zu werden (vgl. ebd.: 23ff.):

- Zielgruppenübergreifendes Handeln

Der Stadtteil wird als Sozialraum ganzheitlich wahrgenommen, das heißt, die Menschen im Stadtteil und die damit in Verbindung stehenden Themen und Probleme werden umfassend betrachtet. Vor diesem Hintergrund werden Handlungen abgeleitet, die nicht nur bestimmte Zielgruppen, sondern alle Menschen im Stadtteil miteinbeziehen.

- Bedürfnisorientierung

Ausgangspunkt der Gemeinwesenarbeit sind die Bedürfnisse und Interessen, Themen und Probleme sowie die Motivationen der Menschen im Stadtteil. Die Suche nach Motivationen der Menschen, die Veränderungen und Verbesserung der Lebensverhältnisse anstreben, ist auch Aufgabe der Gemeinwesenarbeit.

- Selbstbestimmung und Selbstorganisation

Es geht darum, Menschen im Stadtteil darin zu bestärken, zu aktivieren und zu unterstützen, die Umsetzung von Interessen und die Lösung von Problemen in die eigene Hand zu nehmen. In diesem Zusammenhang kommt der öffentlichen Thematisierung unterdrückter Interessen eine entscheidende Bedeutung zu. Ziel der Gemeinwesenarbeit ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse im Stadtteil im Sinne der Menschen. Die Realisierung erfolgt gemeinschaftlich, d.h. mit und durch die Menschen. Anhand der Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Menschen im Stadtteil werden Selbstwirksamkeitserfahrungen und gemeinschaftliche Lernprozesse ermöglicht.

- Ressourcenorientierung

Die gegebenen Ressourcen im Stadtteil zu suchen und zu erkennen, zu aktivieren und zu nutzen, ist wesentlicher Bestand der Gemeinwesenarbeit. Dazu gehören persönliche, soziale (Gruppen und Netzwerke), materielle (finanzielle Mittel und Räumlichkeiten) und infrastrukturelle (soziale Einrichtungen, Stadtpolitik, Stadtverwaltung, Ökonomie etc.) Ressourcen. Neben der Aktivierung und Nutzung der vorhandenen Ressourcen ist die Förderung und Weiterentwicklung der Ressourcen im Stadtteil in Bereichen wie Wohnen, Gemeinwesenökonomie, öffentlicher Raum, sozialen Einrichtungen etc. zentraler Aufgabenbereich der Gemeinwesenarbeit. Hierbei ist die Einflussnahme auf die Stadtpolitik, das Knüpfen von Kontakten zwischen den Menschen im Stadtteil und der Politik, der Verwaltung und der Wirtschaft mit dem Ziel der Kooperation der verschiedenen Akteure von entscheidender Wichtigkeit. Zudem kommen der Initiierung von Nachbarschaft, der Gestaltung des Sozialen im Stadtteil, der Schaffung sozialer Kohäsion und stadtteilbezogener Identität sowie der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements eine zentrale Bedeutung zu.

- Bereichsübergreifendes Handeln

Die Gemeinwesenarbeit nimmt die unterschiedlichen Themen wie „Wohnen, Gesundheit, Arbeit, Freizeit, Stadtentwicklung, Bildung, Wirtschaftsförderung oder Kultur“ (Becker 2012: 24) wahr und versteht sich als wesentlicher Teil gestaltender Stadtpolitik.

- Vernetzung und Kooperation

Initiierung, Aufbau, Förderung und Begleitung sozialer Netzwerke wie Bürgerinitiativen, Stadtteilgenossenschaften oder Arbeitsgruppen ist wichtiger Bestandteil der Gemeinwesenarbeit. Durch die Kooperation und Vernetzung der Menschen im Stadtteil können Wege zur Umsetzung gemeinsamer Anliegen entwickelt werden. In diesem Kontext ist Knüpfung lebendiger sozialer Netzwerke, die einen niederschweligen Zugang für die Menschen im Stadtteil ermöglichen, wertvoll. Soziale Netze bieten eine Plattform für gegenseitige Hilfe im Stadtteil. Der Gemeinwesenarbeit kommt in Bezug auf Vernetzung und Kooperation die Rolle einer Vermittlerin und Übersetzerin der verschiedenen Sprachen sowohl zwischen den Menschen im Stadtteil als auch zwischen Verwaltung, Politik und den Bewohnerinnen zu.

5 GÄRTEN IN DER STADT

Prägten früher vor allem Kleingartenanlagen wie Schrebergärten das Bild einer Stadt, gibt es heute verstärkt einen neuen Typ Garten in der Stadt: die urbanen Gärten. Nach Karen Meyer-Rebentisch soll es heute in Deutschland schon ca. 300 gemeinschaftlich bewirtschaftete Stadtgärten geben und täglich sprießen neue aus dem Boden (vgl. Meyer-Rebentisch 2013: 23).

In diesem Kapitel wird das Phänomen des 'Urban Gardening' in den Blick genommen. Zuerst wird das Verhältnis zwischen Stadt und Land näher betrachtet und daran anknüpfend das mit den neuen urbanen Gärten einhergehende Verständnis von Urbanität aufgezeigt. Der danach folgende Abschnitt beschäftigt sich definitorisch mit dem 'urbanen Gärtnern', wobei kurz historisch Bezug genommen wird auf die Community Gardens in New York und die urbane Landwirtschaft in Kuba. Abschließend werden die vielfältigen Facetten urbaner Gärten aufgezeigt und die unterschiedlichen Motivationen der Gartenakteure sichtbar gemacht.

5.1 Natur in der Stadt

Das Verhältnis von Stadt und Land wird heute in den Städten neu verhandelt. Seit der Industrialisierung kam es zu einer Verdrängung der Produktion von Nahrungsmitteln aus der Stadt. Zwar konnte der Städter vielfältigste Produkte aus aller Welt im Supermarkt einkaufen, hatte aber zunehmend weniger direkten Kontakt zur Entstehung von Nahrungsmitteln. Das Leben in der Großstadt war in den 1960er Jahren für Viele mit einem ökologischen Lebensstil nicht vereinbar. Wer alternativ ökologisch leben wollte, zog aufs Land und gründete Lebensgemeinschaften, sogenannte 'Landkommunen'. Die Entkopplung von Produktion und Konsum ist wesentliches Merkmal einer modernen Industriegesellschaft.

Heute formen sich vermehrt Bewegungen und Initiativen, die gemeinsam wieder mehr Grün in die Städte bringen wollen. Guerilla Gardening, Nachbarschaftsgärten, mobile Gärten auf Brachflächen oder Gärten auf Hausdächern. Dieses neue Grün sind aber keine Zierpflanzen, wie sonst auf städtischen Grünflächen üblich, sondern vor allem vielfältige Gemüse- und Obstsorten, die gemeinschaftlich angepflanzt werden. Das Anbauen von Nutzpflanzen, was lange als Relikt alter Zeiten verrufen war, erlebt eine Renaissance (vgl. Schäfers 2006: 133ff., Müller 2009a: 1f.). Mit dem neuen Verhältnis Stadt-Land wandelt sich auch das Verständnis urbanen Lebens. Diese „neue Mischform von Stadt und Natur [ist] Quelle und Inspiration neuer Ausdrucksformen von

Urbanität.“ (Müller 2011b: 22f.). Viele Menschen, auch solche, die sonst bisher mit Gärtnern nichts zu tun hatten, beginnen, sich für das neue Phänomen des Gärtnerns in der Stadt zu interessieren.

„[D]er neue Garten [setzt sich] bewusst ins Verhältnis zur Stadt, tritt in einen Dialog mit ihr und will wahrgenommen werden als ein genuiner Bestandteil von Urbanität, nicht als Alternative zu ihr – und erst zuletzt als Ort, an dem man sich von der Stadt erholen will.“ (ebd.: 23).

Diese neue Urbanität ist von Formen des Selbermachens geprägt. In diesem Zusammenhang wird auch von der Do It Yourself-Bewegung (DIY) gesprochen. Alte Sorten werden angebaut, weiterverarbeitet und eingekocht, aber auch Dinge, die in unserer heutigen Gesellschaft als Müll gelten, werden umfunktioniert bzw. aufgewertet (Upcycling). Geht es in vielen armen Ländern beim Gärtnern um die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse, ist es hierzulande vielmehr ein Medium für Selbstwirksamkeitserfahrungen, für Selbstverwirklichung und für kollektives Bespielen urbaner Flächen jenseits ökonomischer Verwertung (vgl. Müller 2011b: 22ff., Müller 2013: 142ff.).

Die Sehnsucht der Stadtbewohnerinnen nach mehr Natur in der Stadt beschränkt sich nicht nur auf das Bedürfnis, wieder mehr selbst aktiv zu werden im Garten, sondern liegt bei vielen auch in der Sehnsucht nach dem Verbundensein mit der Natur. In der zunehmend komplexer werdenden Welt haben immer mehr Menschen das Bedürfnis, sich zu 'erden'. Die immer wiederkehrenden Kreisläufe der Natur, die im Garten direkt erlebbar sind, können Menschen dabei unterstützen, sich im Hier und Jetzt zu verorten und den schnelllebigen Alltag zu entschleunigen (vgl. Meyer-Rebentisch 2013: 10). Durch den direkten Kontakt mit der Erde und den Pflanzen im Garten können Stadtbewohner sinnliche Erfahrungen machen, die so sonst in der Stadt nicht möglich wären. Die sich erst einmal widersprechenden Sehnsüchte nach Natur und nach urbanem Leben können so vereint werden.

„Als einer der wenigen Orte ermöglicht der Garten beides: in Verbindung mit der Natur und gleichzeitig mitten in einer pulsierenden Stadt zu sein, ganz bei sich zu sein und doch in der Welt, das Eigene zu gestalten und dem Fremden zu begegnen, die Erde zu spüren und die eigene Identität neu zu entdecken.“ (Müller 2009a: 4).

5.2 Urban Gardening

'Urban Gardening', so nennt man das Phänomen, mit dem Menschen gemeinschaftlich wieder mehr Grün in die Städte bringen wollen. Der Philosoph Harald Lemke beschreibt

Urban Gardening als „eine der avantgardistischen Bewegungen unserer Zeit“ (Lemke 2012: 147). Die Wurzeln des in Deutschland praktizierten Urban Gardenings liegen vor allem in den USA und in Kuba.

Vor ca. 40 Jahren gründeten sich die ersten sogenannten Community Gardens in den USA. Die am häufigsten in der Literatur genannten Gärten befinden sich in New York, wo es etwa 800 Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgärten geben soll. Die meisten dort aktiven Menschen stammen aus benachteiligten Stadtvierteln und haben abseits der Gärten keinen Zugang zu gesunder Nahrung (vgl. Meyer-Renschhausen 2004: 18). Daher verfolgten die Community Gardens in New York schon immer einen sehr politischen Ansatz:

„Community gardening is a way to fight the systemic injustice of poverty and other forms of structural oppression. Most gardens are in poor areas of the city, with much higher rates of asthma and lower rates of open space equity. Gardens offer a way for our community to heal itself and to recover a humanizing sense of itself in an otherwise very hard city.“ (Figueroa in Shepard 2013: 123).

Die in Kuba betriebene urbane Landwirtschaft ist zwar kein Mittel gegen Gewalt und Unterdrückung wie in New York City, entsprang aber ebenso einer Notsituation. Im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre blieb die Versorgung mit fossilen Brennstoffen für die industrielle Landwirtschaft in Kuba aufgrund des Wegfallens der sozialistischen Unterstützung aus. Um weiterhin ihre Bevölkerung ernähren zu können, musste die Regierung in Kuba daher die Produktion ihrer Nahrungsmittel zwangsweise dezentral und biologisch ausrichten. Durch die Bewohner selbst angebautes Obst und Gemüse wurde gefördert. Daraus entstand eine urbane Landwirtschaft, die im Jahr 2004 zumindest in der Stadt Havanna alle Bewohner ernähren konnte (vgl. Müller 2011c: 67f.). Beide Beispiele zeigen einen neuen Umgang mit der Nahrungsmittelproduktion auf und gelten als Inspiration für urbanes Gärtnern in Deutschland.

Im Folgenden soll in dieser Arbeit der Begriff des 'urbanen Gärtnerns' statt des 'Urban Gardening' verwendet werden, um deutlich zu machen, dass sich der Kontext der Arbeit auf urbane Gärten in Deutschland bezieht.

Urbanes Gärtnern findet in Deutschland oftmals in Form von Gemeinschaftsgärten statt. Bei den drei Forschungsprojekten dieser Arbeit handelt es sich ebenfalls um Gemeinschaftsgärten. Marit Rosol definiert diese wie folgt: „Gemeinschaftsgärten sind gemeinschaftlich und durch freiwilliges Engagement geschaffene und betriebene Gärten, Grünanlagen und Parks mit Ausrichtung auf eine allgemeine Öffentlichkeit.“ (Rosol 2006: 7).

Rosol greift mit ihrer Definition die Aspekte Gemeinschaft und Öffentlichkeit auf, die für Gemeinschaftsgärten wesentlich sind. Gemeinschaft wird in den Gärten durch gemeinsames Anbauen von Gemüse und kollektives Erhalten der Fläche gelebt. Nach Rosol liegt hierbei der Fokus auf der selbstbestimmten Nutzung der Fläche. Die Gemeinschaftsgärten sind im öffentlichen Raum verortet, sind nicht privat und abgeschlossen, sondern offen und je nach Regelung des Gemeinschaftsgartens fast immer öffentlich zugänglich (vgl. ebd.: 7f.). Mit ihrem öffentlichen Charakter stehen sie somit im Gegensatz zu Kleingartenanlagen, wo jeder einzelne Garten privat genutzt wird und der Öffentlichkeit verschlossen bleibt.

5.3 Urbane Gärten ...

Neben den definatorisch wesentlichen Elementen der urbanen Gärten wie Öffentlichkeit und Gemeinschaft, gibt es weitere vielfältige Aspekte, die diese Gärten ausmachen. Zu dieser Vielfalt gehört auch die Fülle der Motivationen, die die Akteurinnen der Gärten antreibt. Dies soll nun an sechs verschiedenen Dimensionen aufgezeigt werden.

5.3.1 ... als Orte des Ökologischen

Über 90% der Deutschen empfinden Natur als ein wichtiges Element eines guten Lebens. Hierzu gehören die Faktoren Naturerfahrung, Gesundheit und Entspannung (vgl. BMUB 2013: 37). Wie alle Grünflächen in der Stadt schaffen urbane Gärten einen Ausgleich der Temperaturen und des Klimas einer Stadt, indem sie Regenwasser speichern und es in Form von Feuchtigkeit und Kühle an die Umgebung abgeben. Für die Stadtbewohner ermöglichen sie einen naturnahen Rückzug in einer asphaltierten urbanen Welt. Zudem profitieren auch alle Arten von Tieren von den grünen Oasen einer Stadt. Die Gärten bieten ihnen Schutz und eine vielfältige Nahrungsgrundlage. Dies begünstigt die Entfaltung einer Biodiversität, die sonst in urbanen Räumen nicht möglich wäre. Von dieser Vielfalt profitieren wiederum die Menschen, denn der Garten kann so zu einem realen Naturerlebnis und Lernraum für Kinder, Jugendliche und Erwachsene werden (vgl. Jungblut 2012: 1ff.). Darüber hinaus regen urbane Gärten dazu an, alte Gemüse- und Obstsorten wieder zu entdecken und ein Gefühl dafür zu entwickeln, welche Vielfalt von Nutzpflanzen regional anzubauen möglich ist. In den Gärten wird fast ausschließlich biologischer Anbau betrieben und nach der Idee des Upcyclings ein bewusster Umgang mit Ressourcen gefördert. Oftmals werden vermüllte Brachflächen in grüne Oasen verwandelt und dadurch Flächen entsiegelt bzw. durch den ökologischen Anbau

die Bodenstruktur verbessert (vgl. Müller 2011b: 23ff., Müller 2009a: 2f.).

5.3.2 ... als Orte des Ökonomischen

Viele Akteure in den urbanen Gärten wollen mit ihren Gartenprojekten explizit eine Alternative zur heutigen Nahrungsmittelproduktion aufzeigen. Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und zunehmende Skandale in der Tierhaltung werden von vielen Verbraucherinnen nicht mehr toleriert. Es soll ein Paradigmenwechsel stattfinden von der Stadt als Importeur zu einer Stadt, die mehr aus sich heraus produziert. Urbane Gärtner machen darauf aufmerksam, indem sie selbst Gemüse in der Stadt produzieren. Unweigerlich kommen die Gartenakteure hier in Kontakt mit Fragen wie „Wo kommen unsere Lebensmittel her?“ oder „Warum kann Supermarktgemüse so günstig angeboten werden?“. Das regionale Produzieren von Gemüse regt dazu an, sich Gedanken zu machen über die langen Transportwege unserer Lebensmittel und deren ökonomische Zusammenhänge. Der Umgang mit Wegwerfmaterialien in Form des Upcyclings stellt für die Gärtner eine praktische Methode dar mit immer knapper werdenden Ressourcen kreativ zu werden (vgl. Müller 2011b: 24ff.).

5.3.3 ... als Orte des Sozialen

Schon das Wort 'Gemeinschaftsgärten' deutet darauf hin, dass es in diesen Gärten um etwas Gemeinschaftliches gehen muss. „Urbanes Gärtnern ist in aller Regel soziales Gärtnern, es ist partizipativ und gemeinschaftsorientiert; der Garten wird als Lern- und Begegnungsort inszeniert und die Nachbarschaft in die Gestaltung des Outdoor-Sozialraums einbezogen.“ (Müller 2011b: 23). Die Akteure in den urbanen Gärten schaffen Werte wie Gemeinschaft, freundschaftliches Miteinander oder Geselligkeit. Diese kollektive Praxis will den städtischen Phänomenen wie Individualisierung oder Anonymisierung der Gesellschaft entgegen wirken. Dennoch wenden sie sich auch bewusst gegen „kleinfamiliäre Beziehungsformen“ und wollen eine neue, ungezwungene Form des sozialen Miteinanders ermöglichen (vgl. Lemke 2012: 178f.). Urbane Gärten sind Orte der Begegnung und des Austauschs. In diesem Zusammenhang bieten die Gärten identitätstiftende Möglichkeiten. Angesiedelt in einem Stadtteil sind sie ein sehr gutes Mittel, um den Zusammenhalt in der Nachbarschaft zu fördern. Hier können sich Menschen auf andere Art und Weise begegnen, als sie es vielleicht im Treppenhaus tun würden. Durch das Identifizieren der Bewohnerinnen mit dem Stadtteil wächst zudem das Engagement für diesen (vgl. Plahl 2004: 58f.).

Das Besondere an urbanen Gärten ist nach Petrow, dass sie „Menschen [integrieren], die andernfalls öffentliche Freiräume nicht nutzen würden.“ (Petrow 2012: 809). Urbane Gärten bieten die Möglichkeit, sich im urbanen Raum auszuprobieren. Die Gärten sind zwar im öffentlichen Raum angesiedelt, bieten dennoch genug Schutz und Rückzugsmöglichkeiten. Es ist freigestellt, inwieweit man sich in die Gemeinschaft einbringen bzw. nach außen aktiv werden will. Man kann, muss aber nicht. Gerade aber diese Niederschwelligkeit regt die Gärtnerinnen dazu an, gemeinschaftlichen Austausch zu suchen (vgl. Werner 2008: 2). Der Exklusivität, die oftmals im öffentlichen Raum herrscht (vgl. dazu Kapitel 3.2), wird entgegengewirkt, indem die Gärten explizit für alle Stadtbewohner offen sind. Die Gärten als „offene Räume“ sind kostenlos zugänglich und wollen Menschen aus allen Milieus und Kulturen die Möglichkeit geben, zu partizipieren (vgl. Baier et al. 2013: 167ff.).

Der öffentliche Raum, hier in Form der Gemeinschaftsgärten, birgt nach Frey viele Lernmöglichkeiten. Es „findet ein sozialer Lernprozess statt, was Toleranz und Umgang mit fremden Lebenssituationen fördert. (...) Fremdheit und Unterschiedlichkeit können im öffentlichen Raum reflexiv verarbeitet werden.“ (Frey 2004: 228). Gerade für das Lernen von Interkulturalität bzw. der Umgang mit Fremdheit bieten die Gärten eine hervorragende Plattform. Es geht um das Sammeln individueller Erfahrungen, den Austausch über Interkulturelles und um das Finden von Konzepten des gemeinsamen Agierens. Es gibt Raum und Wertschätzung für kulturelle Traditionen. Vergangenes und Gegenwärtiges kann verknüpft werden. Offenheit für Neues entsteht. „Wo vorher Vorurteile waren, entsteht eine Vertrautheit. Man lernt.“ (ebd.). Für viele Migrantinnen stellen die Gärten eine neue Heimat dar, die sie selbst gestaltet haben außerhalb ihrer kulturellen Gruppen. Nach dem Leitsatz „Natur bewertet nicht, Natur beheimatet.“ (Müller 2009b: 7) verhilft dieses Selbst-aktiv-werden vor allem im Austausch mit Deutschen und Menschen aus anderen Kulturen aus der „Opferrolle des Flüchtlings“. Anerkennung zu erfahren, ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, respektiert werden in dem, wer man ist und was man macht. So bieten die Gärten vielfältige soziale Berührungspunkte zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft. Das tägliche Aushandeln von Realitäten in den Gärten macht Integration positiv spürbar und für alle Beteiligten individuell erlebbar (vgl. Werner 2008: 1ff., vgl. Müller 2009b: 4). Im Garten als Ort, in dem sich Vielfalt entfalten kann, wird ganz praktisch in kleinen Zusammenhängen über das Große nachgedacht und so gemeinsam eine neue Kultur des Miteinanders gestaltet. Somit werden in den Gärten elementare Grundsteine für eine gelingende Inte-

gration gelegt und sozialer Ausgrenzung entgegengewirkt.

5.3.4 ... als Orte des Pädagogischen

In vielen urbanen Gärten ist der Bildungsaspekt ein sehr wichtiger. Sie verstehen sich konkret als Bildungs- und Lernorte. In den Gärten als Orte des Selbermachens gibt es viel zu lernen. Die Bereiche beschränken sich nicht nur auf für den Gartenbau Relevantes, sondern auch auf „technische Belange, (...) Handwerk, Hauswirtschaft, Ernährung und Kunst“ (Baier et al. 2013: 46). Man lernt im Tun. Dinge werden einfach ausprobiert, Wissen ausgetauscht. Alle sind Lernende und Wissende zugleich. Lernen wird in den Gärten als lebenslanges Lernen verstanden, das sich kollektiv angeeignet wird. Es gibt keine Anleitung, etwas in einer gewissen Weise zu tun; darin liegt auch seine Niederschwelligkeit (vgl. ebd.). Saatgut auszusäen, die Pflanzen wachsen zu sehen und für die eigene aufgebrauchte Arbeit mit einer reichlichen Ernte belohnt zu werden, schenkt Menschen Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Somit sind Gärten nicht nur Orte des Wachstums für verschiedenste Pflanzen, sondern auch für die Menschen selbst. Das Selbstvertrauen wächst und Kompetenzen können gedeihen. Dies kann für Menschen, die es schwer haben, einen Fuß in die Erwerbsarbeit zu setzen, ein erster Schritt sein, neue Bildungswege außerhalb des Gartens für sich zu eröffnen.

Da in den Gärten oftmals viele Menschen aus verschiedensten Kulturen zusammentreffen, die der deutschen Sprache oft nicht mächtig sind, ist das gemeinsame Tun Mittel und Hilfe, auch die deutsche Sprache zu erlernen. So werden Sprachkompetenzen im gemeinsamen Tun weiter entwickelt. Feste werden gemeinsam gefeiert und geerntetes Gemüse getauscht oder verschenkt, wenn es nicht selbst verzehrt wird. Gerade für Migrantinnen eröffnet das Verschenken von Gemüse neue Welten. So können sie Gastgeberinnen sein in einem Land, in dem sie sich eher als „Gast“ fühlen. Dies ermöglicht eine neue Sichtweise auf das eigene Leben und fördert die Verbindung mit der neuen Heimat (vgl. Werner 2008: 2ff.).

Die informelle Bildung in den Gärten richtet sich an alle, die Lust haben, vielfältige Erfahrungen zu sammeln. Wissen wird nicht nur auf den Gemüsebeeten ausgetauscht, sondern auch in Workshops zu allerlei Themen vermittelt, z.B. Bienenhaltung, Kompostieren, Hochbeete bauen. Auch Familien mit Kindern suchen vermehrt urbane Gärten auf. Eltern wollen ihren Kindern Naturbegegnung in der Stadt ermöglichen. Hier können sie direkt erfahren, woher das Essen kommt und was auf oder in der Erde wächst. Umweltbildungsprojekte in den Gärten ermöglichen den Kindern, selbst Erfahrungen mit und in

der Natur zu sammeln. Nach dem Motto „Umwelt kann nur schützen, wer Natur kennt.“ (Hutter et al. 2012: 12) sollen Kinder durch einen spielerischen Zugang in Kontakt mit der Natur kommen und für Naturschutzthemen sensibilisiert werden (vgl. Meyer-Rebentisch 2013: 108).

5.3.5 ... als Orte des Spirituell-Ethischen

Christine Plahl beschreibt die Lust am Gärtnern als eine natürliche Beziehung des Menschen zum Garten. Neben all den bewusst erlebbaren Eindrücken im Garten geht sie zuerst auf die meist unbewusst wahrgenommen Empfindungen des Menschen in Bezug auf den Garten ein. Zwei Bedürfnisse sollen hierbei für Menschen grundlegend sein: Orientierung und Neugier. Menschen brauchen Struktur, sie möchten verstehen, was um sie herum geschieht. Der Garten an sich folgt meist einer bestimmten Struktur und bietet den Menschen somit Sicherheit und Orientierung. Dem gegenüber steht das Bedürfnis der Neugier. Gärten sollten „ausreichend komplex, rätselhaft und geheimnisvoll“ (Plahl 2004: 54) sein. Ein Garten, der diesen zwei Bedürfnissen gerecht wird, schafft einen Ort, an dem sich Menschen mit der Natur verbunden fühlen.

„Die Luft im Garten ist erfüllt von Düften, Klängen und Geräuschen. (...) Wir spüren die Wärme der Sonnenstrahlen und die Kühle des Windes auf der Haut. (...) Wir erleben Zeit und Rhythmus im Wechsel der Jahreszeiten, in der Veränderung des Lichts, der Luft, der Temperatur. Wir können unsere Gedanken schweifen lassen, Gedanken sammeln und nachsinnen über die vielfältigen Formen des Lebens im Garten zwischen Entstehen, Wachsen und Sterben.“ (ebd.: 55f.).

Die Erfahrung beim Arbeiten im Garten regt alle Sinne an und schafft Sensibilität für die Umwelt und für die Mitmenschen. Probleme können im wahrsten Sinne des Wortes „an der Wurzel gepackt werden“. Diese bildhafte Symbolik kann durch den Garten erlebbar und auf bestimmte Lebenssituationen, zum Beispiel in Krisenzeiten, übertragen werden. So hat der Garten auch immer heilende Wirkung und kann zu therapeutischen Zwecken eingesetzt werden (vgl. ebd.: 47ff.). Gerade in der Stadt, wo Erwachsene wie Kinder oft mit Reizen überflutet werden, braucht es Orte der Regeneration. Umfragen zufolge empfinden Menschen Gärtnern als „zur Ruhe kommen“, als „Ausdruck von Lebensfreude“ und als „ein Stück Lebensqualität“ (ebd.: 60). Nach Plahl sei Gärtnern ein Zustand unwillkürlicher Aufmerksamkeit, d.h. eine nicht gezielt gerichtete Aufmerksamkeit. Durch diesen Zustand kann sich die gezielte Aufmerksamkeit, die z.B. für Konzentration benötigt wird, wieder regenerieren; ein Gefühl der Ausgeglichenheit stellt

sich ein. In spiritueller Sichtweise kann dieser Zustand als Kontemplation bezeichnet werden. Es geht darum, einen anderen Ort zu erleben, Faszination für natürliche Vorgänge zu verspüren, sich darin wiederzufinden und darin zu wachsen. Der Mensch erlebt sich als zur Natur gehörig und somit als Teil eines großen Ganzen. Durch die Verbindung mit dem Garten lernen Menschen, die Natur wertzuschätzen. Gerade für Kinder ist dies elementar wichtig, da sie dadurch eine Wertschätzung für alle Lebewesen dieser Welt, inklusive sich selbst, entwickeln. „Einen gärtnerischen Umgang mit sich und anderen pflegen bedeutet, sich selbst und anderen umsichtige Unterstützung und Beschränkung beim gemeinsamen Wachsen zu geben und so Vertrauen und Verantwortung zu entwickeln.“ (ebd.: 65f.).

Der Garten zeigt den Menschen ihre Verbundenheit mit der Natur auf. Durch die sinnliche Erfahrung im Garten fühlen sie sich eingebunden und aufgehoben. Diese natürliche Beziehung des Menschen zum Garten beruht auf Wechselseitigkeit. Der Garten prägt den Menschen sowie der Mensch den Garten prägt. Ein Dialog entsteht (vgl. ebd.: 60ff.).

5.3.6 ... als Orte des Politischen

Wie bereits in den vorherigen Dimensionen latent angeklungen, haben urbane Gärten auch eine politische Dimension. In diesem Sinne beschreibt Joscha Metzger urbane Gärten als „Initiativen, die eine neoliberale Stadtpolitik und -ökonomie insbesondere auf den Ebenen der (Mit-)Gestaltung von Stadträumen sowie der Nahrungsmittelproduktion und -konsumption herausfordern.“ (Metzger 2014: 244). Das Gärtnern in urbanen Gärten soll also nicht nur Gemüseproduktion sein, sondern ist gleichzeitig Ausdruck politischen Handelns. Durch den Gemüseanbau eignen sich die Gärtnerinnen Wissen an, um gesellschaftlich relevante Themen wie die weltweite Produktion von Lebensmitteln nicht allein der Entscheidungsmacht der Politiker zu überlassen, sondern ebenso mitentscheiden zu können (vgl. Müller 2013: 148f.). Globale Thematiken werden somit in einen lokalen Kontext integriert. Die Gärtner greifen dabei nicht nur Ernährungsthemen auf, sondern auch ökologische wie den Umgang mit der Klimaerwärmung oder dem Ende fossiler Brennstoffe.

Ein Grund, warum die Gärten im öffentlichen Raum verortet sind, ist die Bedürfnis nach mehr Mitwirkung und Gestaltung in der Stadt. Hier wird der Bezug zur Forderung nach mehr städtischem Freiraum deutlich (vgl. dazu Kapitel 3.3). Die rein stadtplanerisch gestalteten öffentlichen Räume einer Stadt stehen im Gegensatz zum Wunsch der Garten-

akteure nach selbstorganisierter Aneignung städtischer Flächen. Sie wollen Stadt mitgestalten und sehen die Gärten als Beitrag zur Stadtentwicklung (vgl. Metzger 2014: 244ff.). Die Inanspruchnahme von städtischem Raum versteht Christa Müller in zweierlei Hinsicht: „auf Missstände hinzuweisen und schon im selben Moment und direkt vor Ort Alternativen zu praktizieren.“ (Müller 2013: 148). Hierin wird auch der Unterschied zu der Bewegung der 1968er deutlich. Statt lautstarken Parolen wird Politisches subtil in den Alltag integriert und durch die Bilder des gemeinsamen Tuns sichtbar. Die subtilen politischen Forderungen sind verknüpft mit Fragen der Lebensqualität und neuen Lebensstilen in der Stadt (vgl. Müller 2013: 148f., Müller 2011b: 28f.). Jakob Ottilinger, Mitbegründer des Gartenprojekts 'Annalinde' in Leipzig, meint hierzu: „Gärten sind Freiräume, um darüber nachzudenken, wie wir leben wollen: Müssen wir ohne Ende konsumieren? Wo kommen unsere Lebensmittel her? Was ist gute Nachbarschaft?“ (Ottilinger in Romberg 2014: 72).

Hieraus entsteht nach Baier eine neue Form von Demokratie. Diese ist geprägt vom Teilen und Tauschen von Dingen und von Wissen. Das alles geschieht unkommerziell und in basisdemokratischen Strukturen. Bestehendes wird hinterfragt und eventuell verändert. Kern des Verständnisses ist Gleichheit und Teilhabe aller. Menschen, Tiere und Pflanzen sollen gleichermaßen ihren Platz bekommen (vgl. Baier et al. 2013: 84ff.).

Zu diesen positiven Vorstellungen einer besseren Welt bemerkt Metzger kritisch, dass viele Gartenprojekte, entgegen ihrer Intention, neoliberale Prozesse auslösen und verstärken können. Die Aufwertung von Stadtteilen durch Gartenprojekte und die damit einhergehende Gentrifizierung würde nach Metzger im deutschen Urban Gardening-Diskurs erst anfänglich diskutiert werden. Ebenso sei der Anspruch urbaner Gärten, einen Beitrag zu einer regionalen Lebensmittelversorgung zu leisten, aufgrund zu kleiner Mengen an Gemüse infrage zu stellen (vgl. Metzger 2014: 246).

Um die Gentrifizierungsdebatte aufzunehmen und sich zu positionieren, haben sich nun im Sinne einer sozialen Bewegung mehr als 80 urbane Gärten zusammengeschlossen und das 'Urban-Gardening-Manifest' verfasst. Mit diesem wollen sie die Wichtigkeit der Gärten für die Stadt begründen, einer ökonomischen Verwertung der Gärten vorbeugen und ein Fundament schaffen für eine dauerhafte Verankerungen der Gärten in Politik und Stadtplanung (vgl. Website Urban-Gardening-Manifest).

6 UNTERSUCHUNG VON GEMEINSCHAFTSGÄRTEN IN DEUTSCHLAND

Nach dem theoretischen Teil über Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft, ihrer Beziehung zur Sozialen Arbeit und der Konkretisierung anhand des 'urbanen Gärtners' folgt der empirische Teil, in dem die drei untersuchten Gartenprojekte näher betrachtet werden. Zu Beginn wird das methodische Vorgehen der Datenerhebung und der Datenauswertung erläutert. Nach der Darstellung der drei untersuchten Gemeinschaftsgärten folgt zum Abschluss die Auswertung der Interviews, die anhand von drei Kategorien strukturiert ist.

6.1 Methodisches Vorgehen

Um sich dem Forschungsgegenstand der urbanen Gemeinschaftsgärten adäquat annähern zu können, verortet sich vorliegende Untersuchung im Bereich der qualitativen Sozialforschung. Als zielgerichtete Methode eignet sich das leitfadengestützte Experteninterview. In diesem Kontext wurden drei Personen interviewt, bei denen aufgrund ihrer Schlüsselfunktion in den Gärten die Annahme nahe liegt, dass sie über Expertenwissen verfügen. Ausgewählt wurden hierbei Initiatoren oder Mitinitiatoren eines Gemeinschaftsgartens und Sozialarbeiter, die in ein Gartenprojekt involviert sind.

In den folgenden Unterkapiteln wird nun das methodische Vorgehen zur Datenerhebung und zur Datenauswertung genauer betrachtet.

6.1.1 Datenerhebung anhand leitfadengestützter Experteninterviews

Experteninterviews als Methode qualitativer Sozialforschung ermöglichen nach Michaela Pfadenhauer „die Rekonstruktion von besonderen Wissensbeständen bzw. von besonders exklusivem, detailliertem oder umfassendem Wissen über besondere Wissensbestände und Praktiken“ (Pfadenhauer 2005: 113). Trotz relativ weiter Verbreitung von Experteninterviews als eine Form qualitativer Interviews beschreiben Meuser und Nagel die methodische Betrachtung dieser als insuffizient.

„In den gängigen Lehr- und Handbüchern zu den Methoden der empirischen Sozialforschung werden ExpertInneninterviews allenfalls kurz erwähnt (...), nicht aber als Verfahren ausgewiesen, dessen Erhebungs- und Auswertungsstrategien eine gesonderte Betrachtung erfordern.“ (Meuser/Nagel 2005: 72).

Im Kontext des Experteninterviews spielt die interviewte Person an sich mit ihrer Persönlichkeit und ihren Wertvorstellungen eine eher untergeordnete Rolle. Als befragter Experte repräsentiert sie ihr Handlungsfeld, eine bestimmte Gruppe oder eine Instituti-

on. Es geht somit um einen „organisatorische[n] oder institutionelle[n] Zusammenhang, der mit dem Lebenszusammenhang der darin agierenden Personen gerade nicht identisch ist und in dem sie nur einen „Faktor“ darstellen.“ (ebd.: 72f.).

Ob jemand als Experte wahrgenommen wird, richtet sich nach dem Forschungsinteresse und wird quasi vom Forschenden selbst festgelegt. Ein Experte ist somit jemand, der im Bereich des Forschungsinteresses agiert und diesbezüglich über spezifisches Wissen verfügt bzw. die Annahme besteht, dass dieser darüber verfügen könnte (vgl. ebd.: 73). Das Spezifische des Expertenwissens beschreibt Pfadenhauer als 'Überblickswissen'. Im Gegensatz zu Spezialisten verfügen Experten über Wissen, das über die Lösungsfindung von Problemstellungen hinausgeht und Hintergründe sowie Zusammenhänge miteinschließt. Ihr 'Überblickswissen' über ein bestimmtes Handlungsfeld befähigt sie, generelle Lösungsansätze auf Einzelgebiete zu übertragen und diese anzuwenden (vgl. Pfadenhauer 2005: 115).

Entsprechend dem Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit wurden drei Experteninterviews mit Personen aus Garteninitiativen in Leipzig und Freiburg durchgeführt. Die Initiative 'Essbares Rieselfeld' und der 'Offene Garten Rehbrunnen' wurden in der Stadt Freiburg ausgewählt und der Gemeinschaftsgarten 'Annalinde' in Leipzig. Das Kriterium, dass die Interviewpartner als Initiatorinnen oder Mitinitiatorinnen in den Garten eingebunden sein sollten, war für alle Garteninitiativen geltend. Infolgedessen lag die Annahme nahe, dass sie über Expertenwissen verfügen. Der Gemeinschaftsgarten 'Annalinde' in Leipzig wurde ausgewählt, da dieser in der Zielsetzung den Fokus auf eine zukunftsfähige Stadtentwicklung legt (vgl. Website Annalinde 1). In Freiburg konnte hierzu leider kein Gartenprojekt gefunden werden.

Um die Rolle der Sozialen Arbeit im Kontext der urbanen Gärten herauszustellen, schien der Vergleich von Gärten, die einerseits von der Zivilgesellschaft und andererseits von der Sozialen Arbeit initiiert wurden, sinnvoll. Aus diesem Grund fiel die Auswahl auf den 'Offenen Garten Rehbrunnen' im Freiburger Stadtteil Brühl-Beurbarung. Dieser wurde durch Sozialarbeiterinnen des Stadtteiltreffs gemeinsam mit der Bevölkerung initiiert. Ein aus der Zivilgesellschaft initiiertes Projekt stellt das Projekt 'Essbares Rieselfeld' dar. Ein Spezifikum des Gemeinschaftsgartens 'Annalinde' ist der berufliche Hintergrund des Experten. Der Garten selbst ist zivilgesellschaftlich entstanden, der Experte aber ist studierter Sozialarbeiter.

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht über die geführten Interviews und die relevanten Funktionen der Experten bzgl. des Forschungsinteresses. Die Spalte 'Expertenfunktio-

on' stellt die prioritäre Motivation zur Auswahl des Experten dar. „In mehreren Fällen gibt es jedoch weitere Funktionen, die ebenfalls eine Rolle für den Untersuchungsgegenstand spielen (...).“ (Klus 2013: 111). Somit liegt z.B. beim 'Offenen Garten Rehbrunnen' der prioritäre Fokus auf der Sozialen Arbeit und nicht vorrangig auf dem Initiieren des Gartenprojekts. Die Codierung in der ersten Spalte wird zur Vereinfachung in der Transkription verwendet und dient der Darstellung von Interviewauszügen im Text.

Codierung Interviewpartner	Gartenprojekt	Expertenfunktion	Weitere relevante Funktionen
A1	Offener Garten Rehbrunnen Freiburg, Brühl-Beurbarung	Sozialarbeiterin im Stadtteil (Quartiersarbeiterin)	Initiatorin des Gartenprojekts
A2	Gemeinschaftsgarten Anwalinde Leipzig	Initiator des Gartenprojekts	Sozialarbeiter
A3	Essbares Rieselfeld, Transition Town Freiburg	Mitinitiatorin des Gartenprojekts	

Tab. 1: *Sampling Interviews*

Dem Leitfaden kommt innerhalb des Experteninterviews eine besondere Rolle zu. Er dient dazu, durch spezifische Fragen das Themengebiet des Interviews einzugrenzen und gleichzeitig durch offen formulierte Fragestellungen, dem Experten die Möglichkeit zu geben, seine Meinung zum Thema uneingeschränkt äußern zu können. Nach Michael Meuser und Ulrike Nagel ist es „gerade der Leitfaden, der die Offenheit des Interviewverlaufs gewährleistet.“ (Meuser/Nagel 2005: 78). Das Gelingen eines ungezwungenen Interviewverlaufs setzt voraus, dass sich der Forschende vor dem Erstellen des Interviewleitfadens eingehend mit der Thematik seiner Forschung und all ihren Facetten vertraut gemacht hat, um vom Interviewpartner ebenso auf Expertenniveau bzw. als „Quasi-Experte“ (Pfadenhauer 2005: 120) im Gespräch wahrgenommen zu werden. Nur so kann ebenfalls gewährleistet werden, dass der Forschende flexibel auf die Antworten des Experten reagieren kann und den Leitfaden nicht starr Frage für Frage abarbeitet (vgl. Meuser/Nagel 2005: 77ff.). Für ein erfolgreiches Interview ist das Schaffen einer „möglichst vertraute[n] Kommunikationssituation“ (Pfadenhauer 2005: 118) ebenso von hoher Bedeutung. Deswegen konnten die Experten der vorliegenden Arbeit den Ort des Interviews selbst bestimmen. Alle Interviews fanden in den gewohnten Umgebungen, den jeweiligen Garteninitiativen, statt. Die voranstehenden Ausführungen nach Meuser und Nagel zur Durchführung von Experteninterviews wurden bei der vorliegenden Un-

tersuchung der Gemeinschaftsgärten beachtet. Die Basis der Gesprächsführung war ein offener Interviewleitfaden (siehe Anhang I). Die Interviews wurden mit einem Rekorder digital aufgezeichnet. Das Einverständnis zur Aufzeichnung wie zur Verwendung der Daten wurde vor den Interviews von den Gesprächspartnerinnen eingeholt.

6.1.2 Datenauswertung in Anlehnung an Meuser/Nagel

Die Auswertung des Datenmaterials der vorliegenden Untersuchung orientiert sich an der interpretativen Auswertungsstrategie für Experteninterviews nach Meuser und Nagel (2005). Im Gegensatz zu einer Auswertung, die an einem konkreten einzelnen Fall interessiert ist, legt die Auswertung von Experteninterviews ihren Fokus auf die Vergleichbarkeit von Expertenaussagen in einem Handlungsfeld. Hierbei ist das Ziel,

„im Vergleich mit den anderen ExpertInnen-texten das Überindividuell-Gemeinsame herauszuarbeiten, Aussagen über Repräsentatives, über gemeinsam geteilte Wissensbestände, Relevanzstrukturen, Wirklichkeitskonstruktionen, Interpretationen und Deutungsmuster zu treffen.“ (Meuser/Nagel 2005: 80).

Es geht also in der Auswertung von Experteninterviews nicht um die Reihenfolge des Gesagten, d.h. wann etwas im Interview angesprochen wurde, sondern um die Bedeutung des Gesagten für ein Themengebiet. Dieser inhaltliche Fokus kann demnach auch Textteile einschließen, die sich an unterschiedlichen Stellen des Interviews befinden. Die Aussagen der Experten stehen somit immer in einem Themenzusammenhang. Da dieser als 'institutionell-organisatorischer Kontext' für alle Experten fungiert, garantiert er die Basis der Vergleichbarkeit für die geführten Interviews. Der Interviewleitfaden, der auf diesem Kontext basiert, trägt demnach ebenso zur Vergleichbarkeit bei. Meuser und Nagel gehen in der Auswertung von Experteninterviews nach einem flexibel zu handhabenden Muster vor (vgl. ebd.: 80ff.):

Der erste Schritt der Auswertung umfasst die *Transkription* der gewonnenen Daten. Im Rahmen von Experteninterviews ist eine wortwörtliche Transkription nicht zwingend notwendig, da diese ihren Fokus, wie voranstehend erläutert, auf inhaltliche Aussagen legen. In der vorliegenden Untersuchung wurden die Interviews dennoch vollständig transkribiert. Dies schien für die Auswertung und den Verweis auf Interviewaussagen im Text sinnvoll.

Im Falle einer nicht vollständigen Transkription der Daten folgt der Schritt *Paraphrasieren* von Interviewaussagen. Dies erfolgt in Abstimmung mit dem forschungsleitenden Interesse. Relevante Textteile werden deshalb nach ihrem Gehalt für das Forschungsin-

teresse paraphrasiert und nicht aufgrund ihrer Länge im Interview. Die Paraphrase stellt die erste Stufe der thematischen Gliederung ('Sequenzierung') der Daten dar. Dennoch ist es wichtig, dass das aufeinanderfolgend Gesagte im Interview auch so paraphrasiert und der Gehalt der Aussage dadurch nicht verfälscht wird. „Nicht Redundanz ist das Problem des Paraphrasierens, sondern Reduktion von Komplexität.“ (ebd.: 84). Kritisch zu sehen ist demnach das zu schnelle Segmentieren, Zusammenfassen oder Weglassen von Aussagen oder Informationen.

Der folgende Schritt beinhaltet das Bilden von *Überschriften* für die bestimmten Textteile. Dies dient einer weiteren Strukturierung der gewonnenen Daten. Wichtig ist dabei, dass sich der Wortlaut der Überschriften an dem der Interviewpartner orientiert. Textteile, die mehrere Themen umfassen, werden ebenfalls mehreren Überschriften zugeordnet. Im Anschluss werden Textteile mit derselben Überschrift zusammengeführt. Hierbei kann es nötig sein, dass eine 'Hauptüberschrift' gebildet wird, die die gesamten Inhalte der zusammengeführten Textteile erfasst.

Der *Thematische Vergleich* als nächster Schritt erweitert den Fokus vom einzelnen Interview auf die gesammelten Textteile aller Interviews. Hier geht es darum, die Textteile der verschiedenen Interviews, die in ihren Themen vergleichbar sind, zusammenzuführen und wie im voranstehenden Abschnitt Überschriften zuzuführen. Die Überschriften sollen sich weiterhin nahe am Wortlaut der Experten orientieren. Dieser Schritt stellt eine enorme Verdichtung von Daten dar und sollte deshalb gründlich ausgeführt und immer wieder anhand des Datenmaterials kontrolliert und eventuell korrigiert werden. Der thematische Vergleich der Interviews sollte Gemeinsamkeiten wie Unterschiede der Aussagen umfassen.

Der Schritt der *Soziologischen Konzeptualisierung* beschreibt eine Loslösung vom Wortlaut der Experten innerhalb der Kategorienbildung. Die Kategorien, die zuvor mit Überschriften aus den Interviews betitelt waren, werden nun mit soziologischen Begriffen ersetzt. Dies ermöglicht die Verknüpfung der Auswertung des Interviews mit dem theoretischen Kontext der vorliegenden Arbeit. „Ziel ist eine Systematisierung von Relevanzen, Typisierungen, Verallgemeinerungen, Deutungsmustern. Dabei gilt es vor allem, auf Verknüpfungsmöglichkeiten einzelner Konzepte zu achten.“ (ebd.: 88).

Die *Theoretische Generalisierung* als letzter Schritt der Auswertung entfernt sich vollständig von der Ebene des Expertenwissens und den Interviews. Es geht nun auf der Ebene soziologischer Theorien um eine Einordnung der Kategorien in einen systematischen Kontext untereinander. „Bei diesem rekonstruktiven Vorgehen werden Sinnzu-

sammenhänge zu Typologien und zu Theorien verknüpft, und zwar dort, wo bisher Addition und pragmatisches Nebeneinander geherrscht haben.“ (ebd.: 89).

In der vorliegenden Arbeit fungieren die Experteninterviews als zusätzliche Perspektive neben der Literatur zur Beantwortung der Fragestellung und sollen demnach Kontextwissen generieren¹³. Meuser und Nagel weisen darauf hin, dass dieser letzte Schritt der Auswertung für das Erzeugen von Kontextwissen nicht notwendig sei (vgl. ebd.: 91). Vor diesem Hintergrund wird von diesem in der Auswertung der vorliegenden Interviews abgesehen.

Generell ist während des gesamten Auswertungsprozesses darauf zu achten, keine der Stufen auszulassen und ihre Abfolge einzuhalten. Eventuell ist es im Prozess immer wieder nötig, auf eine vorherige Stufe zurückzugehen, um die getroffenen Aussagen zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern.

6.1.3 Validität und Reliabilität

„Qualitative Interviews sind Kommunikationssituationen, das heißt: die entscheidenden Daten werden in einer hochkomplexen und die Subjektivität der Beteiligten einbeziehenden Situation erzeugt.“ (Helfferich 2009: 9). Im Gegensatz zu quantitativer Forschung stellt qualitative Forschung eine nicht-standardisierte Form von Sozialforschung dar. Die Transparenz der Datengewinnung und die damit in Verbindung stehende Qualität der Daten muss aber wie bei quantitativer Forschung an Gütekriterien gemessen werden. Hierzu werden die klassischen Gütekriterien 'Validität' und 'Reliabilität' verwendet (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2010: 35ff.).

Das Gütekriterium *Validität* beschreibt die Gültigkeit der gewonnenen Daten. Es geht also darum, ob die Forschungsfrage bzw. das Forschungsinteresse mit dem Ergebnis der Forschung übereinstimmt. Als Rahmen zur Überprüfung der Validität benennt Flick unter anderem die Analyse der Interviewsituation. Es sollte bei der Auswertung der Daten in Bezug auf bewusste Erfahrungsverfälschung durch den Interviewpartner und andere Verzerrungen aufmerksam vorgegangen und im Falle ihres Auftretens in die Überlegungen zur Interpretation einbezogen werden (vgl. Flick 2007: 494). Innerhalb der vorliegenden Arbeit wurden etwaige Verzerrungen durch ein aufmerksames Vorgehen in der

¹³ Kontextwissen soll nach Meuser und Nagel einen Sachverhalt bestimmen (vgl. Meuser/Nagel 2005: 75ff.). Die Experten der Gartenprojekte sind nicht selbst Zielgruppe der Untersuchung, sondern repräsentieren Gartenprojekte im Allgemeinen. Sie dienen somit der Betrachtung des Sachverhalts.

Auswertung aufgedeckt und in der Interpretation berücksichtigt. Die Daten dieser Forschung können folglich in diesem Kontext als valide angesehen werden. Dennoch ist darauf hinzuweisen, dass die drei ausgewählten Gartenprojekte nicht repräsentativ für alle Garteninitiativen in Deutschland stehen können. Im Rahmen dieser Arbeit geben sie einen Einblick in das Forschungsfeld und fungieren als weitere Perspektive neben der Literatur, um sich der Forschungsfrage anzunähern.

Unter *Reliabilität* versteht man die Zuverlässigkeit der gewonnenen Daten. Im Kontext einer empirischen Forschung bedeutet dies, dass die erzielten Ergebnisse nach einer erneuten Erhebung unter gleichen Voraussetzungen mit den Ausgangsergebnissen übereinstimmen. Es geht demnach um das genaue Vorgehen innerhalb der empirischen Erhebung. Przyborski und Wohlrab-Sahr sprechen in diesem Zusammenhang von der „Möglichkeit der exakten Reproduzierbarkeit“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2010: 38). Flick benennt im Kontext qualitativer Forschung die prozedurale Reliabilität, bei der der Fokus auf der Erhebung der Daten nach festgelegten Standards liegt. Hierdurch soll die Vergleichbarkeit der Daten mehrerer Interviews verbessert werden und infolgedessen die Reliabilität steigern. Neben standardisierter Vorgehensweisen in der Erhebung und der Dokumentation ist auch die Kenntlichmachung von Aussagen des Interviewpartners und Interpretationsbeginn des Forschenden von Bedeutung (vgl. Flick 2007: 490ff.). Die Experteninterviews der vorliegenden Forschungsarbeit wurden nach wissenschaftlichen Prinzipien qualitativer Interviews durchgeführt (vgl. Meuser/Nagel 2005: 71ff., Pfadenhauer 2005: 113ff.). Die Durchführung basierte auf einem offenen Leitfaden, der in allen Interviews gleichermaßen angewandt wurde. Die Interviews wurden digital aufgezeichnet und ebenfalls nach anerkannten Standards ausgewertet (vgl. ebd.: 80ff.). Die schriftliche Transkription liegt der Arbeit bei. Anhand der Codierung der Interviewpartner kann im Text festgemacht werden, wo Interviewaussagen aufhören und Interpretation beginnt. Nach den Kriterien der prozeduralen Reliabilität kann den Daten dieser Arbeit Reliabilität zugesprochen werden.

6.2 Darstellung der Gemeinschaftsgärten

In diesem Kapitel sollen nun die drei untersuchten Gemeinschaftsgärten näher betrachtet werden. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und nachhaltiger Stadtentwicklung in Deutschland, bezieht sich also auf die nationale Ebene. Die Gartenprojekte wurden nicht aufgrund ihrer Verortung in der jeweiligen Stadt ausgewählt, sondern wegen ihrer bestimmten Charakteristika, die sie auszeichnet.

Dies wurde bereits in der Samplingstrategie verdeutlicht (vgl. dazu Kapitel 6.1.1). Weil aber der örtliche Kontext für die Gartenprojekte konstitutiv ist, wird jeweils ein kurzer Überblick über die Stadt Leipzig und Freiburg und die spezifischen Stadtteile, in denen sich die Gärten befinden, gegeben. Dies ist daher ein Teil der nun folgenden Projektbeschreibungen. Die Angaben der Seitenzahlen, die mit den Interviewdaten in Verbindung stehen (dargestellt durch A1, A2, A3), beziehen sich auf die Seitenzahlen im Anhang und können dort nachvollzogen werden.

6.2.1 Gemeinschaftsgarten 'Annalinde'

Der Gemeinschaftsgarten 'Annalinde' befindet sich im Leipziger Westen, im Stadtteil Plagwitz. Leipzig war nach der Wende lange eine schrumpfende Stadt, verzeichnet aber seit einigen Jahren wieder einen Bevölkerungszuwachs (vgl. Stadt Leipzig 2009: 3). Viele Stadtteile, darunter auch der Leipziger Westen, werden durch städtische Programme wie z.B. das Stadtentwicklungsprogramm 'SEKo', das sich an der 'Leipzig Charta' orientiert, gefördert (vgl. ebd.: 7ff.). Zudem werden viele Initiativen und Projekte durch die Lokale Agenda 21 unterstützt (vgl. Website Leipziger Agenda 21). Durch die damals sinkenden Einwohnerzahlen entstanden vielen Brachen, die nun als Freiräume von jungen Kreativen genutzt werden (vgl. Reuther/Paul 2008: 102).



Abbildung 1: Gemeinschaftsgarten 'Annalinde'

So sind auch die Initiatoren des Gemeinschaftsgartens Annalinde vorgegangen. Die zwei Initiatoren, ein Sozialarbeiter und ein Medienpädagoge, gründeten 2011, um eine eigene Einrichtung aufbauen zu können, den Gemeinschaftsgarten auf einer 1700m² großen Brachfläche (vgl. Baier et al. 2013: 38, A2: 21). Die Idee dabei war, durch einen offenen Garten den „Bereich Garten und Bildung zusammenzubringen“ (A2: 21) und auf längere Sicht einen Betrieb aufzubauen, der gemeinsam mit Menschen mit Behinderung urbane Landwirtschaft betreibt. In Bezug auf das Konzept betont der Initiator: „Im Gemeinschaftsgarten ist der Unterschied zu den anderen Gemeinschaftsgärten, dass es sehr stark anbaulastig ist und man sieht schon, dass da ein Gärtner dahinter steckt.“ (ebd.). Neben dem Gemeinschaftsgarten haben die zwei Gründer gemeinsam mit einem Gärtner 2013 eine zum Teil brachliegende Gärtnerei wieder aufgebaut. Der Gemeinschaftsgarten war als 'informelle Gruppe' zwei Jahre unter der Trägerschaft des Ökolöwens, dem Umweltbund in Leipzig, bis mit der Gärtnerei das ganze Projekt in eine gGmbH mündete. In der Gärtnerei werden die Jungpflanzen gezüchtet, die dann vor Ort und im Gemeinschaftsgarten angebaut werden. Das Gemüse der Gärtnerei wird auf einem Wochenmarkt im Gemeinschaftsgarten verkauft sowie in Gemüseboxen als Abonnement verteilt. Die Menschen, die im Gemeinschaftsgarten und in der Gärtnerei mitwirken, kommen hauptsächlich aus dem Stadtteil, dennoch gibt es viele, die nur speziell zum Wochenmarkt

kommen und Gemüse einkaufen und die aber sonst nicht im Gemeinschaftsgarten mitarbeiten. Durch die Entscheidung, den Fokus auf den Anbau zu legen und im Garten ausschließlich Gemeinschaftsbeete anzulegen, haben die Gründer ein relativ enges Konzept gestaltet. Auf die Gemeinschaftsprozesse im Garten wird dennoch großen Wert gelegt.

„Also es wird alles partizipativ und gemeinsam entschieden, was wo wie angebaut wird, außer die Vorgaben, die Philipp als Gärtner macht, mit Fruchtfolgen. Welche Programme stattfinden wird diskutiert, was es für Kioskangebote gibt, welche Bildungsk Kooperationen es gibt.“ (ebd.: 28).

Die Annalinde gGmbH bietet neben Gärtnerei und Gemeinschaftsgarten auch ungefähr zwei Mal im Monat Bildungsveranstaltungen im Garten an. Dadurch bestehen vielfältige Kooperationen zu Kindertagesstätten, Schulen, Kultureinrichtungen, aber auch zu Restaurants, die speziell an regionalem, qualitativen Gemüse Interesse haben (vgl. ebd.: 21ff.). Die Bildungsveranstaltungen bewegen sich im Rahmen der Bildung für Nachhaltige Entwicklung und behandeln Themen wie nachhaltiger Umgang mit Ressourcen, ökologischer Gemüseanbau, gesunde Ernährung, Biodiversität und andere Umweltbildungsthemen (vgl. Website Annalinde 2). Mehrmals im Jahr werden gemeinsam mit allen Mitwirkenden im Gemeinschaftsgarten sogenannte 'Gartendinner' veranstaltet, an denen das angebaute Gemüse gemeinsam gekocht und verspeist wird (vgl. A2: 24.). Im Mai und im Oktober 2014 wurde die Annalinde gGmbH zweimal ausgezeichnet. Sie gewann den Leipziger Agenda 21-Preis in der Kategorie Jugendprojekte und wurde als UN-Dekade-Projekt für Biologische Vielfalt ausgezeichnet (vgl. Website Annalinde 3, Website Annalinde 4).

6.2.2 Offener Garten Rehbrunnen

Der Gemeinschaftsgarten 'Offener Garten Rehbrunnen' befindet sich im Freiburger Stadtteil Brühl-Beurbarung. Freiburg gehört zu den wachsenden Städten Deutschlands, ihre Bevölkerungszahl wächst stetig. Im Vergleich zu anderen Städten im Bundesland Baden-Württemberg ist Freiburg die am schnellsten wachsende Stadt. Vor diesem Hintergrund beschreibt Sebastian Klus den Freiburger Wohnungsmarkt als „angespannt“. Nicht nur der Mietpreis für Wohnungen, sondern auch der Kaufpreis von Flächen für potentiell Bauland nimmt dadurch stetig zu (vgl. Klus 2013: 123ff.).

Der Stadtteil Brühl-Beurbarung gehört zu den älteren Stadtteilen Freiburgs und wurde in den 1980er und 1990er Jahren grundlegend saniert und umgestaltet. Der Wohnraum ist überwiegend durch sozialen Wohnungsbau geprägt. Der Anteil von Menschen im Stadt-

teil, die sozialstaatliche Transferleistungen beziehen, ist hoch. Hoch ist auch der Anteil alleinerziehender Eltern. 34% der Stadtteilbewohner haben einen Migrationshintergrund (vgl. Jugendtreff Brühl-Beurbarung 2009: 4f.).

Wie Leipzig ist Freiburg in Agenda-21-Prozesse eingebunden. Im Jahr 1997 wurde das Freiburger Forum 21 und das Agenda 21 Büro gegründet als Koordinationsstelle für die Lokale Agenda 21 (vgl. Website Freiburger Agenda 21).



Abbildung 2: Offener Garten Rehbrunnen

Der Offene Garten Rehbrunnen ist Ende 2013 aus einer Zukunftswerkstatt entstanden, die die Quartiersarbeit im Stadtteil initiiert hatte, um Wünsche, Ideen und Visionen der Bewohnerinnen bzw. deren Probleme zu ermitteln. Hieraus entwickelte sich die Idee, gemeinsam 'Aktionen im öffentlichen Raum' zu veranstalten. Das Motto hierbei war: „Aktionen zum Anpacken, Aktionen zum Mitmachen, nicht so viel reden, sondern was tun.“ (A1: 3). Eine Idee dieser Aktionen war die Gründung eines offenen Gartens im Stadtteil. Die Arbeitsgruppe 'Öffentliche Aktionen im Quartier', die sich bei der Zukunftswerkstatt zusammengefunden hatte, wurde durch weitere Interessierte verstärkt, die einem Artikel über die Gartengründung in der Stadtteilzeitung folgten. Die Quartiersarbeiterin meint hierzu: „[E]s ist auf sehr fruchtbaren Boden gestoßen.“ (A1: 4). Ge-

meinsam mit Bewohnerinnen und Mitarbeitern des Garten- und Tiefbauamts wurden dann potentielle Flächen im Stadtteil begutachtet. Die Entscheidung fiel auf die Fläche, die die Bewohner bevorzugten und auch von Seiten der Stadt befürwortet wurde. Nach mehreren Planungstreffen vor Ort wurde im Frühjahr 2014 mit dem Bau des Gartens begonnen. Hieraus entstand dann auf einer Wiese mit Bäumen ein 100m² großer Gemeinschaftsgarten. Die Motivationen der Mitwirkenden sind vielfältig. Die Quartiersarbeiterin beschreibt diese folgendermaßen: Es gibt einige, die „ökologisch, nachhaltig, bisschen selbstversorgermäßig interessiert“ (A1: 4) sind, aber auch welche, „für die es total wichtig war, dass sie gebraucht wurden“ (ebd.). Andere wiederum haben selbst keinen Balkon oder Garten und wollten einen Ort haben, wo sie gemeinsam mit anderen gärtner können. Es gibt eine Person, die die Koordination des Gartens in die Hand nimmt und von einem sogenannten „Orgateam Offener Garten“ (ebd.: 11) unterstützt wird. Die Treffen der Mitwirkenden werden oftmals in Form von gemeinsamen Essen gestaltet. „[E]s ist immer ganz gut, wenn man das Werkeln mit „nett zusammensitzen“ und auch was essen kombiniert, das hat sich jetzt so 'n bisschen raus kristallisiert. Dass das 'ne bessere Struktur ist wie Plenum zu machen.“ (ebd.: 12). Während der Aufbauphase des Gartens haben sich auch Menschen aus anderen Stadtteilen beteiligt, seit der Garten aber bepflanzt wird kommen die Gärtnerinnen hauptsächlich aus dem Stadtteil. Das Mitmachen gestaltet sich relativ einfach. Es gibt Infotafeln am Garten, die den Stadtteiltreff als Ansprechpartner angeben, dennoch kommen die meisten Interessierten beim Vorbeilaufen in Kontakt mit den Gärtnerinnen vor Ort. Die Beete werden von allen gemeinschaftlich bearbeitet und bepflanzt. Ein kleines Beet ist für einen Kindergarten reserviert, mit dem eine Kooperation besteht. Weitere soziale Einrichtungen wurden angefragt, bisher kam es aber noch zu keiner Kooperation (vgl. ebd.: 3ff.).

6.2.3 Essbares Rieselfeld

Die Initiative 'Essbares Rieselfeld' befindet sich wie der Name schon sagt im Freiburger Stadtteil Rieselfeld. Dieser liegt am Stadtrand von Freiburg und wurde erst in den 1990er Jahren gebaut. Rieselfeld ist hauptsächlich von jungen Familien geprägt. Das Durchschnittsalter der Bewohner liegt bei 27 Jahren. 15% der Bewohner in Rieselfeld sind Menschen mit Migrationshintergrund. Bei Gründung des Stadtteils wurde darauf Wert gelegt, eine soziale Mischung der Bevölkerung zu erreichen. So gibt es Eigentumswohnungen, Sozialwohnungen und Baugemeinschaften (vgl. Back 2002: 126f.).



Abbildung 3: Essbares Rieselfeld

Die Initiative Essbares Rieselfeld ist 2012 aus einer Filmvorstellung der Freiburger Transition-Town-Bewegung¹⁴ entstanden. Nach dem Film gab es die Möglichkeit, eigene Ideen zur Veränderung zu formulieren und gemeinsam mit anderen verschiedenste Initiativen zu gründen. So kam es zur Idee, einen offenen Garten nach dem Ansatz der 'Incredible-Edible-Bewegung' aus England aufzubauen. Hierbei werden private Vorgärten oder der öffentliche Raum in einen offenen Nutzgarten für alle verwandelt. Nachdem die Leute fragten: „Gemüse? So mittendrin und offen? Habt ihr nicht Angst, dass man euch was klaut?“ (A3: 39) erklärt die Mitinitiatorin das Prinzip: „Also, man kann nichts klauen – es ist offen, es ist erlaubt zu nehmen.“ (ebd.). Ende 2012 bekamen sie die Zusage des Gartenamts zu einer von der Initiative in Selbstorganisation ausgewählten 200m² Fläche und konnten im folgenden Frühjahr mit den Pflanzungen beginnen. Hierbei wurden sie mit Erdlieferungen und Werkzeug vom Gartenbauamt unterstützt. Das Projekt ist sehr niederschwellig gestaltet. Man kann einfach vorbeikommen und mitma-

¹⁴ Die Transition-Town-Bewegung möchte einen Wandel in den Städten, sich zu einer postfossilen und zukunftsfähigen Stadt zu verändern, befördern. Sie geht auf den Iren Rob Hopkins zurück (vgl. Website Transition Town Freiburg 1).

chen. Das Gärtnern soll nichts kosten und für alle zugänglich sein: „Ich denke wir können nicht einfach sagen (...) „das ist alles bio! Alles dies, alles das.“ - gut natürlich kann man das sagen, aber dann schließt man bestimmte Leute aus und das ist hier nicht das Prinzip.“ (ebd.: 35).

Die Kerngruppe von anfangs vier bis fünf Menschen ist nun auf 20 angewachsen. Alle Gärtnerinnen kommen aus dem Rieselfeld. Durch ihre Gründung aus einer Transition Town Veranstaltung heraus, versteht sich die Initiative als Teil dieser Bewegung und ist hierüber mit vielen anderen urbanen Gärten in Freiburg vernetzt. Ebenso spielt der Stadtteiltreff in Rieselfeld, das Glashaus, für die Initiative eine große Rolle. Sie ist als Gruppe dort angemeldet, alle Informationen und Treffen werden dort oder über die Stadtteilzeitung angekündigt und ihnen werden Räume zur Verfügung gestellt, um sich zu treffen. Kooperationen bestehen mit den anderen urbanen Gärten in Freiburg und mit der Schule, die sich direkt neben dem Garten befindet. Neben den Gemeinschaftsbeeten gibt es ein Beet für die Schulklassen. Mit den urbanen Gärten wird Saatgut und auch Kenntnisse ausgetauscht und gemeinsam Feste gefeiert. Da die Initiative erst zwei Jahre besteht, ist der Fokus zunächst nur auf den Garten selbst gelegt, um diesen zu verstetigen bzw. zu erweitern. Längerfristig gibt es aber die Idee, ganz Rieselfeld in einen 'essbaren Stadtteil' mit vielen kleinen Beeten, Obstbäumen und Sträuchern umzuwandeln (vgl. A3: 30ff., Website Transition Town Freiburg 2).

6.3 Auswertung der Interviews

Im Folgenden sollen die drei Gemeinschaftsgärten anhand dreier Kategorien analysiert werden. Diese sind 'Stadtentwicklung', 'Nachhaltigkeit' und 'Soziale Arbeit'. Die Darstellung der Interviewaussagen wird dadurch fokussiert und vergleichbar. Am Ende dieses Kapitels sollen in einer Zusammenfassung wesentliche Punkte noch einmal herausgestellt werden.

6.3.1 Kontext Stadtentwicklung

Bedeutsamkeit des Projekts für die Stadt

Die Flächen der drei Gärten sind alle städtisch und wurden im Fall Freiburg davor als Wiese an einem Weg und als Ausweichfläche für die zu klein gewordene Schule und Kindertagesstätte genutzt. Im Fall Leipzig lag die Fläche brach. Davor war dort eine Brauerei ansässig, die aber schon vor DDR-Zeiten aufgegeben wurde (vgl. A1: 9; 14, A2: 25, A3: 38). Die drei Befragten schätzen alle die Wirkung der Gärten auf die Stadt-

entwicklung als nicht sehr hoch ein. Dennoch stellen alle drei fest, dass die Rückmeldungen gegenüber den Gärten fast ausschließlich positiv sind und sich viele auch an diesen erfreuen (vgl. A1: 16, A2: 26, A3: 41). Die Quartiersarbeiterin bemerkt in diesem Zusammenhang: „[E]s ist aus ner Wiese so ne Art Möglichkeitsraum entstanden.“ (A1: 15). Die Bewohner kommen über den Garten in Kontakt und sprechen miteinander. Gemeinsame Aktionen wie z. B. Picknicks werden dadurch ermöglicht. Im Fall des Offenen Gartens Rehbrunnen hat sich der Ort von einem 'Durchgangsort', an dem die Menschen nur vorbeigehen, zu einem 'Gemeinschaftsort' gewandelt, wo Begegnung und Kommunikation stattfindet (vgl. ebd.). So stellt sie fest: „[D]as Potenzial ist total da, dass sich durch diesen Garten so als Ausgangsort schon auch was verändert im Stadtteil.“ (ebd.). Der Initiator des Gemeinschaftsgarten Annalinde weist darauf hin, dass allgemein eine größere Aufmerksamkeit für Umweltthemen und Themen, die die Nachhaltigkeit betreffen, durch die Gärten geschaffen wurde. Der Umgang mit Brachflächen und deren Sicherung für die Zivilgesellschaft sind ebenfalls Themen, die immer mehr ins Bewusstsein der Bevölkerung in Leipzig rücken. Dennoch merkt er an, dass dies generell in Leipzig gerade aufgrund des hohen Leerstands eine Frage wäre (vgl. A2: 25f.). „Ja ich denke da waren wir einfach nochmal ein Plus dazu, die die Frage auch nochmal aufgegriffen haben, also vielleicht nochmal bisschen mehr ins Grüne gerückt haben.“ (ebd.: 26).

Beim Anblick des Gartens der Initiative Essbares Rieselfeld waren viele Leute geschockt, Gemüse uneingezäunt im öffentlichen Raum zu sehen. Die Mitinitiatorin sieht in der Wirkung vor allem den sozialen Aspekt. Im Garten lernen die Menschen, wie etwas wächst. Sie lernen die Pflanzen und das Gemüse wertzuschätzen. „[D]ass etwas wächst, dass ist nicht nur weil du etwas säst, sondern du musst es auch pflegen, du musst es gießen. Nicht alle Samen werden eine Pflanze und dass man plötzlich einfach merkt, das ist eine ganz schöne Arbeit.“ (A3: 39f.). Kinder und Erwachsene sind an diesen Bildungsprozessen im Garten beteiligt. „Dass die Rollen Lehrender und Lernender, dass das nicht fest ist, weil das ist so oft fest in der Gesellschaft und hier merkt man, dass kann umgedreht werden. Das ist ein tolles Erlebnis.“ (ebd.: 35). Lernen in Offenheit, Solidarität und Gemeinschaft zählt für sie auch zu den Veränderungen, die der Garten ermöglicht (vgl. ebd.: 39f.).

Formen der Kooperation mit der Stadtverwaltung

Nach der Aussage der Interviewten beider Freiburger Projekte bietet das Garten- und

Tiefbauamt in Freiburg eine gute Unterstützung, wenn es um urbane Gärten geht. In diesem Zusammenhang hoben sie die eingerichtete Stelle des 'Freiburg packt an' hervor, die sich um bürgerschaftliches Engagement kümmert und wozu auch die urbanen Gärten gehören. Diese sind Ansprechpartner für die Gärten, lieferten beim Aufbau Erde und stellten Werkzeuge zur Verfügung. Bei der Flächensuche unterstützten sie die Gartenprojekte und im Fall von Rieselfeld hatten sie im Voraus schon mögliche Flächen identifiziert (vgl. A1: 9f., A3: 31ff.). Die Mitinitiatorin des Essbaren Rieselfelds sieht eine positive Entwicklung bzgl. der Akzeptanz des urbanen Gärtnerns innerhalb der Freiburger Verwaltung:

„Ende August 2012 (...) hatte ich zum ersten Mal den Herrn Leser angesprochen, vom Gartenamt, (...) wir würden gern so gärtnern und dann ging er an die Decke: Wo kommen wir denn da hin, wenn jeder anfängt zu gärtnern, wo er will und was er will? (...) Und im November hat er schon den Schritt gemacht, gesagt: „Okay, wir machen einen Termin. Wir gucken uns das an.“ Und jetzt war er da irgendwann mit dem Kirchbach¹⁵, die hatten 10 Jahre „Freiburg packt an“ und die hatten Rieselfeld ausgesucht, um das zu feiern.“ (...) Dann hab ich mit dem Herr Leser nochmal gesprochen, (...) er hat Angst gehabt, weil der null Ahnung hatte und dann hat er gemerkt in allen Städten geht's los und Freiburg muss natürlich auch mitmachen und er ist jetzt dran und jetzt ist es total positiv.“ (A3: 40).

Beide Gärten in Freiburg haben bislang keine Nutzungsverträge, obwohl das von Seiten der Stadt so vorgesehen ist. Die Quartiersarbeiterin des Stadtteils Brühl-Beurbarung spricht von einer „offenen Testphase“ (A1: 9), in der die Stadt sich weiterhin für die Fläche verantwortlich fühlt und schaut, wie sich der Garten entwickelt (vgl. A1: 9f., A3: 40f.). Im Fall des Offenen Gartens Rehbrunnen gibt es durch die Quartiersarbeit einen professionellen Ansprechpartner für die Stadtverwaltung. Die Quartiersarbeiterin sieht sich in einer Brückenfunktion zwischen Bewohnerinnen und Stadt und betont bzgl. der Stadtverwaltung (vgl. A1: 16):

„Die sind immer froh wenn sie wenig Arbeit damit haben und das ham sie natürlich dadurch, dass wir bei dem Projekt jetzt die Professionellen sind die da am allernächsten dran sind und dadurch ham sie nen ziemlich einfachen Ansprechpartner und ham se auch jemanden der sich irgendwie da professionell drum kümmert und nich irgendwie nen Haufen von Ehrenamtlichen, die sie dann unter Umständen nicht erreichen.“ (ebd.)

Bezüglich der Kooperation mit der Verwaltung in Leipzig merkt der Initiator des Ge-

¹⁵ Ulrich von Kirchbach ist Bürgermeister der Stadt Freiburg für Kultur, Integration, Soziales und Senioren (vgl. Website Stadt Freiburg).

meinschaftsgartens Annalinde folgendes an: „Das kommt auf die Ämter an und dann ganz stark auf die Personen dort. (...) Verwaltung ist wirklich personenabhängig. (...) Es gibt welche, die interessiert das gar nicht und für die ist das einfach ein Aktenzeichen mehr.“ (A2: 26). Andererseits hatte der Gemeinschaftsgarten Annalinde schon Besuch von der Bundesministerin für Umwelt. Ergänzend merkt er an: „Andere nutzen das schon auch [und] werben auch ein Stück weit damit.“ (ebd.).

Die Fläche des Gemeinschaftsgartens ist eine Zwischennutzung. Das heißt, die Initiative hat einen Vertrag, der auf ein Jahr befristet ist. Seit diesem Jahr wurde der Vertrag auf eine Frist um drei Jahre verlängert. Die Stadt erwägt aber immer noch, die Fläche längerfristig zu verkaufen (vgl. ebd.: 23).

Widerstände und Schwierigkeiten der Gartenprojekte

Der Initiator des Gemeinschaftsgartens Annalinde sieht eine Schwierigkeit in der zeitlich befristeten Nutzung ihrer Fläche. Diese Ungewissheit, dass die Stadt die Fläche eigentlich verkaufen möchte, macht eine längerfristige Planung schwierig (vgl. A2: 23f.).

Die Quartiersarbeiterin im Stadtteil Brühl-Beurbarung merkt kritisch an, dass der Garten zwar ein Begegnungsort sein könnte, es dennoch immer wieder die Initiative der Quartiersarbeit braucht, damit dort gemeinschaftliche Aktionen stattfinden (vgl. A1: 15). „Nur dadurch, dass dieser Garten da ist, passiert das noch nicht von selber.“ (ebd.).

In Freiburg gab es wenige Menschen, die sich negativ über die Gärten geäußert haben. Einige waren aber zu Beginn skeptisch oder hatten Angst, dass Hundebesitzer ihre Tiere auf die Fläche lassen. Über das Garten- und Tiefbauamt kam die Information, dass sich Schrebergartenbesitzer aufregen würden, dass sie für das Gärtnern zahlen müssten und die Gemeinschaftsgärten dies kostenlos tun könnten (vgl. A1: 15f., A3: 39ff.).

Auch innerhalb der Gartenprojekte gibt es hin und wieder Schwierigkeiten. Diese reichen von verschiedenen Vorstellungen, wie der Garten gestaltet wird, welche Pflanzen angebaut werden, bis hin zu der Frage, wer welches Gemüse mit nach Hause nehmen darf, wenn alles gemeinschaftlich angebaut wurde (vgl. A1: 5f., A2: 24, A3: 33f.). Trotz dieser auch manchmal nicht so angenehmen Konflikte merkt die Mitinitiatorin des Essbaren Rieselfelds an: „[A]ber solange die Leute mehr Spaß haben als Schwierigkeiten, dann ist es okay.“ (A3: 39).

6.3.2 Kontext Nachhaltigkeit

Begriffsverständnis

Die Quartiersarbeiterin des Stadtteils Brühl-Beurbarung beschreibt den Begriff der Nachhaltigkeit als eine „Entwicklung, die langfristig angelegt ist und eher sich so fortsetzt und Folgen hat und langfristig auch vielleicht was bewirkt.“ (A1: 18). Zudem sieht sie den Begriff eher im Dauerhaften, Beständigen und ordnet ihn etwas Ökologischem zu (vgl. ebd.). Der Initiator des Gemeinschaftsgartens Annalinde drückt sein Verständnis des Begriffs mit Beispielen aus: „[W]eniger Flächen versiegeln, jetzt hier speziell, mehr Biodiversität schaffen, mehr Gestaltungskompetenzen vermitteln“ (A2: 27). Die Mitinitiatorin des Essbaren Rieselfelds versteht unter Nachhaltigkeit, „dass man einfach nicht die Erde da ausbeutet, indem man jetzt einfach pflanzt und pflanzt und pflanzt und dann ist nichts mehr drin. Eher im Gegenteil, dass man die Erde immer wieder bereichert“ (A3: 42). Ihr ist die Verbesserung der Erdqualität wichtig und die Verringerung des Wasserverbrauchs (vgl. ebd.: 42f.).

Bedeutsamkeit von Nachhaltigkeit im Projekt

In Anlehnung an ihr Verständnis von Nachhaltigkeit als etwas Dauerhaftem wünscht sich die Quartiersarbeiterin für den Garten, dass dieser bestehen bleibt und sich längerfristig auch noch andere Projekte aus dem Gartenprojekt entwickeln wie z.B. ein Repair-café. Obwohl sie sieht, dass für einige Gärtnerinnen der Aspekt der Selbstversorgung wichtig ist, misst sie der Bedeutung der Nachhaltigkeit in Bezug auf das Gartenprojekt insgesamt keine hohe Relevanz zu. Auch bei der Idee des Selbstversorgens sieht sie eher den „Gemeinschafts- und Experimentieraspekt (...) im Vordergrund“ (A1: 18). Ihrer Meinung nach hat „ökologische Ernährung und Selbstversorgung (...) bei der großen Mehrheit der Quartiersbewohner kein so nen hohen Stellenwert“ (ebd.). Dennoch sieht sie die Möglichkeit, dass durch den Garten Bildungsprozesse angestoßen werden können, die dann zur Auseinandersetzung mit nachhaltigen Themen führen (vgl. ebd.:18f.):

„Also bei diesem letzten Sommer-Picknick da waren dann ganz viele klassische sozial- und ökonomisch benachteiligte Menschen dabei, die da eher dann so vorbei kamen oder dazu kamen über so 'ne Schlüsselperson, die wir hier im Stadtteil haben. Und die ham dann die Tomaten probiert und dieses und jenes gemacht und gemeint „Boah das ist ja toll! Oha und das schmeckt ja ganz anders und wie früher bei meiner Oma im Garten“ (ebd.).

Der Initiator des Gemeinschaftsgartens Annalinde sieht Nachhaltigkeit als Bestandteil

des Gartenprojekts. „Es spielt schon immer ne Rolle. Wir gucken da schon immer drauf“ (A2: 26). In der praktischen Arbeit im Gemeinschaftsgarten geht es darum, welche Produkte benutzt werden, ob Plastik verwendet wird und welche Lebensmittel im Kiosk verarbeitet und angeboten werden. Einen hohen Stellenwert wird dem Beziehen von Dingen aus der Region zugemessen. „Wir versuchen, auch nur hier in der Gegend einzukaufen. Ob das jetzt der Auftrag ist für den Zaun, versuchen wir das hier irgendwo im Leipziger Westen zu halten.“ (ebd.: 27).

Gestaltungskompetenzen werden in Workshops und anderen Bildungsveranstaltungen vermittelt. Hierbei legen die Initiatoren großen Wert darauf, dass das Projekt sowie die beteiligten Menschen längerfristig davon profitieren. Nachdem sie in einem Workshop gemeinsam über Themen diskutiert hatten „haben [sie] für den Garten Annalinde zum Beispiel eine Fahrradpumpe gebaut“ (ebd.).

Die Beförderung der Biodiversität, die Auseinandersetzung mit der Lebensmittelproduktion und der Sortenvielfalt, das Ermöglichen von Naturerfahrung und der Kontakt zu gesunden Nahrungsmitteln sind für sie wichtige Themen, die sie mit dem Garten anregen möchten (vgl. ebd.: 26ff.).

In der Initiative Essbares Rieselfeld spielt Nachhaltigkeit eine große Rolle für die meisten der Gärtner. Sie beschäftigen sich mit Permakultur¹⁶ und der Verbesserung der Bodenqualität. Hierfür haben sie eine Kompostecke angelegt, versorgen ihre Böden mit Gründüngung und verwenden keine chemischen Düngemittel (vgl. A3: 42f.). Die Mitinitiatorin sieht die Vermittlung von Nachhaltigkeit in den Bildungsprozessen, die innerhalb des Gartens zustande kommen.

„[W]o kommt das Gemüse her? Das schmeckt doch viel besser, wenn's bio ist, also wenn es nicht gespritzt ist. Das merken auch die Kinder, die holen eine Möhre oder eine Rote Beete aus der Erde, essen das. Oder Erwachsene auch. Das schmeckt einfach anders. Die Tomaten da schmecken einfach anders als wenn du die da hier im Supermarkt kaufst.“ (ebd.: 43).

Die Bildungsprozesse sind für sie eng mit sozialen Prozessen verknüpft. „Wir machen was, die Leute haben Spaß, lernen voneinander. Das ist so gesellschaftlich“ (ebd.). Sie sieht in dem Garten die Chance für Menschen, die sonst sehr sozial isoliert sind, ein Stück neuer Identität zu erlangen durch das Arbeiten und Zusammensein mit anderen. „Also da merkt man wirklich wie ein paar Leute aus ihrem Loch raus gekommen sind

¹⁶ Permakultur ist ein Konzept für den Aufbau von Ökosystemen, die sich durch sich ergänzende Pflanzen selbst erhalten (vgl. Website Permakultur).

und da blühen. Also im wahren Sinne.“ (ebd.). Zudem stellt sie fest, dass der Garten eine breitere Zielgruppe anspricht. Menschen, die sich üblicherweise nicht zivilgesellschaftlich engagieren, finden so einen Ort, an dem sie sich einbringen können (vgl. ebd. 43f.).

6.3.3 Kontext Soziale Arbeit

Ansatz in der Sozialen Arbeit

Alle drei Gartenprojekte kommen in ihrem Handeln mit Sozialer Arbeit in Kontakt: Der Offene Garten Rehbrunnen, da er aus der Sozialen Arbeit entstanden ist, der Garten Annalinde aufgrund des beruflichen Hintergrunds des Initiators und das Essbare Rieselfeld aufgrund des Kontakts zum Stadtteiltreff (vgl. A1: 3f., A2: 21, A3: 44). Alle drei Gartenprojekte beschreiben den Ansatz der Sozialen Arbeit als Gemeinwesenarbeit. In Rieselfeld ist es das Konzept des Stadtteiltreffs. Die Mitinitiatorin des Essbaren Rieselfelds verdeutlicht es so: „[D]a ist ein Sozialarbeiter, aber er bietet nichts an. Er ist da, um die Bewohner, die eine Idee haben, zu unterstützen, etwas selber zu tun.“ (A3: 44). Die Quartiersarbeiterin im Stadtteil Brühl-Beurbarung arbeitet ebenso nach dem Ansatz der Gemeinwesenarbeit. Sie beschreibt diesen folgendermaßen: „soviel zu unterstützen und soviel zu machen wie nötig ist, aber eigentlich so wenig wie möglich.“ (A1: 12). Auch der Initiator des Gemeinschaftsgartens Annalinde würde gerne nach dem Ansatz der Gemeinwesenarbeit arbeiten und den Garten als „ein kleines grünes soziokulturelles Zentrum“ (A2: 29) aufbauen. Dennoch sieht er sich im Kontext des Gartens derzeit nicht in der Rolle eines Sozialarbeiters (vgl. A1: 4ff., A2: 28f., A3: 44).

Zusätzlich sollen die Motivation und die Ziele der Quartiersarbeiterin im Kontext des Offenen Gartens Rehbrunnen dargestellt werden.

Ihre Motivation in Bezug auf den Garten liegt darin begründet, dass für sie Gärtnern „ein total gutes Medium ist, um eine Möglichkeit für gemeinsames Tun im Stadtteil zu bieten ohne dass es total anspruchsvoll ist, ohne dass es verbal die Latte hochsetzt, sondern sehr niederschwellig und sehr einfach.“ (A1: 4). Hierdurch soll das soziale Miteinander im Stadtteil gestärkt werden. Wichtig ist ihr, „dass Menschen in nem Stadtteil sich Räume aneignen können also so die Erfahrung zu machen, wir können gestalten, wir können unseren Stadtteil gestalten“ (ebd.: 8). Ihr Fokus liegt dabei besonders auf Personengruppen, die benachteiligt sind, da sich diese oft wirkungslos erleben. Durch ressourcenorientiertes Arbeiten soll es den beteiligten Menschen ermöglicht werden, ihre Fähigkeiten einzubringen und so soziale Anerkennung zu erfahren. Ihr Ziel ist es, dass

gerade diese Personengruppen sich so ein Stück weit mit ihrem Stadtteil identifizieren können. Darüber hinaus ist es für sie ein wesentliches Ziel, dass die beteiligten Menschen lernen, sich selbst zu organisieren (vgl. ebd.: 8f.).

Aufgabenbereiche und Anforderungen

Die Quartiersarbeiterin im Stadtteil Brühl-Beurbarung sieht ihre Aufgabe im Kontext des Offenen Gartens im Ermöglichen von Kommunikation in unterschiedlichen Bereichen. Zum einen geht es um das Gestalten eines sozialen Miteinanders der Gärtnerinnen, indem Arbeitsprozesse und mögliche Konflikte moderiert werden, zum anderen darum, Ansprechpartner zu sein für die Stadtverwaltung bezüglich der Belange des Gartens. Eine zentrale Aufgabe in diesem Zusammenhang ist die Brückenfunktion, das heißt, Stadtverwaltung und Gärtnerinnen in einem gleichberechtigten Gespräch zusammenzubringen. „[I]m Sinne von Habermas System und Lebenswelt die beiden Ebenen zusammenzubringen, dass die dann möglichst viel direkten Kontakt haben können.“ (ebd.: 17). 'Ressortübergreifendes Arbeiten' als Prinzip der Gemeinwesenarbeit wird so umgesetzt. Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, den Garten als einen wichtigen Teil des Stadtteils sichtbar zu machen. Dies geschieht z.B. mithilfe von Infotafeln am Garten und Artikeln in der Stadtteilzeitung (vgl. ebd.: 5ff.).

Der Initiator des Gemeinschaftsgartens Annalinde benennt als wesentlichen Aufgabenbereich die Bildungsveranstaltungen für nachhaltige Entwicklung. In diesem Zusammenhang ist ihm wichtig, eine Konzeption hierfür zu erstellen. Dies ist ihm aus Zeitgründen bislang nicht möglich aufgrund vielfältiger anderer Aufgaben. Hierzu gehören, Projektanträge zur Finanzierung zu stellen, die gesamte Buchhaltung zu erledigen und die Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt zu gestalten (vgl. A2: 29).

Die Mitinitiatorin des Essbaren Rieselfelds hat die Perspektive als Person der Zivilgesellschaft auf die Soziale Arbeit. Im Kontext des Gartens erlebt sie Soziale Arbeit in Verbindung mit der Gemeinwesenarbeit im Stadtteiltreff. Daraus leitet sie folgende Aufgaben ab: Unterstützung je nach Bedarf der Gruppe, Koordination und Organisation und Moderation in möglichen Konfliktsituationen (vgl. A3: 44f.).

Vorteile sozialarbeiterisch initiiertes Projekte

Die Quartiersarbeiterin des Stadtteils Brühl-Beurbarung betont, dass bei mangelnder Eigeninitiative der Bewohner solche Projekte ohne sozialarbeiterische Initiierung nicht zustande kämen. Zudem verfügen Sozialarbeiter über Kenntnisse bzgl. der Planung eines

Projekts und das Wissen, welche Ansprechpartner relevant sind. Hier kommen professionelle Fähigkeiten zum Tragen, die so per se bei zivilgesellschaftlich Engagierten nicht voraussetzbar sind. Zudem können diese durch die Übernahme von Organisatorischem durch die Sozialarbeiter unterstützt werden, ihre Fähigkeiten dort einzubringen, wo ihr zentrales Anliegen ist.

Als einen wesentlichen Vorteil benennt sie die Ausbildung der Sozialarbeiter im Umgang mit sozialen Prozessen. Dies ist relevant z. B. für Umgang mit Konflikten, für Förderung sozialer Durchmischung, für das Gestalten eines sozialen Miteinanders und für die Reflexion der Arbeit (vgl. A1: 19f.). Hierbei verweist sie auf die GWA-Prämisse „wir machen nur so viel wie nötig und auch irgendwie so wenig wie möglich.“ (ebd.: 20).

Der Initiator des Gemeinschaftsgartens Annalinde benennt aus seiner zivilgesellschaftlichen Perspektive, dass Professionelle Verantwortung übernehmen können und dass dadurch die zivilgesellschaftlich Engagierten entlastet werden. Zudem ist durch ein sozialarbeiterisches Projekt die Finanzierung eines Hauptverantwortlichen gesichert (vgl. A2: 29).

Die Mitinitiatorin des Essbaren Rieselfelds sieht Vorteile darin, dass sie als Gruppe an den Stadtteiltreff angegliedert sind und so positiv wahrgenommen werden (vgl. A3: 32).

Nachteile sozialarbeiterisch initiiertes Projekte

Die Quartiersarbeiterin des Stadtteil Brühl-Beurbarung sieht nur wenige Nachteile. Zum einen den Nachteil, dass Verantwortung abgegeben werden kann und Bewohnerinnen sich dadurch weniger aktiv einbringen. Die Fähigkeit zur Selbstorganisation wird dadurch weniger gefördert (vgl. A1: 19).

Diese Sichtweise äußert auch die Mitinitiatorin des Essbaren Rieselfelds. Dadurch, dass die Kooperation nur bei einer Person liegt, wirkt sich dies eventuell negativ auf die Gemeinschaftsbildung aus (vgl. A3: 45).

Der Initiator des Gartens Annalinde weist darauf hin, dass ein zivilgesellschaftlich initiiertes Projekt „halt ein Stück weit natürlicher [wächst], ein Stück weit langsamer und damit glaube ich auch besser.“ (A2: 29). Projekten Sozialer Arbeit fehlt möglicherweise das gewachsene Fundament. Ist die Projektfinanzierung zu kurzfristig angelegt, kommt es zwar zunächst zu einem Aufschwung des Projekts, die Gefahr eines Rückschritts bei auslaufender Finanzierung ist seinem Erachten nach aber groß.

Auch wenn er tendenziell zivilgesellschaftlich gewachsene Projekte bevorzugt, ist er der

Meinung, dass Soziale Arbeit und zivilgesellschaftliches Handeln gut vereinbar ist.

Hierzu äußert er folgende Gedanken (vgl. ebd.):

„[Es] wäre halt wichtig, (...) dass die dann auf solche Projekte zukommen, wo sie sehen, die sind gewachsen, die lohnt es sich mal drei Jahre ein Stück weit professioneller anzuschieben oder denen eine Personalstelle oder Koordinationsstelle zuzuschieben, die sagt, jetzt machen wir mal ein Konzept daraus und bringen das auf Papier und schieben das mal drei Jahre an und dann läuft das denk ich mal auch weiter.“ (ebd.: 30)

6.3.4 Zusammenfassung

In der Zusammenfassung werden nun die wesentlichen Punkte der Interviewauswertung dargestellt.

Im Kontext der Stadtentwicklung werden die Gartenprojekte von den Befragten in ihrer Funktion als Orte der Begegnung, Orte der politischen Bewusstseinsbildung und Orte des Lernens hervorgehoben. Bezüglich der Kooperation mit der jeweiligen Stadtverwaltung lassen sich keine generellen Aussagen treffen, da dies zu sehr von Projekt, Stadt und von den in der Verwaltung tätigen Personen abhängig ist. Als zentrale Schwierigkeiten werden die befristete Nutzung der Flächen, mangelnde kontinuierliche Partizipation der Beteiligten und interne Gruppenkonflikte genannt.

In Bezug auf Nachhaltigkeit lässt sich feststellen, dass alle Befragten Schwierigkeiten hatten, den Begriff auf einer definitiven Ebene konkret zu fassen. Dauerhaftigkeit, ökologische Aspekte und Lernprozesse werden als wesentliche Bestandteile angeführt. Die Bedeutsamkeit der Nachhaltigkeit variiert in ihrer Gewichtung je nach Projekt. Dabei ist in diesem Zusammenhang die Zielgruppe des Projektes entscheidend.

Alle Gartenprojekte stehen im Kontakt zur Gemeinwesenarbeit als Ansatz der Sozialen Arbeit. Als Aufgabenbereiche und Anforderungen von Seiten der Gartenprojekte an die Soziale Arbeit werden Ermöglichen und Unterstützen von Kommunikation, ressortübergreifendes Arbeiten, Öffentlichkeitsarbeit, Initiieren von Bildungsprozessen sowie Bürokratie, Verwaltung und Organisation genannt.

Bei der Gegenüberstellung von sozialarbeiterisch initiierten und zivilgesellschaftlich initiierten Projekten lassen sich folgende Vorteile nennen: Impulsgebung für Projektgründung, spezifisches Wissen und Kompetenzen für soziale Interaktion und Kooperation, Entlastung durch Verantwortungsübernahme sowie Absicherung durch Institutionsanbindung. Dem gegenüber werden eine mögliche Abnahme an Eigenverantwortlichkeit und Selbstorganisation sowie potentielle Hierarchiebildung und Rollenfixierung als Nachtei-

le genannt.

7 FAZIT UND AUSBLICK

In diesem Kapitel folgt nun eine Beantwortung der zu Beginn gestellten Forschungsfragen. Dazu werden zunächst die Theorieteile zusammengefasst dargestellt und der Empirieteil auf diese bezogen. Darüber hinaus sollen im Ausblick kurz offene Fragen skizziert werden.

Methodologisch war zunächst wichtig, der Arbeit ein Stadtverständnis zugrunde zu legen, dessen Fokus auf einer spezifischen Qualität des sozialen Zusammenlebens und weniger auf quantitativen Kategorien wie Größe, Dichte und Heterogenität liegt. Daraus ergibt sich für diese Arbeit auch ein relationales Raumverständnis (vgl. Löw in Frey 2004: 221, Löw et al. 2008: 11f.).

Die Stadt als zentrales Element steht im 21. Jahrhundert vor großen Herausforderungen. Diese sind zum einen globale Krisen wie Ressourcenverknappung, Hunger und Armut und zum anderen nationale Krisen wie demografischer Wandel, soziale Ungleichheit und Klimawandel (vgl. Difu 2011: 2, Deutscher Bundestag 2013: 26ff.). Hieraus ergeben sich zwei Problemfelder: die Problematik bzgl. Umweltschutz und die Problematik einer funktionierenden Zivilgesellschaft.

Eine zukunftsfähige Stadtentwicklung muss also in der Lage sein, auf diese komplexen Herausforderungen zu reagieren. Ein konstruktiver Ansatz in diesem Zusammenhang stellt die nachhaltige Stadtentwicklung dar. Der Begriff der Nachhaltigkeit wird in dieser Arbeit als der verantwortungsvolle Umgang mit der Welt unter Berücksichtigung von ökologischen, sozialen, ökonomischen, politischen, ethischen und pädagogischen Aspekten verstanden (vgl. Oesselmann/Pfeifer-Schaupp 2012: 23f.). Nachhaltige Stadtentwicklung in Anlehnung an die 'Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt' ist durch Prozesshaftigkeit, die Einbeziehung aller städtischer Akteure sowie die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele gekennzeichnet (vgl. BMUB 2007: 1ff.).

Zivilgesellschaft als Bereich zwischen Staat, Markt und Privatsphäre zeichnet sich durch Selbstbestimmung und Selbstorganisation aus (vgl. Geißel et al. 2004: 7, Schmidt 2007: 34ff.). Wie oben erwähnt ist Zivilgesellschaft ein Kernelement von Stadt. Als städtischer Akteur muss sie deswegen in nachhaltige Stadtentwicklung miteinbezogen werden. In dieser Arbeit wird Zivilgesellschaft in einer ihrer Ausprägungen, der zivilgesellschaftlichen Initiative, betrachtet. Zivilgesellschaftliche Initiativen agieren im öffent-

lichen Raum. Hier wird Urbanität gestaltet. Da öffentlicher Raum zunehmend Privatisierung und Kommerzialisierung unterliegt, wird dieser verstärkt exklusiv und befördert damit städtische Problematiken wie soziale Ungleichheit. Als Reaktion darauf entsteht ein zunehmendes Bedürfnis nach städtischen Freiräumen und deren Aneignung durch die Zivilgesellschaft (vgl. Häußermann et al. 2008: 301ff., Reicher/Kemme 2009: 15ff.). Ein Beispiel für die Aneignung städtischer Freiräume sind urbane Gärten. Diese stellen eine neue Form der Gärten in der Stadt dar. Im Gegensatz zu anderen Gartenformen verorten sich urbane Gärten bewusst im städtischen Kontext. Die häufigste Form urbaner Gärten sind Gemeinschaftsgärten. Hierfür sind die Begriffe Gemeinschaft und Öffentlichkeit elementar (vgl. Rosol 2006: 7f.). Die urbanen Gärten heben die Dichotomie von Stadt und Land auf, indem sie gemeinschaftlich Nutzpflanzen im öffentlichen Raum anbauen. Daraus ergibt sich eine neue Form der Urbanität, die sich durch 'Do It Yourself'-Praktiken wie Teilen, Tauschen und Selbermachen auszeichnet. Eine Sehnsucht nach Erdung in der immer komplexer werdenden Welt kann wahrgenommen werden (vgl. Müller 2011b: 22ff., Meyer-Rebentisch 2013: 10). Die Arbeit in den Gärten berührt dabei Dimensionen des Ökologischen, Ökonomischen, Sozialen, Pädagogischen, Spirituell-Ethischen und des Politischen (vgl. dazu Kapitel 5.3).

Als Beispiele für Gemeinschaftsgärten wurden drei Gartenprojekte in Freiburg im Breisgau und in Leipzig gewählt: Offener Garten Rehbrunnen, Essbares Rieselfeld und der Gemeinschaftsgarten Annalinde (vgl. dazu Kapitel 6.2). Alle drei Gärten lassen sich trotz unterschiedlicher Gewichtung in der Zivilgesellschaft verorten, können also als zivilgesellschaftliche Akteure gelten. Daraus ergibt sich, dass das Kriterium der nachhaltigen Stadtentwicklung, Einbindung aller städtischen Akteure, erfüllt ist. Das Kriterium der Prozesshaftigkeit spiegelt sich in der Arbeitsweise und in der Ausrichtung auf Langfristigkeit der Gartenprojekte wieder. Aus den Experteninterviews mit den Garteninitiatorinnen bestätigte sich, dass die Gärten mehrdimensional wahrgenommen und erlebt werden. In der Verknüpfung mit den von der Theorie gelieferten Begrifflichkeiten lässt sich verallgemeinernd feststellen, dass urbane Gärten in der Dimension des Ökologischen Biodiversität fördern, indem z.B. alte Sorten kultiviert werden. Als grüne Oase in der Stadt tragen die Gärten zu Klimaschutz auf kommunaler Ebene bei. In der ökonomischen Dimension stellen urbane Gärten eine alternative Nahrungsmittelproduktion dar, die sich durch ökologischen Anbau und Regionalität auszeichnet. Die Stadt wandelt sich vom Konsument zum Produzent von Nahrungsmitteln. In sozialer Hinsicht befördern die urbanen Gärten durch Niederschwelligkeit die Integration von gesellschaftlichen

Randgruppen wie Migrantinnen oder sozioökonomisch schwachen Menschen. Darüber hinaus ermöglichen sie Teilhabe an gemeinschaftlichem Erleben und Gestalten. Durch Bildungsveranstaltungen unterstützen sie Naturerfahrung und pädagogische Prozesse bzgl. Umweltbildungsthemen. Auf einer spirituuell-ethischen Dimension geht es um Er-dung, Naturbegegnung und sinnliche Erfahrungen. Zudem bieten urbane Gärten Möglichkeiten der kreativen Selbstverwirklichung. Als politisches Handeln verstanden stellt die Mitarbeit in urbanen Gärten eine basisdemokratische Form der Mitgestaltung von Stadt dar. Eine erweiterte Form von politischer Partizipation wird so ermöglicht. Die Gärten sind also eine erlebbare Alternative zum Status-quo.

Auch wenn die Befragten auf theoretischer Ebene die Dimensionen von Nachhaltigkeit oft nicht klar benennen konnten, lässt sich aus ihren Ausführungen wie oben aufgezeigt eine Übereinstimmung mit dem Begriffsverständnis der Nachhaltigkeit feststellen. Demnach sind urbane Gärten ein Medium, um Nachhaltigkeitsziele auf kommunaler Ebene umzusetzen. Daraus folgt für die Beantwortung der Forschungsfrage, ob urbane Gärten, als Beispiel für eine zivilgesellschaftliche Initiative, das Potenzial haben, positiv zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beizutragen, dass diese eindeutig bejaht werden kann. Der positive Beitrag geschieht in dreifacher Hinsicht: Gärten sind Spielräume des Möglichen, indem sie Alternativen aufzeigen; sie sind Zivilgesellschaften im Kleinen und ermöglichen so das Einüben von Entscheidungsfindung und aktiver Umsetzung; nicht zuletzt sind sie eine Realisierung einer neuen Form von Urbanität. So sind urbane Gärten lokale Lösungsstrategien für globale Probleme, Orte gelebter Nachhaltigkeit.

In einem zweiten Schritt soll nun beantwortet werden, wie Soziale Arbeit im Kontext urbaner Gärten unterstützend wirken kann. Urbane Gärten sind im öffentlichen Raum verortet und gehören aus Perspektive der Sozialen Arbeit in den Bereich der Gemeinwesenarbeit. Der Gemeinwesenarbeit liegt keine allgemeingültige Theorie und Praxis zugrunde, vielmehr zeichnet sie sich durch eine dynamische und flexible Bezogenheit auf einen spezifischen gesellschaftlichen Kontext aus. Gemeinwesenarbeit lässt sich idealtypisch zwei Ansätzen zuordnen, die mit den Begriffen Parteilichkeit und Intermediarität verbunden sind. Im Handeln der Gemeinwesenarbeit werden beide Ansätze häufig integriert. Der Fokus der Gemeinwesenarbeit liegt weniger auf der Unterstützung Einzelner, sondern auf der Initiierung, Ermöglichung und Begleitung gemeinschaftlicher Handlungsfähigkeit. Daher ist es das Ziel, unterschiedliche Menschen durch ein gemeinsames Thema zusammenzubringen und gemeinschaftliche Lernprozesse zu fördern. Ein über-

geordnetes Ziel von Gemeinwesenarbeit ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bewohner im Stadtteil. Vor diesem Hintergrund ist eine Lebensweltorientierung für die Gemeinwesenarbeit notwendig. Darüber hinaus macht Gemeinwesenarbeit aufmerksam auf strukturelle Ursachen sozialer Probleme und nimmt so ihre politische Aufgabe wahr. Aufgrund ihres ganzheitlichen Ansatzes hat sie die Interaktion zwischen Mensch und Umwelt im Blick und ist multiperspektivisch ausgerichtet (vgl. Stövesand/Stoik 2013: 14ff.).

Die Aufgabenbereiche und Anforderungen an die Gemeinwesenarbeit lassen sich unter folgenden Stichworten zusammenfassen: Zielgruppenübergreifendes Handeln, Bedürfnisorientierung, Ermöglichen von Selbstbestimmung und Selbstorganisation, Ressourcenorientierung, ressortübergreifendes Arbeiten sowie Vernetzung und Kooperation (vgl. Becker 2014: 23ff.). Vergleicht man diese Anforderungen mit den Aussagen aus den Experteninterviews, kann festgestellt werden, dass zentrale Merkmale übereinstimmen. Diese sind ressortübergreifendes Arbeiten, Initiieren von Bildungsprozessen, Ermöglichen und Unterstützen von Kommunikation und Organisation. Als zusätzliche Aufgaben, die nicht übereinstimmen, wurden Öffentlichkeitsarbeit, Bürokratie und Verwaltung genannt. Da diese aber zum allgemeinen Bereich Sozialer Arbeit gehören, kann dies nicht als Problem gewertet werden. Es lässt sich also abschließend feststellen, dass das Konzept der Gemeinwesenarbeit in hohem Maße geeignet ist, zivilgesellschaftliche Initiativen wie die urbanen Gärten zu unterstützen.

Am Ende dieser Arbeit ist es noch wichtig, auf zwei wesentliche Probleme, die sich im Laufe der Arbeit herauskristallisiert haben, einzugehen.

Im gegenwärtigen politischen Diskurs wird Zivilgesellschaft fast ausschließlich als Kompensationsmöglichkeit für Finanzierungsengepässe der Stadtverwaltung gesehen. Urbanes Gärtnern wird so aus Sicht der Stadtverwaltung zur Möglichkeit der Entlastung öffentlicher Kassen (vgl. Zimmer 2012: 362, Becker 2009: 5f.). Aus Sicht der Zivilgesellschaft ist das urbane Gärtnern aber die Bedürfnisbefriedigung nach Freiraumgestaltung bzw. die aktive Mitgestaltung der Stadt. Auch wenn sich die beiden Anliegen auf den ersten Blick nicht gegenseitig ausschließen, so muss doch in der Diskussion mitgedacht werden, dass durch eine reine ökonomische Verwertungslogik auf Seiten der Stadtverwaltung so die Interessen der Bürgerinnen untergraben werden. Urbane Gärten werden zu Mitteln von Stadteilaufwertung und sind so Gentrifizierungsprozessen ausgesetzt (vgl. Müller 2011b: 49f.). Wenn urbane Gärten Teil einer nachhaltigen Stadtentwicklung sein sollen, kann dies nur auf einer gleichberechtigten Ebene mit der Stadtver-

waltung geschehen, das heißt:

„Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung kann nicht autoritativ (top down) ausgefüllt werden. Es hat einen prozessualen Charakter und bedarf der Umsetzung im Wege bürger-schaftlicher Partizipation in einem konsensorientierten Dialog zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren (bottom up).“ (Bärenbrinker 2012: 121f.).

Eine geforderte Maßnahme von Seiten der Akteure urbaner Gärten ist die gesetzliche Verankerung in der Stadtentwicklung (vgl. Website Urban-Gardening-Manifest).

Hierbei wird der Mehrwert Sozialer Arbeit deutlich. Dieser liegt den Ansätzen von Gemeinwesenarbeit, Parteilichkeit und Intermediarität, zugrunde. Die Stadtverwaltung versteht Soziale Arbeit als Ansprechpartner, also als intermediäre Instanz zwischen Bewohner und Verwaltung, während die Zivilgesellschaft die Gemeinwesenarbeit als institutionalisiertes 'Sprachrohr' sieht, die sich für sie einsetzt. Auch wenn, wie schon erwähnt, Gemeinwesenarbeit immer beide Aspekte in ihrer Arbeit mitberücksichtigt, so muss doch gelten: Wenn Soziale Arbeit ihrer Rolle als Beförderin zivilgesellschaftlicher Initiativen gerecht werden will, muss sie sich parteilich mit der Zivilgesellschaft zeigen. Das heißt im Konkreten unter anderem auch, dass die Soziale Arbeit neoliberaler Vereinnahmung von Zivilgesellschaft entgegenwirken muss.

Durch die vermehrte Einbindung Sozialer Arbeit in zivilgesellschaftliche Initiativen kann ein zweites Problem auftreten. In den Experteninterviews wurde mehrfach die Sorge geäußert, dass die verstärkte Präsenz Sozialer Arbeit eine mögliche Abnahme an Eigenverantwortlichkeit und Selbstorganisation mit sich bringt. Zudem könnte dies eine Hierarchiebildung begünstigen und die Rollenverteilung im Projekt zu stark festlegen. Dadurch würde ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Projektakteurinnen entstehen, was gegenläufig zu der Intention der Gemeinwesenarbeit wäre, vom Klienten-Berater-Verhältnis abzurücken. Stattdessen sollen Handlungs- und Einflussmöglichkeiten erweitert werden. Gerade für benachteiligte Menschen mit weniger Ressourcen sollen Partizipationsmöglichkeiten durch die Soziale Arbeit eröffnet werden (vgl. Fehren 2008: 52, Staub-Bernasconi 2006: 73). Dann unterstützt Soziale Arbeit eine Bildung zum Bürger für alle abseits der sonst häufig hohen Bildungslosigkeit in zivilgesellschaftlichen Initiativen. Eine zukunftsorientierte Soziale Arbeit kann so ihren Beitrag leisten für eine lebenswerte Stadt.

QUELLENVERZEICHNIS

LITERATUR

- Back, C.** (2002): Soziale Arbeit beim Aufbau neuer Wohnquartiere. In: Möller, K. (Hrsg.): Auf dem Weg in die Bürgergesellschaft? Soziale Arbeit als Unterstützung bürgerschaftlichen Engagement. Opladen: Leske+Budrich, S.125–135
- Baier, A., Müller, C. Werner, K.** (2013): Stadt der Commonisten. Neue urbane Räume des Do it yourself. Bielefeld: transcript Verlag
- Bärenbrinker, V.** (2012): Nachhaltige Stadtentwicklung durch Urban Governance. Berlin: Duncker & Humblot
- Baum, D.** (2012): Soziale Arbeit. In: Eckardt, F. (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer VS, S.571–591
- Becker, E.** (2009): Zivilgesellschaft in der Stadt- und Raumentwicklung. Opusculum Nr. 40. Berlin: Maecenata Institut
- Becker, M.** (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer
- BMUB** (Hrsg.) (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Online im Internet unter: <http://0cn.de/e3ia> (Letzter Abruf 11.11.2014)
- BMUB** (Hrsg.) (2013): Naturbewusstsein 2013. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Online im Internet unter: <http://0cn.de/zg3h> (Letzter Abruf 14.12.2014)
- BMVBS** (Hrsg.) (2009): Neue Freiräume für den urbanen Alltag. Modellprojekte im ExWoSt-Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“. Online im Internet unter: <http://0cn.de/39s8> (Letzter Abruf 02.12.2014)
- BMVBS** (Hrsg.) (2010): Miteinander Stadt Entwickeln. Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Online im Internet unter: <http://0cn.de/5g1q> (Letzter Abruf 11.11.2014)
- Bruns, L.** (2014): Stadt selber machen. Ein Handbuch. Berlin: Jovis Verlag
- Bührlen, U.** (2013): Aneignung öffentlicher Räume: Die Dramaturgie der Straße. In: stadt: pilot spezial. Sonderausgabe April 2013, S. 23
- Bundesregierung** (o.J.): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Online im Internet unter: <http://0cn.de/vltf> (Letzter Abruf 28.12.2014)
- Deutscher Bundestag** (2013): Stadtentwicklungsbericht 2012. Online im Internet unter: <http://0cn.de/9o7e> (Letzter Abruf 29.10.2014)

- Difu** (2011): Städte für ein nachhaltiges Deutschland. Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung. Berlin: Rat für Nachhaltige Entwicklung
- Drilling, M., Oehler, P.** (2013): Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Stadtentwicklung. Eine theoriegeschichtliche Spurensuche. In: Drilling, M., Oehler, P. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. Wiesbaden: Springer VS, S.13–42
- Elsen, S.** (2000): Was tut Soziale Arbeit, wenn Menschen überflüssig werden? In: Forum sozial, Heft 7/8 2000, S.10–13
- Fehren, O.** (2008): Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz. Berlin: edition sigma
- Flick, U.** (2007): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag
- Frey, O.** (2004): Urbane öffentliche Räume als Aneignungsräume. Lernorte eines konkreten Urbanismus? In: Deinet, U., Reutlinger, C. (Hrsg.): „Aneignung“ als Bildungskonzept der Sozialpädagogik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.219–233
- Fritsche, C., Wigger, A.** (2013): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus reflexiv räumlicher Perspektive. In: Drilling, M., Oehler, P. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. Wiesbaden: Springer VS, S.71–85
- Fücks, R.** (2011): Der Moloch erfindet sich neu. Die Vision der nachhaltigen Stadt. In: Politische Ökologie. 124/2011, S.16–22
- Geißel, B., Kern, K., Klein, A., Berger, M.** (2004): Einleitung: Integration, Zivilgesellschaft und Sozialkapital. In: Dies. (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.7–15
- Harvey, D.** (2013): Rebelle Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp Verlag
- Häußermann, H.** (2000): Die Krise der „Sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 10–11/2000, S.13–21
- Häußermann, H., Siebel, W.** (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Häußermann, H., Läßle, D., Siebel, W.** (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Helfferrich, C.** (2009): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

- Holm, A.** (2009): Auf dem Weg zum Bionade-Biedermeier. (Sub)kulturelle Aufwertungslogiken in Gentrification-Prozessen. Online im Internet unter: <http://0cn.de/es6q> (Letzter Abruf 01.11.2014)
- Hutter, C.P., Blessing, K., Köthe, R.** (2012): Grundkurs Nachhaltigkeit. Handbuch für Einsteiger und Fortgeschrittene. München: oekom Verlag
- Joas, H.** (2001): Ungleichheit in der Bürgergesellschaft. Über einige Dilemmata des Gemeinsinns. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 25–26/2001, S.15–23
- Jugendtreff Brühl-Beurbarung** (2009): „Stadtteil, Freizeit, Jugendtreff“. Sozialraumanalyse 2007/2008 im Stadtteil Brühl-Beurbarung. Online im Internet unter: <http://0cn.de/6pqa> (Letzter Abruf 23.12.2014)
- Jungblut, I.** (2012): Urban Gardening – Mit Gärten die Welt verändern. Online im Internet unter: <http://0cn.de/x0t1> (Letzter Abruf 14.12.2014)
- Klus, S.** (2013): Die europäische Stadt unter Privatisierungsdruck. Konflikte um den Verkauf kommunaler Wohnungsbestände in Freiburg. Wiesbaden: Springer VS
- Künkel, J.** (2014): Städtische soziale Bewegungen. In: Belina, B., Naumann, M., Strüver, A. (Hrsg.): Handbuch kritische Stadtgeographie. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S.134–140
- Lemke, H.** (2012): Politik des Essens. Wovon die Welt von morgen lebt. Bielefeld: transcript Verlag
- Löw, M., Steets, S., Stoetzer, S.** (2008): Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie. 2. Auflage. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich
- Metzger, J.** (2014): Urban Gardening. In: Belina, B., Naumann, M., Strüver, A. (Hrsg.): Handbuch kritische Stadtgeographie. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S.244–249
- Meuser, M., Nagel, U.** (2005): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, A., Littig, B., Menz, W. (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.71–93
- Meyer-Rebentisch, K.** (2013): Das ist Urban Gardening! Die neuen Stadtgärtner und ihre kreativen Projekte. München: BLV Buchverlag
- Meyer-Renschhausen, E.** (2004): Unter dem Müll der Acker. Community Gardens in New York City. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag
- Müller, C.** (2009a): Die neuen Gärten in der Stadt. Online im Internet unter: <http://0cn.de/085x> (Letzter Abruf 08.12.2014)
- Müller, C.** (2009b): Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Online im Internet unter: <http://0cn.de/z300> (Letzter Abruf 06.12.2014)

- Müller, C.** (2011a) (Hrsg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 2. Auflage. München: oekom Verlag
- Müller, C.** (2011b): Urban Gardening. Grüne Signaturen neuer urbaner Zivilisation. In: Dies. (Hrsg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 2. Auflage. München: oekom Verlag, S.22–53
- Müller, C.** (2011c): Von Stadtpflanzen und Refugien des Selbermachens. Urbane Landwirtschaft als postfossile Strategie. In: Politische Ökologie. 124/2011, S.67–72
- Müller, C.** (2013): Sehnsuchtsstadt statt Landlust. Wie postindustrielle Sehnsuchtsorte des Selbermachens und der Naturbegegnung neue Bilder von Urbanität entwerfen. In: Bosshard, M. T. et al. (Hrsg.): Sehnsuchtsstädte. Auf der Suche nach lebenswerten Räumen. Bielefeld: transcript Verlag, S.141–151
- Oelschlägel, D.** (2005): Gemeinwesenarbeit. In: Thiersch, H., Otto, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 3. Auflage. München, Basel: Ernst Reinhardt Verlag, S.653–659
- Oesselmann, D., Pfeifer-Schaupp, U.** (2012): Nachhaltigkeit. Sechs Dimensionen eines ganzheitlichen Prinzips. In: Edtbauer, R., Köhler-Offierski, A.: Welt – Geld – Gott. Evangelische Hochschulperspektiven Bd.8, Freiburg: FEL, S.23–38
- Petrow, C. A.** (2012): Städtischer Freiraum. In: Eckardt, F. (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer VS, S.805–837
- Pfadenhauer, M.** (2005): Auf gleicher Augenhöhe reden. Das Experteninterview – ein Gespräch zwischen Experte und Quasi-Experte. In: Bogner, A., Littig, B., Menz, W. (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.113–130
- Plahl, C.** (2004): Psychologie des Gartens. Anmerkungen zu einer natürlichen Beziehung. In: Callo, C., Hein, A., Plahl, C. (Hrsg.): Mensch und Garten. Ein Dialog zwischen Sozialer Arbeit und Gartenbau. Norderstedt: Books on Demand, S.47–73
- Przyborski, A., Wohlrab-Sahr, M.** (2010): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. 3. Auflage. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag
- Rauterberg, H.** (2013): Wir sind die Stadt! Urbanes Leben in der Digitalmoderne. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp Verlag
- Reicher, C., Kemme, T.** (2009): Der öffentliche Raum. rha Reicher Haase Architekten + Stadtplaner. Ideen – Konzepte – Projekte. Berlin: Jovis Verlag
- Reuther, I., Paul A.** (2008): Creative Leipzig. Stadt als Beziehungslandschaft. In: Wolfrum, S., Nerdinger, W. (Hrsg.): Multiple City. Stadtkonzepte 1908/2008. Berlin: Jovis Verlag, S.98–102

- Richard, U.** (2011): Urbane Gärten als Orte spiritueller Erfahrung. In: Müller, C. (Hrsg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 2. Auflage. München: oekom Verlag, S.225–234
- RNE** (2013): Sustainability – Made in Germany. The Second Review by a Group of International Peers, commissioned by the German Federal Chancellery. Online im Internet unter: <http://0cn.de/y0kh> (Letzter Abruf 30.10.2014)
- Romberg, J.** (2014): Das blühende Leben. In: GEO. 06/2014, S.58–76
- Rosol, M.** (2006): Gemeinschaftsgärten in Berlin. Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung. Online im Internet unter: <http://0cn.de/01xp> (Letzter Abruf 10.12.2014)
- Roth, R., Rucht, D.** (2008): Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S.9–36
- Schäfers, B.** (2006): Stadtsoziologie. Stadtentwicklung und Theorien – Grundlagen und Praxisfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Schmidt, J.** (2007): Zivilgesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Kommentare. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag GmbH
- Schneider, H.** (1997): Stadtentwicklung als politischer Prozess. Stadtentwicklungsstrategien in Heidelberg, Wuppertal, Dresden und Trier. Opladen: Leske+Budrich
- Shepard, B.** (2013): Community gardens, creative community organizing, and environmental activism. In: Gray, M./ Coates, J./ Hetherington, T. (Hrsg.): Environmental Social Work. London, New York: Routledge, S.121–134
- Siebel, W.** (2000): Urbanität. In: Häußermann, H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. 2. Auflage. Opladen: Leske+Budrich, S.264–272
- Stadt Leipzig** (Hrsg.) (2009): Leipzig 2020. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (SEKo). Online im Internet unter: <http://0cn.de/a8cg> (Letzter Abruf 18.12.2014)
- Staub-Bernasconi, S.** (2006): Kommt nach dem Abbau des (Sozial)Staates die demokratische Zivilgesellschaft? In: Böllert, K. et al. (Hrsg.): Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren. Sechster Bundeskongress Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.71–98

- Stövesand, S., Stoik, C.** (2013): Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung. In: Stövesand, S., Stoik, C., Troxler, U. (Hrsg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit. Band 4. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S.14–36
- Tiddens, H. C. M.** (2014): Wurzeln für die lebende Stadt. Wie wir die Eigenverantwortung von Stadtteilen stärken können und warum diese mehr Wertschätzung verdienen. München: oekom Verlag
- Uekötter, F.** (2014): Ein Haus auf schwankendem Boden: Überlegungen zur Begriffsgeschichte der Nachhaltigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 31–32/2014, S.9–15
- UN** (2014): World Urbanization Projects. The 2014 Revision. Highlights. Online im Internet unter: <http://0cn.de/9b6m> (Letzter Abruf 29.10.2014)
- Weiland, U.** (2010): Nachhaltige Stadtentwicklung. In: Henckel, D., von Kuczowski, K., Lau, P., Pahl-Weber, E., Stellmacher, F. (Hrsg.): Planen – Bauen – Umwelt. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 343–347
- Werner, K.** (2008): Interkulturelle Gärten als Sozialräume der Mikro-Integration. Online im Internet unter: <http://0cn.de/csd8> (Letzter Abruf 13.12.2014)
- Wolf, A. C., Zimmer, A.** (2012): Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS
- Zentralinstitut für Sprachwissenschaft** (1993): Etymologisches Wörterbuch des Deutschen. M – Z. 2. Auflage. Berlin: Akademie Verlag
- Zimmer, A.** (2012): Zivilgesellschaft. Ein Leitbild. In: Hradil, S. (Hrsg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 353–364

WEBSITES

Annalinde 1 (Letzter Abruf 11.10.2014)

<http://0cn.de/7z0c>

Annalinde 2 (Letzter Abruf 23.12.2014)

<http://0cn.de/ontn>

Annalinde 3 (Letzter Abruf 23.12.2014)

<http://0cn.de/y675>

Annalinde 4 (Letzter Abruf 23.12.2014)

<http://0cn.de/73y3>

Duden 1 (Letzter Abruf 21.11.2014)

<http://0cn.de/plyu>

Duden 2 (Letzter Abruf 30.11.2014)

<http://0cn.de/8wpe>

Freiburger Agenda 21 (Letzter Abruf 22.12.2014)

<http://0cn.de/oedv>

Leipziger Agenda 21 (Letzter Abruf 22.12.2014)

<http://0cn.de/r4du>

Lexikon der Nachhaltigkeit 1 (Letzter Abruf 21.10.2014)

<http://0cn.de/islf>

Lexikon der Nachhaltigkeit 2 (Letzter Abruf 07.11.2014)

<http://0cn.de/7tiu>

Permakultur (Letzter Abruf 27.12.2014)

<http://0cn.de/23kz>

RNE (Letzter Abruf 07.11.2014)

<http://0cn.de/mc60>

Stadt Freiburg (Letzter Abruf 29.12.2014)

<http://0cn.de/z707>

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Letzter Abruf 25.10.2014)

<http://0cn.de/rb85>

Statistisches Landesamt Sachsen (Letzter Abruf 25.10.2014)

<http://0cn.de/6dh9>

Transition Town Freiburg 1 (Letzter Abruf 22.12.2014)

<http://0cn.de/3y2x>

Transition Town Freiburg 2 (Letzter Abruf 22.12.2014)

<http://0cn.de/jrdr>

Urban-Gardening-Manifest (Letzter Abruf 17.12.2014)

<http://0cn.de/lrdc>

RECHTSQUELLEN**Raumordnungsgesetz (ROG)**

In der Fassung der Bekanntmachung vom 22.12.2008. Online im Internet unter:

<http://0cn.de/yr7c> (Letzter Abruf 11.11.2014)

